



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Bauleute schaffen ein gutes Stück Sozialismus“: Das  
Wohnungsbauprogramm der DDR 1971-1989 und seine  
Funktionen für die Politik und die Propaganda der SED

verfasst von / submitted by  
Jason Pollhammer, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 689

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet

Masterstudium Zeitgeschichte

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Sybille Steinbacher

# Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Der große Aufbruch.....	11
2.1 Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.....	11
2.2 Das Wohnungsbauprogramm und seine Funktion zur Erneuerung der SED.....	17
3. Wohnungen für Alle.....	26
3.1 Der Wohnungsbau in seiner sozialpolitischen Ausrichtung.....	26
3.2 Praktische Lösungen: Die WBS 70.....	34
4. Eine sozialistische Wohnumwelt.....	43
4.1 Normierung des Wohnens.....	44
4.2 Das Beispiel Hohenschönhausen.....	51
5. Die Macht der Partei.....	61
5.1 Die Wohnraumverwaltung.....	62
5.2 Die „Jubiläumswohnungen“.....	67
6. Conclusio.....	79
7. Abkürzungsverzeichnis.....	85
8. Literatur.....	85
9. Quellen.....	90
10. Anhang.....	91
10.1 Zusammenfassung.....	91
10.2 Abstract.....	92

## Danksagung

Ich möchte mich bei meinen Eltern bedanken. Mein Vater hat mir mit seiner finanziellen Unterstützung den Rücken immer wieder frei gehalten, damit ich mich in Ruhe meiner Arbeit widmen konnte. Meine Mutter hat den Text gelesen und mir wichtige Verbesserungsvorschläge gemacht. Auch möchte ich mich bei meinen lieben Freund\_innen und Kolleg\_innen Martina Kogler, Simone Ullmann und Ao Zhou bedanken. Wir hatten eine tolle Studienzeit zusammen an der Universität Wien und ich bin froh, diese Freunde kennengelernt zu haben. Alle drei haben jeweils unterschiedliche Kapitel der Arbeit gelesen und mir wichtige Anregungen gegeben. Schließlich möchte ich mich bei Frau Prof. Steinbacher für die Betreuung meiner Masterarbeit bedanken. Ihre Hinweise haben mir neue Aspekte der Thematik eröffnet.

# 1. Einleitung

Zwischen 1971 und 1989 wurde in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm angestrengt. In dessen Rahmen konnte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die Staatspartei des Landes, der Bevölkerung rund drei Millionen Wohnungen zur Verfügung stellen. Das Programm erfuhr sowohl in der DDR als auch im Ausland große Aufmerksamkeit. Es kostete das Land Millionen. Doch für die SED war es ein Prestigeobjekt mit hoher politischer und propagandistischer Bedeutung. 1990 sollte es nach 20 Jahren endlich abgeschlossen werden. Dazu kam es nicht mehr. Vorher ging die DDR unter.

Das Regime betonte wiederholt, dass die geplanten Wohnungen für jeden DDR-Bürger und jede DDR-Bürgerin erschwinglich sein sollten. Zudem würden darin Menschen aus allen sozialen Schichten wohnen: Die Ärztin als Nachbarin des Arbeiters. Die Planer\_innen der Chemiarbeiterstadt Halle-Neustadt drückten dies 1972 so aus: „Jeder wohnt unter gleichen Bedingungen in gleichen Wohnungen: Es wohnen der Generaldirektor im gleichen Haus wie der Anlagenfahrer aus dem großen Chemiekombinat, die Oberbürgermeisterin im gleichen Block mit dem Schaltwart aus der Wärmeversorgungszentrale und dem Städtebauer, der die Stadt mitgeplant hat.“<sup>1</sup> Doch stimmte das? Wieso gab die SED ein derartiges Programm in Auftrag? Welche politischen und propagandistischen Funktionen hatte es zu erfüllen? Dies sind die zentralen Fragen der vorliegenden Untersuchung. Es kann und soll dabei nicht um eine Gesamtdarstellung des Wohnungsbauprogramms der 1970er und 1980er Jahren gehen. Der Fokus liegt auf den Funktionen, welche das Programm politisch und propagandistisch für die SED hatte. Dabei konzentriert sich die Analyse auf vier thematische Schwerpunkte, welche die Gliederung der Kapitel vorgeben. Im ersten Kapitel wird es um die Funktion für die Parteipolitik gehen. Im zweiten Kapitel steht die Sozialpolitik, im dritten die Gesellschaftspolitik und im vierten und letzten Kapitel schließlich die Machtpolitik im Fokus.

In der Betrachtung sollen jedoch nicht nur politische Fragen und Interessen behandelt werden. Auch die Ebene des Öffentlichkeitswirksamen, des politisch Effektvollen, der Inszenierung sowie der Propaganda finden Berücksichtigung. Denn das Bauprogramm war das wichtigste und teuerste sozialpolitische Projekt der SED in den 1970er und 1980er Jahren. Als solches sollte es entsprechend propagandistisch verwertet werden. Darum wird in dieser Arbeit auch die normative Kraft der Propaganda über das Bauprogramm untersucht. Denn um der Wohnungspolitik Geltung zu verschaffen, musste diese entsprechend öffentlich dargestellt werden. Die Menschen sollten wissen

---

1 Autorenkollektiv, Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiarbeiterstadt, Berlin, 1972, 85.

und sehen, was die Staatspartei für sie macht. Die Propaganda lieferte Bilder und Berichte über das Bauprogramm. Diese riefen idealisierte Vorstellungen hervor, befeuerten Sehnsüchte und weckten Erwartungen.

Der hauptsächliche Akteur dieser Studie ist Staats- und Einheitspartei SED. Denn die Herrschaft in der DDR ging von der Partei aus. Die SED wurde 1946 durch die erzwungene Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gegründet.<sup>2</sup> Aufgebaut war sie als Kaderpartei. Dabei verfügte sie jedoch in den 1980er Jahren über mehr als zwei Millionen Mitglieder und muss damit ebenso als Massenpartei bezeichnet werden.<sup>3</sup> Organisiert war sie nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Dieser besagte, dass Beschlüsse übergeordneter Parteistellen für alle Ebenen der SED und auch des Staates verbindlich sind.<sup>4</sup>

Im ersten Kapitel der Studie wird nach der parteipolitischen Funktion des Bauprogramms für die SED gefragt. Hierzu wird zunächst auf die Vorgeschichte und die Bedingungen des Machtwechsels von Walter Ulbricht zu Erich Honecker im Jahr 1971 eingegangen. Vor diesem Hintergrund werden die parteipolitischen Entscheidungen des neuen Generalsekretärs Honecker im Bezug auf den Aufbau und die Gliederung der Staatspartei behandelt. Danach wird die Frage gestellt, welchen politischen Kurs der neue Parteichef verfolgte und welche Rolle dabei das Wohnungsbauprogramm spielte. Dabei soll die Funktion des Bauprogramms zur Neubestimmung der Partei herausgearbeitet werden. Im Zentrum geht es um folgende Fragen: Wie gelangte Erich Honecker an die Macht? Welche Veränderungen nahm er in der Partei vor? Welchen politischen Kurs schlug er ein? Wodurch zeichnete sich seine Politik aus? Welche Schwerpunkte setzte er? Welche Rolle spielte dabei die Wohnungsbaupolitik?

Im zweiten Kapitel steht der sozialpolitische Aspekt des Wohnungsbauprogramms im Fokus. Die DDR betrachtete sich selbst als gerechten Staat. Das Wohnungsprogramm sollte das bestätigen. Um dieses Bild nachzuvollziehen werden die offiziellen Verlautbarungen führender Parteifunktionäre untersucht. Ihre Beschlüsse und ihre Parteitagereden erlauben Rückschlüsse auf eine spezifische sozialpolitische Zielsetzung. Es wird danach gefragt, welche Bevölkerungsgruppen die SED offiziell bevorzugen wollte und ob dies der politischen Praxis entsprach. Dabei geht es auch um die quantitative Dimension des Bauprogramms. Denn die SED setzte sich

---

2 Malycha, Andreas, Winters, Peter Jochen, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München, 2009, 16f.

3 Ebd., 10. Die höchste Zahl an Mitgliedern erreichte die SED 1987 mit 2,328 Millionen: Vgl.: Jessen, Ralph, Gieseke, Jens, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft. In: Gieseke, Jens, Wentker, Hermann (Hg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin, 2011, 16-60, 23.

4 Prinzip des demokratischen Zentralismus. In: Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen (Hg.), Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin, 1997, 517f.

wohnungspolitisch hohe Ziele. Diese sollten in möglichst kurzer Zeit erreicht werden. Die offiziellen Verlautbarungen der Parteifunktionäre werden der baupolitischen Praxis entgegengestellt. Es geht um folgende Fragen: Wie viele Wohnungen wollte die Partei bereitstellen? Welche sozialpolitischen Motive, welche sozialpolitischen Funktionen hatte das Bauprogramm? Welche Bevölkerungsgruppen sollten profitieren? Wie sollten die Wohnungen errichtet werden? Was sagt der Einsatz bestimmter Bautechniken über die dahinterstehende Politik aus?

Im Bauprogramm ging es um mehr als nur um die Bereitstellung von Wohnraum. Es ging um die Errichtung einer sozialistischen Wohnumwelt. Diese Vision hatte gesellschaftspolitischen Charakter und bestimmte die Gestaltung der Wohnungen und der Siedlungen. Sie führte zu einer Normierung des Wohnens und zu einer Normierung der Familien- und Lebensverhältnisse. Im dritten Kapitel geht es daher um das Wohnen und Leben in den Neubausiedlungen. Dabei wird zunächst das Aussehen und der Aufbau von Neubauwohnungen aus den 1970er und 1980er Jahren nachvollzogen. Darüber hinaus wird am Beispiel der Großwohnsiedlung Berlin-Hohenschönhausen die Berichterstattung über die Errichtung sowie über den beginnenden Alltag in einer Neubausiedlung behandelt. Hierzu werden exemplarische Artikel über die Siedlung in den Jahren 1984 und 1985 untersucht. Die gesellschaftspolitische Motivation hinter dem Bauprogramm wird entlang folgender Fragen analysiert: Wie sahen die Wohnungen aus? Waren sie beliebt? Wie waren sie aufgebaut? Wieso errichtete die SED Neubaugebiete? Was wurde über die Siedlungen berichtet? Welches Bild über das Leben dort wurde vermittelt?

Zuletzt geht es im vierten Kapitel um die Frage nach den machtpolitischen Funktionen des Bauprogramms. Die Partei bestimmte sowohl über die Errichtung, als auch über die Vergabe von Wohnraum. Damit konnte sie unmittelbar Macht ausüben, indem sie etwa politisch opportunes Verhalten belohnte. Um diese Politik der SED zu verstehen, wird die Wohnraumverwaltung des Landes untersucht und nach den Verteilungsmechanismen für Wohnungen gefragt. Danach wird anhand einer Quellenstudie die Berichterstattung über die Wohnungsvergaben analysiert. Dabei werden die so genannten „Jubiläumswohnungen“ in den Blick genommen. Dabei handelt es sich um feierliche Wohnungsübergaben, die anlässlich der Fertigstellung einer runden Zahl von Wohnungen vorgenommen wurden. Es geht um folgende Fragen: Wie funktionierte die Wohnraumverwaltung in der DDR? Wie wurde die Vergabe organisiert? Welchen Einfluss übte die Partei bei der Zuteilung aus? Wie wurde über die feierlichen Übergaben berichtet? Wie wurde die SED dargestellt? Was wurde angesprochen? Was wurde hervorgehoben? Wie wurde Erich Honecker dargestellt?

Die Untersuchung wird mit dem Begriff der „Fürsorgediktatur“ des deutsch-amerikanischen

Zeithistorikers Konrad Jarausch arbeiten.<sup>5</sup> Jarausch ging der Frage danach, mit welchem Begriff man die DDR am besten beschreiben kann. Er war der Meinung, dass die DDR innerhalb der Forschungsdebatte entweder als sozialistisch oder als diktatorisch beschrieben wird.<sup>6</sup> In den letzten Jahrzehnten sei es nicht gelungen, zu einer Beschreibung der DDR zu finden, welche die vielen unterschiedlichen Facetten des Staates erfasst. Daher stellte Jarausch den Begriff der „Fürsorgediktatur“ vor. Damit versucht er zwei unterschiedliche Seiten der DDR in einem Begriff zu fassen: Einerseits die Ebene der sozialistischen Vision einer egalitären Gesellschaft – welche Jarausch mit der „Fürsorge“ bezeichnet – und andererseits die Facette der repressiven Diktatur. Die DDR sei beides gewesen, und dem möchte er Rechnung tragen. Dieses Zusammengehen von Fürsorge und Repression trat am stärksten in der Honecker-Ära auf.<sup>7</sup>

Jarausch beschreibt Fürsorge als die Hinwendungen eines Menschen oder eines Kollektivs zu anderen, hilfebedürftigen Teilen der Bevölkerung. Dabei steht der Begriff der „Fürsorge“ für ihn synonym für das gesamte sozialistische Programm: „Diese Konnotationen der individuellen Hinwendung und kollektiven Hilfeleistung könnten auf den ethischen Anspruch des Sozialismus hinweisen, der nicht nur eine sozialpolitische Betreuung der bedürftigen Schichten, sondern eine weitaus breitere, emanzipatorische Umgestaltung der Gesellschaft bezweckte.“<sup>8</sup> Durch diese Perspektive ist der Ansatz von Jarausch für die vorliegende Untersuchung besonders geeignet. Sozialpolitische Maßnahmen, vorab jene des Wohnungsbaus, können als derartige „kollektive Hilfeleistung“<sup>9</sup> interpretiert werden. Dabei geht auch die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum über die rein „sozialpolitische Betreuung der bedürftigen Schichten“<sup>10</sup>, wie Jarausch es ausdrückt, weit hinaus. Denn das Wohnungsbauprogramm wurde durch die offizielle SED-Propaganda beworben und begleitet. Zudem war das Programm selbst ein Ausdruck, eine ganz bestimmte Ausformung, der Ideologie der SED.

Angesichts des thematischen Schwerpunktes der Untersuchung kann das Konzept von Jarausch aus zwei Gründen gewinnbringend verwendet werden: Zum einen stärkt es das Bewusstsein darüber und dafür, dass Fürsorge lediglich eine Seite der DDR ausmachte. Zum anderen schärft der Begriff den Blick für das politische Agieren, sowie das staatliche Funktionieren des SED-Staates. Er macht bewusst, dass sowohl die Ausgestaltung als auch die Durchsetzung der Fürsorge bestimmte politische Motive hatte. Damit rücken folgende Fragen ins Zentrum: Wie sah jene Fürsorge aus,

---

5 Jarausch, Konrad H., Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begriffen Einordnung der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20/98, 08.05.1998, 33-46.

6 Ebd., 45.

7 Ebd., 46.

8 Ebd., 42.

9 Ebd.

10 Ebd.

welche in der DDR praktiziert wurde? Welches Motiv stand hinter den Zuwendungen der SED?

Die Arbeit ist entlang thematischer Schwerpunkte aufgebaut. Weil die Wohnungspolitik in der SED nach 1971 eine Neubewertung erfuhr, folgen die ersten beiden Kapitel auch einer chronologischen Ordnung. Damit trägt die Arbeit den sich verändernden politischen Rahmenbedingungen und Ausrichtungen Rechnung und stellt die jeweilige Hauptfunktion des Bauprogramms für die SED in den Mittelpunkt. Die Kapitel drei und vier sind nicht chronologisch gegliedert und beinhalten in ihrem zweiten Teil jeweils eine vornehmlich am Quellenmaterial ausgerichtete Untersuchung.

Um die aufgeworfenen Fragen zu beantworten greift die vorliegende Studie sowohl auf vorhandene Literatur, als auch auf Primärquellen zurück. Für Informationen über die Politik und Geschichte der SED wurde die Darstellung des Historikers Andreas Malycha und des Journalisten und Publizisten Peter Jochen Winters herangezogen. Die beiden Autoren liefern in ihrer Monografie eine umfassende und konzise Darstellung der Entwicklung der SED von ihrer Gründung bis zu ihrem Aufgehen in der Linkspartei.<sup>11</sup> Für spezifische Informationen über die Organisation und den Aufbau der Partei wurde das umfangreiche und sehr informative Handbuch zur SED verwendet.<sup>12</sup> Wichtig zum genaueren Verständnis der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Erich Honecker sind die Darstellungen des Historikers Peter Skyba<sup>13</sup> sowie der Historikerin Beatrix Bouvier.<sup>14</sup>

Der Wohnungsbau der DDR in der Ära Honecker von 1971 bis 1989 ist bisher noch nicht ausreichend erforscht worden. Die Untersuchung, welche sich am umfangreichsten dem Thema widmet ist eine Studie des deutschen Wirtschaftswissenschaftlers Hannsjörg Buck.<sup>15</sup> Die Schilderungen des Autors über den Wohnungsneubau sind jedoch einseitig negativ. Trotz der unbestrittenen wissenschaftlichen Expertise Bucks steigern sich seine Ausführungen zu häufig in polemische Verurteilungen des DDR-Wohnungsbaus.<sup>16</sup> Trotzdem bleibt seine Studie von

---

11 Malycha, Winters, SED.

12 Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen (Hg.), Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin, 1997.

13 Skyba, Peter, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre. In: Vollnhals, Clemens, Weber, Jürgen (Hg.), Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München, 2002, 39-80; Skyba, Peter, Boyer, Christoph, Politische Rahmenbedingungen. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, Deutsche Demokratische Republik 1971 – 1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden, 2008, 1-66; Skyba, Peter, Boyer, Christoph, Gesellschaftliche Strukturen und Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, Deutsche Demokratische Republik 1971 – 1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden, 2008, 67-143.

14 Bouvier, Beatrix, Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn, 2002.

15 Buck, Hannsjörg, Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR, Münster, 2004.

16 So vergleicht Buck die Wohnsiedlungen der DDR mit der Massentierhaltung des Landes, bezeichnet sie als „Termitensiedlungen“ und kritisiert in unzulässiger Einseitigkeit deren angeblich fehlende Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen. Die Kritik des Autors an der Wohnungspolitik der DDR erfolgt zumeist irritierend pauschal. Vgl. Ebd., 358-360.



Bedeutung, da er als langjähriger Experte auf dem Gebiet des DDR-Wohnungsbaus gelten kann. Viele Wissenschaftler\_innen berufen sich auf seine Untersuchungsergebnisse. Daneben ist Joachim Palutzki zu nennen. Seine Dissertation mit dem Titel „Architektur in der DDR“ befasst sich eingehend mit der SED-Baupolitik und geht auch auf die praktische Umsetzung des Wohnungsbauprogramms in der Ära Erich Honecker ein.<sup>17</sup> Weiters ist auf den französischen Soziologen Jay Rowell hinzuweisen. Er verfasste für die Buchreihe „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland“ – herausgegeben vom deutschen Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Bundesarchiv – drei Artikel über den Wohnungsbau in der DDR von 1949 bis 1989.<sup>18</sup> Für die vorliegende Untersuchung fand Rowells Artikel über die Wohnungspolitik in der Ära Honecker Berücksichtigung.<sup>19</sup> Darin bietet der Autor einen kompakten Überblick über die sozialpolitischen Aspekte des Wohnungsbauprogramms unter Honecker. Im Kontext des Städtebaus in der DDR behandelt auch der deutsche Kunsthistoriker Thomas Topfstedt das Wohnungsbauprogramm.<sup>20</sup> Jedenfalls hervorzuheben ist zudem die umfangreiche Untersuchung der deutschen Soziologin Christine Hannemann über Plattenbauten in der DDR.<sup>21</sup> In ihrer Studie fragt Hannemann nach der Entwicklung und Anwendung dieses Bausystems und thematisiert dabei auch das Wohnungsbauprogramm. Die Zusammenhänge zwischen politischer Kontrolle und Sozialpolitik in der DDR werden überzeugend in der veröffentlichten Dissertation von Alexander Burdumy herausgearbeitet. Er befasst sich in zwei Kapiteln mit der Wohnungspolitik des Landes.<sup>22</sup> Zudem wird der Wohnungsbau der 1970er und 1980er Jahre auch von einigen Studien behandelt, bei denen städtebauliche sowie bautechnische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen.<sup>23</sup> Hinzu kommen Artikel, welche sich mit dem Thema Wohnpolitik und Plattenbau in der DDR befassen.<sup>24</sup> Zuletzt

---

17 Palutzki, Joachim, *Architektur in der DDR*, Berlin, 2000.

18 Rowell, Jay, *Wohnungspolitik*. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 8, Deutsche Demokratische Republik 1949 – 1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden, 2004, 699-726; Rowell, Jay, *Wohnungspolitik*. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 9, Deutsche Demokratische Republik, 1961 – 1971. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung, Baden-Baden, 2006, 698-719; Rowell, Jay, *Wohnungspolitik*. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 10, Deutsche Demokratische Republik 1971 – 1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden, 2008, 679-702.

19 Rowell, *Wohnungspolitik* (2008).

20 Topfstedt, Thomas, *Wohnen und Städtebau in der DDR*. In: Flagge, Ingeborg (Hg.), *Geschichte des Wohnens*, Bd. 5, 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau, Stuttgart, 1999, 419-562.

21 Hannemann, Christine, *Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR*, Berlin<sup>3</sup>, 2005.

22 Burdumy, Alexander Bruce, *Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971 – 1989*, Essen, 2013. Zu den Kapiteln: 179-250.

23 Hierzu zählt die Arbeit von Sieber und Fritsche: Sieber, Frieder, Fritsche, Hans, *Bauen in der DDR*, Berlin, 2006. Außerdem die Biografie von Harald Engler über den Architekten und Entwickler des in der DDR am häufigsten Verwendeten Plattenbautyps „WBS 70“, Wilfried Stallknecht: Engler, Harald, Wilfried Stallknecht und das industrielle Bauen. Ein Architektenleben in der DDR, Berlin, 2014. Auch die Dissertation über den Städtebau und die Architektur in der DDR von Thomas Hoscislawski ist hierzu zu zählen: Hoscislawski, Thomas, *Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR*, Berlin, 1991.

24 Exemplarisch seien genannt: Hertle, Hans-Hermann, „Ich kenne die zuständigen Genossen nicht“. Die

sind populärwissenschaftliche<sup>25</sup> sowie populäre<sup>26</sup> Darstellungen über Plattenbauten in der ehemaligen DDR zu nennen.

Als Primärquellen wurden Artikel der Zeitschrift „Neues Deutschland“ herangezogen. Die Wahl fiel auf diese Zeitung, da sie als Presseorgan der Staatspartei am besten dazu geeignet ist, den politischen Kurs und auch die Propaganda der Partei nachzuvollziehen. Die Zeitung entstand 1946 mit der Gründung der SED. Sie firmierte offiziell als „Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“.<sup>27</sup> Das Medium wurde immer stark von der SED beeinflusst und kontrolliert. Diese geschah einerseits auf institutioneller Ebene – also durch die Unterrichtung der Chefredakteure durch die Parteiführung – aber auch auf informeller Ebene. Denn Erich Honecker studierte die Berichterstattung selbst genau und meldete häufig Änderungswünsche bei den Redaktionen an.<sup>28</sup> Für die vorliegende Untersuchung werden einerseits Artikel, welche die aktuellen politischen Konzepte der Parteiführung zum Inhalt haben, herangezogen. Andererseits wurde die Berichterstattung zu bestimmten Entwicklungen und Ereignissen untersucht. Dies betrifft zum einen die Großwohngebiete in der DDR. Am Beispiel der Neubausiedlung „Berlin-Hohenschönhausen“ erfolgt eine exemplarische Analyse von Artikeln über die Bautätigkeiten sowie den beginnenden Alltag in dem neuen Wohngebiet. Zum anderen wurden Zeitungsartikel über so genannte „Jubiläumswohnungen“ studiert. Damit wurden Wohnungen bezeichnet, deren Fertigstellung das Erreichen einer bestimmten runden Zahl – etwa die einmillionste Wohnung – bedeutete. Derartige Jubiläen fanden 1975, 1978, 1984, 1986 und 1988 statt. Dies erlaubt Aussagen über die Funktionen und über die Bedeutung des Wohnungsbauprogramms im Verlauf der 1970er, als auch der 1980er Jahre, wobei hier der Schwerpunkt auf dem Stellenwert des Bauprogramms für die Machtpolitik der SED liegt.

Das Wohnungsbauprogramm wurde in „Neues Deutschland“ während der gesamten Umsetzungsphase 1971-1989 stark thematisiert. Die folgende Grafik zeigt, wie häufig der Begriff „Wohnungsbauprogramm“ in der Zeitung „Neues Deutschland“ von 1970-1990 genannt wurde.<sup>29</sup>

---

Wohnungsfrage als soziales Problem. In: Hertle, Hans-Hermann, Wollé, Stefan, Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, München, 2004, 178-188; Grundmann, Siegfried, Die absurde Logik des Wohnungs- und Städtebaus der DDR. In: Timmermann, Heiner (Hg.), Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit, Berlin, 2001, 321-337; Wenzel, Luise, Die Großsiedlung Berlin-Hohenschönhausen. In: Dörhöfer, Kerstin (Hg.), Wohnkultur und Plattenbau. Beispiele aus Berlin und Budapest, Berlin, 1994, 55-66; Saldern, Adelheit von, Die Platte. In: Sabrow, Martin (Hg.), Erinnerungsorte der DDR, München, 2009, 301-311.

25 Liebscher, Robert, Wohnen für alle. Eine Kulturgeschichte des Plattenbaus, Berlin, 2009; Enke, Roland (Hg.), Plattenbauten in Berlin. Geschichte, Bautypen, Bauprojekte, Kunst, Propaganda, Berlin, 2013.

26 Höhne, Günter, Wohnungen für alle. Vom Leben im Plattenbau, Köln, 2014.

27 Ciesla, Burghard, Külöw, Dirk, Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung „Neues Deutschland“, Berlin, 2009, 18-20.

28 Ebd., 188-191.

29 Diese Daten wurden über das „Zeitungsinformationssystem“ der Staatsbibliothek zu Berlin erhoben. Im Rahmen eines Projektes der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurden auf dieser Internetseite die DDR-Zeitungen „Neues Deutschland“, „Berliner Zeitung“ sowie „Neue Zeit“ digitalisiert und im Volltext verfügbar gemacht. Siehe hierzu:

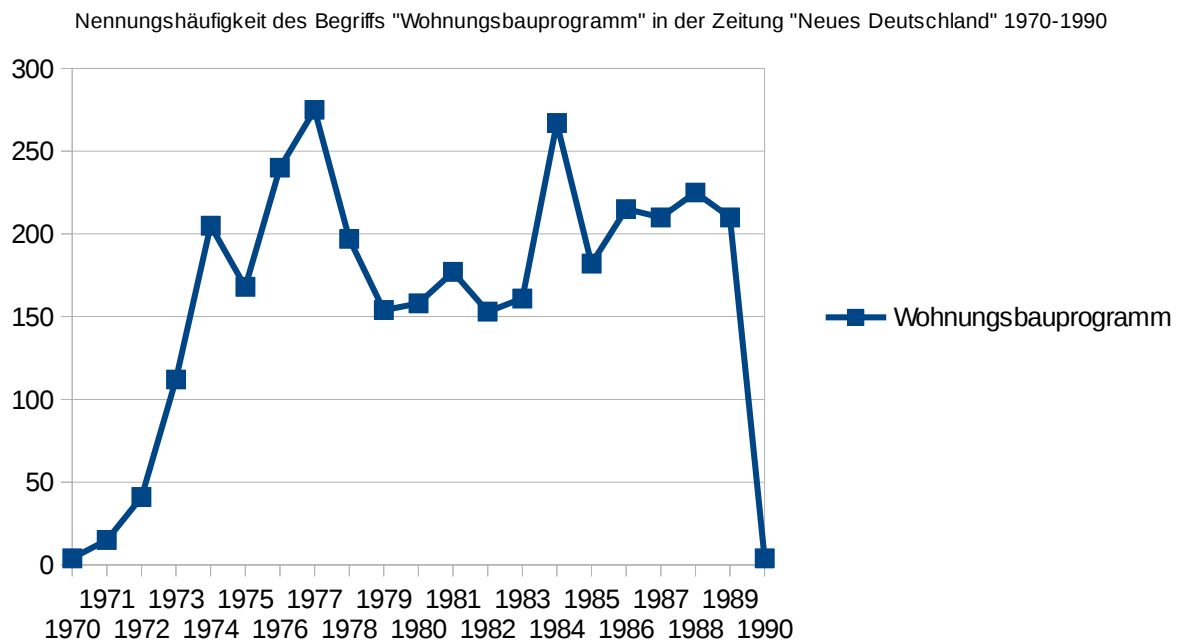


Abb. 1

Über ein Wohnungsbauprogramm wurde vor Honeckers Amtsantritt im Jahr 1971 so gut wie nicht gesprochen. Danach erfolgte ein rascher Anstieg in der Häufigkeit der Nennungen bis zum absoluten Spitzenwert von 275 Erwähnungen im Jahr 1977. Daraufhin nahm das Interesse an dem Thema ab. Es ist anzunehmen, dass gerade die wirtschaftlich schwierigen Jahre der späten 1970er und frühen 1980er zur Zurückhaltung bei der Berichterstattung über das Bauprogramm führten. 1984 wurden noch einmal viele Meldungen über das Wohnungsbauprogramm veröffentlicht. In dieses Jahr fiel der Beginn der Bauarbeiten an der Großwohnsiedlung Hohenschönhausen sowie die Überreichung der zweimillionsten Wohnung.<sup>30</sup> Danach ging die Berichterstattung über das Wohnungsbauprogramm wieder etwas zurück, verblieb jedoch bis zur Wende 1989/90 auf hohem Niveau.

Diese Studie möchte zu einem umfassenderen Verständnis über die DDR beitragen. Jede zeitgeschichtliche Untersuchung bewegt sich immer auch entlang und in einem politischen Diskurs. Diesem Umstand kann und will sich diese Arbeit nicht entziehen. Vielmehr gilt es, sich der starken politischen Polarisierung über die Frage der historischen Einordnung der DDR bewusst zu sein. Diese Studie möchte dabei weder zu einer einseitigen Verdammung, noch zu einer wie auch immer gearteten Beschönigung dieses Staates beitragen.

Dabei erscheint jedoch das Risiko einer retrospektiven Verurteilung angesichts der zu

ZEFYS, Zeitungsinformationssystem, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/> (08.06.2016)

30 Siehe hierzu: Erich Honecker legte Grundstein für neues Wohngebiet. Zweimillionste Wohnung an Berliner Arbeiterfamilie. In: Neues Deutschland, 10.02.1984, 1.

untersuchenden Thematik besonders groß. Denn die Wohnungsbauten aus der DDR genießen heute keinen guten Ruf. Sie sind das deutlich sichtbare Erbe einer Diktatur und werden damit in Verbindung gebracht. Dennoch ist es notwendig darauf hinzuweisen – und diesen Anspruch muss eine historische Studie haben – dass hinter dem Wohnungsbau in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren unterschiedliche politische und auch propagandistische Zielsetzungen standen. Diese betrafen sowohl praktische, wohnungspolitische Erwägungen, reichten aber auch bis hin zu einer reinen Machtpolitik der SED. Sie darzulegen, einzuordnen und zu analysieren ist das Ziel der vorliegenden Untersuchung.

In der DDR lebten Ende der 1980er Jahre 16,6 Millionen Menschen. Die einzige Millionenstadt des Landes war Ost-Berlin mit 1,2 Millionen Einwohner\_innen. Darauf folgten Leipzig mit 545.000 und Dresden mit 518.000. Über 200.000 Einwohner\_innen hatten die Städte Erfurt, Halle/Saale, Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz), Magdeburg sowie Rostock.<sup>31</sup>

## 2. Der große Aufbruch

Das Jahr 1971 brachte für die DDR große politische Veränderungen: An der Spitze der Staatspartei erfolgte die Ablösung des bisherigen Generalsekretärs Walter Ulbricht durch Erich Honecker. Danach wurde die Partei personell umstrukturiert und politisch neu ausgerichtet. Mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verkündete der neue Parteichef einen veränderten politischen Kurs. Die Ankündigung zum Bau neuer Wohnungen spielte in diesem Erneuerungsprozess der Partei eine entscheidende Rolle.

### 2.1 Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Erich Honecker hatte am 3. Mai 1971 Walter Ulbricht als Generalsekretär der SED abgelöst. Dem Machtwechsel war eine innerparteiliche Auseinandersetzung um die richtige Wirtschaftspolitik vorausgegangen. Ulbricht war in den 1960er Jahren mit Versuchen die DDR-Wirtschaft durch Lockerungen in der Planwirtschaft neu auszurichten gescheitert. Davon profitierte der bisherige Sekretär des Zentralkomitee (ZK) für Sicherheitsfragen Honecker, der mit Rückendeckung aus Moskau Walter Ulbricht 1971 zum Rücktritt zwang.<sup>32</sup>

---

31 Diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1988, Vgl.: Deutsche Demokratische Republik. In: Brockhaus, Bd. 6, COMF-DIET, 523-535, 526-531.

32 Malycha, Winters, SED, 190-196.

Bereits wenige Wochen später fand von 15. bis 19. Juni 1971 in Berlin der VIII. Parteitag der SED statt. Dieser Parteitag war für die weitere Entwicklung der Partei und der DDR von entscheidender Bedeutung. Der neue Generalsekretär verkündete die programmatischen Grundzüge seines neuen politischen Kurses: „Die Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.“<sup>33</sup> Damit benannte Honecker die zentralen Prinzipien seiner „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.

Honecker hatte die Partei nach seinem Amtsantritt umstrukturiert: Das Politbüro war zum uneingeschränkten Machtzentrum in der SED und auch im Staat ausgebaut worden. Zudem hatte er sich durch eine neue Personalpolitik eine ihm loyale Gefolgschaft geschaffen. Anders als bei Ulbricht war diese streng ideologisch ausgerichtet. Ulbricht hatte sich zuletzt bemüht Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen in politische Führungspositionen zu bringen. Honecker hingegen setzte auf Abgänger\_innen der Parteischulen der SED. Er vertrat die Auffassung, dass eine zukunftsweisende Politik nur auf Basis eines umfassenden Verständnisses des Marxismus-Leninismus möglich war.<sup>34</sup> Zudem wählte er häufig Kader, welche er persönlich kannte. Die Bekanntschaft mit dem neuen Parteichef war daher für Kandidat\_innen oft wichtiger als deren fachliche Eignung.<sup>35</sup> Honecker richtete seine Politik somit primär auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus aus. Realpolitische und wirtschaftliche Gesichtspunkte traten demgegenüber in den Hintergrund. Diese Ausrichtung wurde seit 1971 auch in der klaren Orientierung der SED auf die Vorgaben aus Moskau deutlich und sollte spürbare Effekte auf den politischen Kurs der Partei haben.<sup>36</sup>

Mit dem Amtsantritt Honeckers wurden Versuche einer neuen Wirtschaftspolitik, die unter Ulbricht weitgehend erfolglos verfolgt worden war, wieder zurückgenommen. Damit verabschiedete sich die DDR von einem ökonomisch ausgerichteten Wettstreit mit der Bundesrepublik.<sup>37</sup> Von diesem Zeitpunkt an versuchte die SED ihre Überlegenheit gegenüber dem westlichen Ausland an einer möglichst umfangreichen Sozialpolitik festzumachen. Während Ulbricht eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung erst für die Zukunft angekündigt hatte, stand Honeckers politische Konzeption nun für eine unmittelbare Verbesserung der

---

33 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Neues Deutschland, 16.06.1971, 3-9, 5.

34 Malycha, Winters, SED, 205f.

35 Burdumy, Sozialpolitik, 87.

36 Malycha, Winters, SED, 201f.

37 Skyba, Herrschaftssicherung, 41.

Lebensverhältnisse.<sup>38</sup> Die Sozialpolitik der DDR sollte zum „Markenzeichen“<sup>39</sup> des Landes werden. Dies fand in umfangreichen sozialpolitischen Maßnahmen Ausdruck, mit welchen sich Honecker deutlich von der Politik seines Vorgängers zu unterscheiden suchte.

Die neue politische Ausrichtung wurde vom VIII. Parteitag der SED bestätigt. Dieser sollte nach dem Willen der Partei als Zäsur und Bruch zur bisherigen Politik unter Ulbricht wahrgenommen werden.<sup>40</sup> Die Atmosphäre in der Zeit nach Honeckers Machtantritt wird von Alexander Burdumy in seiner Dissertation auch als „Aufbruchsstimmung“<sup>41</sup> beschrieben. Doch welche Maßnahmen umfasste die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“? Was für ein Konzept stand dahinter? Welchen Stellenwert hatte dabei der Wohnungsbau? Lässt sich wirklich von einem Aufbruch und Neuanfang sprechen?

Im Bereich der Wirtschaftspolitik erfolgte nach Honeckers Amtsantritt zunächst die Verstaatlichung aller noch vorhandenen privaten oder halbprivaten Betriebe in der DDR. Zudem wurde die zentrale Planwirtschaft durch den Aufbau großer Kombinate gestärkt.<sup>42</sup> Im Bereich der Sozialpolitik sollte das Lebensniveau möglichst vieler DDR-Bürger\_innen in absehbarer Zeit spürbar verbessert werden. Die Maßnahmen der SED wurden hierzu sehr breit angelegt. Zum einen ging es der politischen Führung darum, die Bevölkerung mit ausreichend Waren für den täglichen Bedarf zu versorgen. Hierzu wurden Konsumwaren importiert und deren Produktion angekurbelt. Deren Preise wurden ebenso fixiert wie jene für Dienstleistungen. Zum anderen wurde 1972 das Einkommen der Bürger\_innen sowie Sozialleistungen und Renten erhöht. Es folgte eine Arbeitszeitverkürzung für Mütter von drei und mehr Kindern sowie eine Verlängerung des Mindesturlaubs für alle Werktätigen. Außerdem wurde die Familiengründung durch Unterstützung von jungen Ehepaaren sowie durch die Senkung von Neubaumieten erleichtert. Zum Herzstück der neuen Politik wurde das Wohnungsbauprogramm.<sup>43</sup> Es stand fortan im Zentrum der neuen „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.<sup>44</sup> Honecker betonte auf dem VIII. Parteitag die Wichtigkeit neuer Wohnungen für Familien, junge Paare, aber auch für die arbeitende Bevölkerung in Industriezentren. Bis 1975, so Honecker, sollten 500.000 Wohnungen fertiggestellt werden.<sup>45</sup>

Doch welche Überlegungen standen hinter diesen Maßnahmen? Der Ausgangspunkt des neuen Kurses war die Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Beide Teile der DDR-Wirtschaft

---

38 Bouvier, Sozialstaat, 69-71.

39 Skyba, Boyer, Gesellschaftliche Strukturen, 70.

40 Weber, Hermann, Die DDR 1945 – 1990. Oldenbourg Grundriss der Geschichte, München, 5. aktual. Aufl., 2012, 81.

41 Burdumy, Sozialpolitik, 196.

42 Bouvier, Sozialstaat, 70.

43 Malycha, Winters, SED, 215-217.

44 Buck, Anspruch, 329.

45 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Neues Deutschland, 15.06.1971, 3-9, 5.

sollten von nun an stärker als bisher voneinander abhängen. Honeckers Grundannahme war, dass in Aussicht gestellte gute Sozialleistungen die Werktätigen des Landes zu hoher Arbeitsproduktivität motivieren würden. Damit verband sich 1971 zunächst jedoch nur ein grobes Konzept. Die damit zusammenhängenden sozialpolitischen Fragen waren noch nicht geklärt. Die wirtschaftspolitischen Expertinnen und Experten der SED ahnten dennoch bereits, dass diese Politik mit hohen staatlichen Ausgaben verbunden sein würde. Sie waren zunächst jedoch beruhigt, da Honecker betonte, seine Politik prinzipiell an der Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft auszurichten.<sup>46</sup> Dieses Bild über den neuen politischen Kurs erwies sich als Trugschluss.

Die Abteilungen und Ministerien, welche in der DDR mit Sozialpolitik befasst waren<sup>47</sup>, erarbeiteten seit Jahresbeginn 1971 neue sozialpolitische Konzepte. Diese richteten sich programmatisch noch an den politischen Richtlinien aus der Zeit Walter Ulbrichts aus. Das bedeutete beispielsweise, dass sie sich an dem Modell einer Betriebsvorsorge orientierten. Diese Ausarbeitungen – so sollte sich schnell herausstellen – entsprachen nicht der sozialpolitischen Konzeption Honeckers. Das Politbüro forderte schließlich, dass Pläne für eine Erhöhung der Renten auszuarbeiten seien. Daraufhin erarbeiteten die beteiligten Institutionen ein entsprechendes sozialpolitisches Programm, welches der neuen politischen Ausrichtung stärker Rechnung trug. Doch auch dieses sah noch eine differenzierte Form der Sozialpolitik vor. So waren prinzipiell zielgenaue Leistungsausschüttungen vorgesehen. Die wesentlichen Akteure der Sozialpolitik der DDR – darunter der für Wirtschaftsfragen zuständige ZK-Sekretär Günter Mittag – einigten sich auf dieses Programm.<sup>48</sup>

Dies bedeutete jedoch nicht, dass die betreffenden Maßnahmen auch in Kraft gesetzt worden wären. Denn das Politbüro war mit der Vorlage nicht einverstanden. Es beauftragte daraufhin den ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Horst Sindermann, das Programm umzugestalten. Dabei erhielt Sindermann, wie Skyba es ausdrückt, „einen unmissverständlichen Auftrag“<sup>49</sup>: Er solle die Maßnahmen so konzipieren, „dass der größte politische Effekt erreicht wird“<sup>50</sup>. Damit war nichts anderes gemeint, als das Paket auf eine Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip umzugestalten. Diese Modifizierung richtete sich gegen den Vorschlag aller dafür zuständigen Institutionen, was für das Land weitreichende Folgen hatte. Fortan orientierte Honecker die SED

---

46 Skyba, Herrschaftssicherung, 45f.

47 Skyba nennt „FDGB, Staatliches Amt für Arbeit und Löhne beim Ministerrat, Finanzministerium, Staatliche Plankommission (SPK), Amt für Preise“ sowie die „ZK-Abteilungen für Planung und Finanzen sowie für Gewerkschaften und Sozialpolitik“: Ebd., 47.

48 Ebd., 47-49.

49 Ebd., 49.

50 Informationen zum Ergebnis der Beratungen beim 1. Stellv. des Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Sindermann, über die Ausarbeitung sozialpolitischer Maßnahmen vom 25.2.1972, ohne Verfasser (Udo-Dieter Wange), BArch Berlin, DE 1, VA 56129, Bl. 188-191, hier Bl. 188. Zit. n. Skyba, Herrschaftssicherung, 49.

auf eine Sozialpolitik, welche möglichst umfangreiche Maßnahmen für möglichst viele Personen vorsah.<sup>51</sup>

Die Planungen der Parteiführung standen dabei den Einschätzungen zur Finanzierbarkeit von Seiten der Staatlichen Plankommission (SPK) der DDR diametral gegenüber. Denn die SPK äußerte ernste Bedenken über die hohen Ausgaben für das angekündigte Sozialprogramm. Sie wies bereits zu diesem frühen Zeitpunkt auf die hohe Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland hin und argumentierte, dass sich diese durch die geplanten Maßnahmen weiter erhöhen werde. Anstatt auf die Hinweise der Kommission einzugehen, wies das Politbüro die SPK zurecht: Diese solle sich nicht mit der Frage nach der prinzipiellen Umsetzbarkeit eines bereits beschlossenen Fünfjahrplans aufhalten. Sie solle vielmehr die Bedingungen zur Realisierung der Vorgaben klären. Der Hauptvorwurf an die SPK lautete, dass sie ausschließlich die ökonomischen Aspekte des Fünfjahrplans bedenke und darüber die hohe politische Bedeutung des Programms vergesse.<sup>52</sup> Honecker sprach in diesem Zusammenhang davon, dass die SPK eine „Torpedierung der Hauptaufgabe“<sup>53</sup> des VIII. Parteitages unternehme.

Fragen der praktischen Umsetzbarkeit der angekündigten Programme traten hinter deren Bedeutung als politisch-ideologisches Instrument zurück. Das mag wirtschaftlich irrational erscheinen, hatte jedoch eine machtpolitische Logik: Bouvier argumentiert, dass sich die SED dadurch eine größere Loyalität von Seiten der Bürger\_innen des Landes erhoffte. Um dieses Ziel zu erreichen versuchte die Partei durch die Analyse von Berichten und Eingaben aus der Bevölkerung auf die Stimmung im Land zu reagieren.<sup>54</sup> Sozialpolitische Zuwendungen sollten dabei – ganz im Sinne der „Fürsorgediktatur“ – die Stabilität des Regimes gewährleisten.

Das Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ schien anfangs tatsächlich aufzugehen. Die sozialpolitischen Maßnahmen wurden von der Bevölkerung positiv aufgenommen, das Lebensniveau konnte gesteigert werden<sup>55</sup>: Die Löhne wurden erhöht und rund 38 Prozent der Haushalte erhielt – nach acht Jahren Wartezeit – einen eigenen PKW. Zudem konnte eine bessere Versorgung mit Konsumgütern gewährleistet werden.<sup>56</sup> Wirtschaftspolitisch hatte jedoch die Entscheidung zur weiteren Konzentration der Betriebe negative Folgen. Das Politbüro hatte im Februar 1972 beschlossen die verbliebenen privaten und halbprivaten Betriebe zu verstaatlichen.

---

51 Skyba, Herrschaftssicherung, 49f.

52 Bouvier, Sozialstaat, 81f.

53 Klopfer, Persönliche Notizen über die Beratung der Jahresaufteilung 1971-1975 im Politbüro am 18.1.1972, BArch Berlin, DE 1, VA 56129, Bl. 13-26, Bl. 26. Zit. n. Skyba, Herrschaftssicherung, 55.

54 Bouvier, Sozialstaat, 83.

55 Malycha, Winters, SED, 217.

56 Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band – Bundesrepublik und DDR 1949 – 1990, München, 2008, 341.



Betroffen waren Zuliefererbetriebe, sowie Firmen die im Export- und im Konsumgütergeschäft tätig waren. Darunter waren auch Baubetriebe. Deren Verstaatlichung wirkte sich im Hinblick auf den Erhalt der Bausubstanz in der DDR negativ aus. Diese letzte Enteignungsaktion führte dazu, dass der Mittelstand des Landes weitgehend verschwand.<sup>57</sup>

Die neue politische Programmatik der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ muss in einem breiteren Kontext gesehen werden. Einerseits war sie politisch-propagandistisches Programm. Andererseits war sie auch eine Antwort der SED auf mehrere Krisenphänomene. Winters führt drei wesentliche Punkte an: Erstens hatte der Führungswechsel von Ulbricht zu Honecker die DDR-Bürger\_innen verunsichert. Das Vertrauen in die Politik der Parteiführung war geschwächt worden. Zweitens war Honecker in der Bevölkerung nicht sehr beliebt. Er hatte daher ein vitales Interesse daran, sein Bild in der DDR zu verbessern. Drittens war der SED-Führung daran gelegen, dass sich die DDR als westlichster Staat der sozialistischen Gemeinschaft als stabil erwies.<sup>58</sup>

Die Beziehungen zur Bundesrepublik waren für die SED-Führung von besonderer Bedeutung. Über eine völkerrechtliche Anerkennung durch den westlichen Nachbar erhoffte sie sich eine breite internationale Anerkennung. Denn bis Ende der 1960er Jahre war die DDR lediglich von 19 Nationen anerkannt worden. Diese weltweite Isolation war auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik – die so genannten Hallsteindoktrin – zurückzuführen. Diese besagte, dass Westdeutschland keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten unterhält, welche die DDR anerkennen.<sup>59</sup> 1969 veränderte Westdeutschland unter der neuen sozialliberalen Regierung von Willy Brandt ihre Politik gegenüber der DDR. Die Abgrenzungshaltung gegenüber Ostdeutschland wurde aufgegeben. Es folgten mehrere Verträge zwischen der Bundesrepublik und der DDR, welche die Beziehungen zwischen beiden Staaten regelten. Diese Normalisierung im deutsch-deutschen Verhältnis kam der DDR international zugute: Bis zum Ende des Jahres 1973 wurde sie von weiteren 67 Staaten anerkannt. Im selben Jahr war zudem die Aufnahme in die UNO erfolgt. Zwei Jahre später feierte die SED-Führung die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte auf der KSZE-Konferenz.<sup>60</sup>

Palutzki weist in diesem Zusammenhang auf zwei weitere wichtige Gründe für die Einsetzung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ hin: Die veränderte Haltung der sozialliberalen

---

57 Malycha, Winters, SED, 218.

58 Malycha, Winters, SED, 211-214.

59 Eine Ausnahme im Bezug auf diese Regel betraf die UdSSR. Zu Jugoslawien, und auch zu Kuba, welche die DDR anerkannten, brach die Bundesrepublik jedoch 1957 sowie 1963 ihre diplomatischen Kontakte ab. Vgl: Hallsteindoktrin. In: Brockhaus. Enzyklopädie in 30 Bänden, 21., völlig neu beab. Aufl., Bd. 11, GLAS-HANE, 2006, 752.

60 Skyba, Rahmenbedingungen, 9-11.

Regierung in Westdeutschland gegenüber der DDR wurde von der SED-Führung als politische Herausforderung empfunden. Sie vertraute der Entspannungspolitik der Sozialdemokraten nicht und versuchte das Land weiterhin klar von der Bundesrepublik abzugrenzen. Der neue politische Kurs sollte daher den ideologischen Herrschaftsanspruch der SED in der DDR sichern. Nicht zuletzt deshalb setzte die politische Führung Maßnahmen ein, welche die Lebens- und vor allem die Wohnverhältnisse der DDR-Bürger\_innen spürbar verbessern sollten.<sup>61</sup>

Mit ihrem wirtschafts- und sozialpolitischen Programm folgte die SED zudem dem Beispiel der UdSSR: Auf dem XXIV. Parteitag in Moskau hatte die KPdSU bereits einen ähnlichen Weg eingeschlagen. Auch hier standen die Steigerung des Lebensniveaus der Bevölkerung sowie eine Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz im Mittelpunkt. Im Gegensatz zur SED forderten die sowjetischen Kommunistinnen und Kommunisten jedoch in erster Linie mehr Arbeitsleistung und eine höhere Produktivität von ihrer Bevölkerung, wohingegen in der DDR die Bereitstellung von Sozialleistungen von Anfang an im Vordergrund stand. Dieses Ungleichgewicht in der neuen politischen Programmatik war immer schwerer auszubalancieren, da die DDR zunehmend mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert war.<sup>62</sup>

Hertle weist darauf hin, dass die neue politische Ausrichtung Moskaus auf dem XXIV. Parteitag als Reaktion auf grundlegende Probleme innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft gesehen werden muss. Der Prager Frühling von 1968 sowie Arbeiteraufstände in Polen 1970 hätten die sowjetische Führung zu diesem Schritt bewogen. Die Formulierung einer Hauptaufgabe durch Honecker war nicht Teil einer eigenständigen SED-Politik. Vielmehr folgte Ost-Berlin damit den Vorgaben Moskaus.<sup>63</sup> Die enge Anlehnung an die UdSSR muss auch vor dem Hintergrund des Machtwechsels in der DDR 1971 gesehen werden. Honecker hatte Ulbricht nur mit Rückendeckung Breschnews stürzen können.

## **2.2 Das Wohnungsbauprogramm und seine Funktion zur Erneuerung der SED**

Honeckers Ankündigung zum Bau von 500.000 Wohnungen auf dem VIII. Parteitag steht für den Beginn des ehrgeizigen Wohnungsbauprogramms, welches 1973 noch erweitert wurde. Dieses

---

61 Palutzki, Architektur, 294f.

62 Malycha, Winters, SED, 214f.

63 Hertle, Hans-Hermann, „So wie wir heute leben, müssen wir morgen arbeiten“. Hauptaufgabe Prinzip Hoffnung. In: Ders., Wolle, Stefan (Hg.), Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter und Bauernstaat, München, 2004, 166-168, 166f.

Vorhaben machte den Bau von Wohnungen zum zentralen politischen Anliegen der SED. Damit sollte sich die Wohnungssituation für viele DDR-Bürger\_innen verbessern. Zugleich wurde damit ein deutliches politisches Signal gesendet: Denn die Ankündigung muss als Versuch Honeckers gesehen werden, sich von der Politik seines Vorgängers Walter Ulbricht zu unterscheiden: Die scheinbar erst durch ihn herbeigeführte Neuausrichtung in der Wohnungspolitik diente genau diesem Zweck. Rowell weist in diesem Zusammenhang auf die Wohnraumzählung in der DDR Anfang 1971 hin. Diese passierte zu einem für Honecker politisch sehr günstigen Augenblick – lieferte sie doch Ergebnisse die eine falsche Politik Ulbrichts auf dem Gebiet des Wohnungsbaus nahe legten.<sup>64</sup> Honecker wollte sich daher durch eine wohnungspolitische Neuausrichtung als volksnah profilieren und dabei und dadurch von Ulbricht distanzieren.

Doch lässt sich von einer durch Honecker herbeigeführten Neuausrichtung in der Wohnbaupolitik sprechen? Der Wohnungsbau war seit der Gründung der DDR immer ein Teil der Sozialpolitik der SED. Allerdings stand zunächst der Aufbau einer modernen Schwerindustrie im Vordergrund.<sup>65</sup> Tatsächlich wurde daher dem Bau von Wohnungen unter Walter Ulbricht keine besondere Bedeutung beigemessen.<sup>66</sup> Dabei war zunächst mit dem Bau der Stalinallee 1952 in Ost-Berlin ein Wohnbauprojekt als Prestigeprojekt begonnen worden. Bereits 1953 konnten hier erste Wohnungen an die Bürger\_innen übergeben werden. Doch damit wurde die grundsätzlich in der DDR bestehende Wohnungsproblematik nicht beseitigt. Dass diese dennoch nicht zu größerem Unmut in der Bevölkerung führte, hatte einen spezifischen Hintergrund: Bis zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 verließen zahlreiche Bürger\_innen das Land in Richtung Westdeutschland. Dies stabilisierte die Wohnungssituation in der DDR.<sup>67</sup>

Der geringe Stellenwert des Wohnungsbaus unter Walter Ulbricht wird im deutsch-deutschen Vergleich offensichtlich: So wurden zwischen 1949 und 1962 in West-Berlin 220.000 Neubauwohnungen errichtet. In Ost-Berlin waren es von 1949 bis 1963 lediglich 72.077. West-Berlin hatte zu diesem Zeitpunkt doppelt so viele Einwohner\_innen wie der Ostteil der Stadt. Dennoch wurden dort, auch im Verhältnis zu der geringeren Einwohner\_innenzahl, weniger Wohnungen zur Verfügung gestellt. Obwohl sich also die Wohnsituation weiter verschärfte – nur 28 Prozent der Wohnungen in der DDR waren in gutem Zustand – war ein Politikwechsel nicht in Sicht: 1962 wurde sogar eine deutliche Senkung des Wohnungsneubaus verfügt. Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, da im Jahr zuvor die Berliner Mauer errichtet worden war. Damit wurden

---

64 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 683.

65 Grabowski, Regine, Wohnungspolitik. In: Manz, Günter, Sachse, Ekkehard, Winkler, Gunnar (Hg.), Sozialpolitik in der DDR – Ziele und Wirklichkeit, Berlin, 2001, 227-242, 227.

66 Burdumy, Sozialpolitik, 186.

67 Ebd., 182f.

Hundetausende DDR-Bürger\_innen an der Flucht in den Westen gehindert. Gerade diese Fluchtbewegung hatte aber in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass der Wohnungsmangel in der DDR nicht akut wurde. Damit wurde die Wohnungsneubauleistung just in jenem Moment reduziert, als das Land durch die Verhinderung der Ausreise mehr Wohnraum benötigte.<sup>68</sup>

Doch wieso kam dem Wohnungsbau in der Ulbricht-Ära keine größere Bedeutung zu? Hier ist auf die wirtschaftlichen und militärischen Erwägungen der 1960er Jahre hinzuweisen. Die knappen Investitionsmittel wurden für den Aufbau der Industrie und die Errichtung von Betrieben verwendet. Hinzu kamen hohe Kosten, welche die DDR im Kontext des Kalten Krieges aufwendete: Für den Bau der Berliner Mauer, die Überwachung der innerdeutschen Grenze sowie Rüstungsausgaben für das Militär. Angesichts dieser Aufwendungen verblieben nur noch geringe Ressourcen für Sozialmaßnahmen wie den Bau von Wohnungen. Zwischen 1966 und 1970 wurden jährlich nur rund 59.000 Wohnungen neu errichtet.<sup>69</sup> Zwischen 1960 und 1971 kam die DDR auf lediglich rund 3,9 neue Wohnungen pro 1000 Einwohner\_innen. In der Bundesrepublik wurden im selben Zeitraum rund 9,5 Wohnungen pro 1000 Einwohner\_innen errichtet.<sup>70</sup> Im Vergleich sowohl mit den Staaten Westeuropas, als auch mit jenen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – einem Wirtschaftsbündnis der DDR und anderer sozialistischer Nationen – war dies die schlechteste Bilanz im Wohnungsbau. Wie akut die Situation in der Mitte der 1960er Jahre bereits geworden war, zeigen die schriftlichen Anfragen an das ZK der SED: Etwa ein Drittel aller sogenannten Eingaben an die politische Führung hatte das Thema „Wohnen“ zum Inhalt. Zumeist suchten Personen um Unterstützung bei der Beseitigung von Qualitätsmängeln in den Wohnungen an, oder sie erbaten Hilfe bei der Wohnungssuche.<sup>71</sup>

Trotz dieser schwachen Bauleistung gab es in der DDR 1971 – rein rechnerisch – mehr Wohnungen als in der Bundesrepublik. Pro 1000 Einwohner\_innen waren dies 355 Wohnungen. In Westdeutschland waren es nur 341 Wohnungen auf 1000 Einwohner\_innen. Wieso also war die Wohnungssituation trotzdem angespannt? Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, wo die Probleme lagen: Die Wohnungen in der DDR waren sehr klein. Durchschnittlich standen 1971 jedem DDR-Bürger und jeder DDR-Bürgerin nur 20,6 qm zur Verfügung. In Westdeutschland waren es hingegen 25 qm. Zudem verfügten 48 Prozent der Wohnungen in der DDR über maximal zwei Räume. Die Wohnungen waren somit im Durchschnitt 21 qm kleiner als jene in der Bundesrepublik.<sup>72</sup>

---

68 Ebd., 183-186.

69 Buck, Anspruch, 323f.

70 Ebd., 257f. Vgl. hierzu auch: Tabelle 12 in Ebd., 285.

71 Ebd., 257f.

72 Frerich, Johannes, Frey, Martin, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 2. Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München u.a, 1992, 445.

Hinzu kam, dass der verfügbare Wohnraum in der DDR regional sehr unterschiedlich verteilt war: So kamen in Ost-Berlin 427 Wohnungen auf 1000 Einwohner\_innen. Im Norden der DDR, in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin waren es hingegen nur 316 auf 1000. Zuletzt muss auf den schlechten Zustand sowie die mangelhafte Ausstattung vieler Wohnungen in der DDR hingewiesen werden. Die Bausubstanz der Wohngebäude war alt und wurde nur unzureichend instandgehalten. Dabei wurden in der DDR ältere Gebäude oftmals nicht sofort abgerissen, auch wenn sie nicht mehr renoviert werden konnten. Eine Erhebung von 1971 ergab, dass nur 20 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes in gutem Zustand waren. Außerdem war die Ausstattung der Wohnungen häufig unzureichend. Dies wird vor allem im Hinblick auf die sanitären Einrichtungen der Wohnungen deutlich: 60,8 Prozent verfügten über keine eigene Toilette. Eine Dusche oder ein Bad hatten nur 38,5 Prozent.<sup>73</sup>

Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung Honeckers zur Neuausrichtung der Wohnungspolitik zu betrachten. Seine Pläne zum Wohnungsbau erschienen der Bevölkerung längst überfällig. Der Bedarf nach ausreichendem und gut ausgestattetem Wohnraum war tatsächlich akut. Damit wird klar, dass die Konzepte zum Bau neuer Wohnungen nicht als bloße Propagandamaßnahme bezeichnet werden können. Die Wohnungssituation eines großen Teils der DDR-Bevölkerung war nach westeuropäischen Standards schlecht. Die mangelhafte Ausstattung sowie die zu kleinen Wohnungen – vor allem aber auch die ungünstige regionale Verteilung von Wohnraum – machte politisches Handeln erforderlich. Eine Wohnbauoffensive war 1971 ohne Zweifel notwendig geworden.

Doch wie akut die Situation war, wussten die Funktionäre bereits vor Honeckers Amtsantritt. Das Politbüro war dabei, sich des Problems anzunehmen: Das beweisen Aufzeichnungen über entsprechende Beratungen aus dem Jahr 1968. Damals hatte sich das Politbüro mit dem Ministerrat über Pläne zur Forcierung des bis dahin vernachlässigten Wohnungsbaus abgestimmt. Von 1970 bis 1980 sollten demnach 1,2 Millionen Wohnungen neu gebaut und weitere 500.000-600.000 modernisiert werden. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens sah die Parteiführung den Einsatz von Plattenbausystemen vor.<sup>74</sup> Diese Beratungen des Politbüros sind angesichts des bis dato geringen Stellenwerts des Wohnungsbaus in der DDR bemerkenswert. Die Pläne nahmen jedenfalls bereits vieles vorweg, was wenig später durch Honecker vorgestellt werden sollte. Somit muss die Ankündigung Honeckers zum Bau neuer Wohnungen, muss das erste Wohnungsbauprogramm von 1971 insgesamt als Teil der durch die SED inszenierten „Aufbruchstimmung“<sup>75</sup> gesehen werden.

---

73 Ebd., 445f.

74 Palutzki, Architektur, 293f.

75 Burdumy, Sozialpolitik, 196.

Wie keine andere Maßnahme ist das Wohnungsbauprogramm zudem Ausdruck des neuen politischen Kurses und des Versuchs, den „größten politischen Effekt“ zu erzielen. Auch diese Maßnahme beruhte dabei nicht auf vorher unternommenen Aufstellungen oder Berechnungen. Vielmehr handelte es sich um optimistische Prognosen, die zu verbindlichen politischen Vorgaben erklärt wurden.<sup>76</sup> Dies verdeutlicht den politisch-propagandistischen Zweck des Wohnungsbauprogramms. Mit der Macht der Partei sollte die Realisierung dieses de facto noch unausgereiften Programms – auch entgegen der Prognosen der SPK – durchgesetzt werden. Diese Haltung des Politbüros ist als das Resultat der streng ideologischen Ausrichtung Honeckers und seiner Führungskader zu betrachten. Gleichzeitig ist sie auch ein Beweis dafür, wie wichtig Honecker dieses Programm war: Eine Umsetzung war oberstes Gebot. Hierfür schlug der Generalsekretär alle Warnungen in den Wind.

Die neue Politik Honeckers – vor allem das Wohnungsbauprogramm – war sehr teuer. Tatsächlich sah sich die DDR dadurch bereits Mitte der 1970er Jahre mit ernsthaften wirtschaftlichen Problemen konfrontiert. Denn Honeckers Konzept einer Produktivitätssteigerung der DDR-Wirtschaft durch sozialpolitische Anreize ging nicht auf. Zusätzlich hatte das Land Schwierigkeiten seine Produkte im westlichen Ausland zu verkaufen. Weil auch die Preise für Rohstoffe massiv anstiegen, drohte der DDR bereits 1975 die Zahlungsunfähigkeit. Zukünftige Mehrausgaben waren nur noch auf Kosten anderer Posten möglich. In dieser Situation waren sich die Wirtschaftsexpertinnen und Wirtschaftsexperten der DDR einig: Soziale Maßnahmen müssten in Zukunft in höherem Maße leistungsabhängig ausgeschüttet werden. Selbst Honecker schien diese Erkenntnis zunächst nachzuvollziehen. In der politischen Praxis war der Generalsekretär jedoch nicht bereit, Veränderungen am eingeschlagenen Kurs vorzunehmen: Er war viel zu sehr darauf bedacht, „Massenloyalität“<sup>77</sup> durch die Gewährung großzügiger Sozialmaßnahmen zu gewinnen.<sup>78</sup>

Möglichst umfassende und beeindruckende Ankündigungen als Werbung für die SED waren ein Teil des Konzeptes der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Dabei wurden die Grenzen dessen, was wirtschaftlich machbar war, nach Ansicht von Malycha und Winters bewusst überschritten. Um dem SED-Regime mit Sozialleistungen Legitimation zu erkaufen, setzte die politische Führung ein Programm ein, welches das Land überforderte und stellte damit langfristig bereits die Weichen für den unabwendbaren Bankrott der DDR.<sup>79</sup> Wie hoch die Kosten für die sozialpolitischen Maßnahmen, wie sie der Parteiführung vorschwebten, waren, beweisen die

---

76 Bouvier, Sozialstaat, 79f.

77 Skyba, Herrschaftssicherung, 60.

78 Ebd., 57-60.

79 Malycha, Winters, SED, 199.

Berechnungen der SPK zwischen 1971 und 1972. Hatte die Kommission für das Paket zunächst 1,4 Milliarden Mark veranschlagt, so sah sie für das beschlossene Paket bereits fünf Milliarden vor.<sup>80</sup> Zunächst schien auch das Konzept, die Werktätigen über die Vergabe von Sozialleistungen zu Produktivitätssteigerungen zu motivieren, aufzugehen. Doch die DDR sah sich bald mit einem anscheinend unlösbaren Problem konfrontiert. Die steigenden materiellen Ansprüche der Bevölkerung gerieten zusehend in Konflikt mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen der SED-Staat zu kämpfen hatte. Doch anstatt den politischen Kurs zu ändern, hielt Honecker an den getroffenen Maßnahmen fest. Viele DDR-Bürger\_innen gewöhnten sich an die großzügigen Sozialleistungen. Vergessen wurde hingegen die intendierte Abhängigkeit dieser von einer Leistungssteigerung der Werktätigen.<sup>81</sup>

Das Festhalten Honeckers an der einer einseitigen Politik, welche vor primär die Bereitstellung von Sozialleistungen betonte, führte innerhalb des Kreises der Wirtschaftsfunktionär\_innen der SED zu erheblicher Frustration und zusehends auch zu Resignation. Diese Entwicklung wurde vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sehr genau beobachtet. Die Behörde hatte dabei nicht nur einfache Funktionär\_innen im Blick. Auch hohe Vertreter\_innen der DDR-Wirtschaft, wie der Vorsitzende der SPK, Gerhard Schürer, wurden überwacht. Die Berichte aus dem Jahr 1977 und 1979 offenbarten ein düsteres Bild: Aus Sicht der Funktionär\_innen war die politische Führung nicht willens, die Sozialpolitik der effektiven Leistungsfähigkeit des Landes anzupassen. Daher betrachteten viele von ihnen die Lage der DDR als hoffnungslos. Dieses Empfinden führte – und dies muss die betrauten MfS-Mitarbeiter\_innen besonders alarmiert haben – innerhalb der SPK und der zuständigen ZK-Stellen zu der Auffassung, dass Honecker eine falsche Wirtschaftspolitik betrieb. Das MfS stellte diesbezüglich fest, dass die Funktionär\_innen den Glauben an die Richtigkeit der SED-Politik bereits verloren hätten. Sie würden ihre Aufgaben zwar weiterhin ausführen, täten dies jedoch ausschließlich wegen der Parteidisziplin sowie aus Furcht vor Repression. Jene Funktionär\_innen, welche die „Aufbruchsstimmung“ unter Erich Honecker zuerst nachvollzogen hatten, distanzieren sich nun vom neuen politischen Kurs. Hatte der Generalsekretär zunächst noch die Abhängigkeit der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik betont, so wurde nun die Einseitigkeit der SED-Sozialpolitik offenbar. Auch wenn die Distanzierung der Funktionär\_innen nicht mit tatsächlichem Widerstand einherging, so beweist sie doch, dass die SED an ideeller und ideologischer Bindekraft verlor.<sup>82</sup>

Akut wurde die wirtschaftliche Situation der DDR Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre.

---

80 Skyba, Herrschaftssicherung, 52.

81 Malycha, Winters, SED, 217.

82 Skyba, Herrschaftssicherung, 76-79.

Im Zuge des Ölschocks war die SED mit steigenden Weltmarktpreisen konfrontiert, welche die Durchführbarkeit ihrer sozialpolitischen Maßnahmen ernsthaft gefährdeten. Damit wurde der Spielraum, mit welchem das engagierte Programm umgesetzt werden konnte, immer geringer. Dennoch wurden am sozialpolitischen Programm keine Veränderungen zugelassen. Honecker war der Meinung, dass Problemen bei der praktischen Umsetzung etwa des Wohnungsbauprogramms durch eine Erhöhung der Produktivität und des Arbeitstempos beizukommen sei. An der prinzipiellen Durchführbarkeit der Beschlüsse des VIII. Parteitages durfte es jedenfalls keine Zweifel geben. Dabei meldete sogar der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), welcher die Politik der Partei stets mittrug, Bedenken an der Wirksamkeit der eingeschlagenen Sozialpolitik an: So wurde bemängelt, dass die sozialen Maßnahmen das Leben der Menschen nicht ausreichend verbessert hätten. Gleichzeitig wurde auch die Finanzierbarkeit der SED-Sozialpolitik in Frage gestellt.<sup>83</sup>

Zu Beginn der 1980er Jahre war die SED mit einem ernsten wirtschaftlichen Problem konfrontiert. Die UdSSR gab zu verstehen, dass sie in Zukunft ihre Erdöllieferungen reduzieren würde. Bisher war es der DDR möglich gewesen zu niedrigeren als den Weltmarktpreisen Öl aus der UdSSR zu importieren. Der Rohstoff wurde in der Folge weiterverarbeitet. Durch den Handel mit Erdölprodukten konnte die DDR auf dem Weltmarkt lange Zeit hohe Summen einnehmen. Wegen eigener wirtschaftlicher Probleme reduzierte die UdSSR jedoch im Jahr 1981 ihre Lieferungen. Dies brachte die SED in Bedrängnis, da sie die Berechnungen ihres Fünfjahresplanes auf der Basis der Einnahmen durch Erdölprodukte angestellt hatte. Doch auch in dieser Situation rückte Honecker nicht von seinem politischen Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ab.<sup>84</sup> Bouvier weist darauf hin, dass eine Fortsetzung der Politik Anfang der 1980er Jahre auch vor dem Hintergrund der Situation in Polen gesehen werden muss. Die DDR sah sich in dieser Phase sowohl von der Bundesrepublik im Westen, als auch von der Solidarność-Bewegung in der Volksrepublik Polen herausgefordert.<sup>85</sup>

Angesichts dieser Entwicklung und mit Blick auf die Breite der Maßnahmen drängt sich die Frage nach der politischen Kompetenz Honeckers und seiner Mitarbeiter\_innen auf. Was verstand der neue Generalsekretär von Wirtschafts- und Sozialpolitik? Erich Honecker arbeitete bis 1971 als Sekretär des ZK für Sicherheitsfragen. Bei seinem Machtantritt verfügte er weder in der Sozial- noch in der Wirtschaftspolitik über eigene Erfahrungen. Er entschied sich daher, Günter Mittag mit

---

83 Bouvier, Sozialstaat, 83f.

84 Malycha, Winters, SED, 261-264.

85 Bouvier, Sozialstaat, 86f.



der Wirtschaftspolitik zu betrauen.<sup>86</sup> Gleichzeitig wollte Honecker weiterhin die Hoheit über alle politischen Belange behalten. Dies führte dazu, dass er auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik seinen Kurs durchsetzte. Winters hält hierzu fest: „Im Gegensatz zu Ulbricht erwies er sich nicht zuletzt in Wirtschafts- und Sozialfragen beratungsresistent.“<sup>87</sup>

Erschwerend kam hinzu, dass Honecker die Partei bereits nach seinen Vorstellungen geformt hatte. Es gab in der Führungsriege niemanden mehr, der ihm noch widersprochen hätte. Honecker war ein Diktator, der ohne ausreichende Erfahrung, aber im festen Glauben an die Richtigkeit der eigenen Ideologie Politik betrieb. Fragen der finanziellen Umsetzbarkeit traten demgegenüber in den Hintergrund.<sup>88</sup> Skyba weist in diesem Zusammenhang auch auf die herausragende Machtposition des Generalsekretärs in der SED-Hierarchie hin. Diese hätte sich bei Honecker in Fragen der Sozialpolitik auf spezifische Weise mit seinem persönlichen Engagement verbunden. Honeckers Vorstellung über die Gleichheit aller Menschen sollte einerseits durch die Sicherung der materiellen und sozialen Grundbedürfnisse realisiert werden. Andererseits kam jedoch eine aus der Arbeiter\_innenbewegung abgeleitete Überzeugung hinzu, dass die Arbeiterklasse bei der Zuteilung von Sozialleistungen zu bevorzugen sei.<sup>89</sup> Diese Haltung offenbarte einen gewissen Widerspruch, welcher auch in der späteren sozialpolitischen Ausrichtung des Wohnungsbauprogramms offensichtlich wurde.

Das politische Programm Honeckers kann insgesamt als die Verknüpfung einer klassischen Planwirtschaft mit einer umfangreichen sozialpolitischen Agenda gesehen werden. Die Wirtschaftsform blieb im Wesentlichen unangetastet. Das Kalkül hinter der neuen Politik war, die Werktätigen des Landes durch in Aussicht gestellte Sozialleistungen zu höherer Arbeitsproduktivität zu motivieren. Dies wollte die Partei durch die Ankündigung möglichst umfassender sozialpolitischer Programme erreichen. Damit sollte der Glaube an die Zukunftsfähigkeit des Sozialismus gestärkt werden. Gleichzeitig blieb jedoch unklar, was die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ genau bezeichnete. Sie war weniger politisches Programm als vielmehr Bekenntnis, eine Gesellschaft mit höherem Lebensniveau verwirklichen zu wollen. Dabei ist es wichtig zu sehen, dass es der SED-Führung nicht um Sozialstaatlichkeit im westlichen Sinne ging. Die Sozialpolitik in der DDR kann demgegenüber vielmehr als eine Chiffre gesehen werden, die unterschiedliche Inhalte transportierte und verschiedene Funktionen erfüllte: Sie sollte das Regime legitimieren, die Werktätigen motivieren und die Bevölkerung von der Überlegenheit des

---

86 Malycha, Winters, SED, 209f.

87 Ebd., 212.

88 Ebd., 202.

89 Skyba, Herrschaftssicherung, 52f.

Sozialismus überzeugen. Diese Ausrichtung der so genannten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wurde bis zum Ende der DDR nicht mehr verändert.<sup>90</sup> Sie war ein „politisches Dogma“<sup>91</sup>: „Sie anzutasten wurde nicht gestattet.“<sup>92</sup>

Burdumy nimmt in diesem Zusammenhang eine Unterscheidung zwischen der Versorgung mit Konsumgütern und der Sozialpolitik insgesamt vor. Er argumentiert, dass die Forcierung der Konsumgüterproduktion primär einem bekannten Ziel folgte: Das in der DDR vorhandene Warenangebot sollte an jenes in der Bundesrepublik angeglichen werden. In der Sozialpolitik hingegen sieht Burdumy eine neue, eigenständige politische Ausrichtung der SED. Denn mit ihrem hohen sozialpolitischen Anspruch suchte sich die DDR vom westlichen Ausland zu unterscheiden. Eine garantierte Grundversorgung sollte den Lebensverhältnissen vieler Bürger\_innen in der kapitalistischen Bundesrepublik gegenübergestellt werden.<sup>93</sup>

Honecker hatte bereits wenige Wochen nach seinem Amtsantritt mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sein politisches Konzept für die Zukunft der DDR verkündet. Damit suchte er sich deutlich von der Politik seines Vorgängers zu unterscheiden. Am eindrucksvollsten wollte er dies im Rahmen der Wohnungsbaupolitik erreichen. Der bisher eher unpopuläre Honecker versuchte sich dadurch politisch zu profilieren und bei der Bevölkerung für seine Person zu werben. Die Bereitstellung von ausreichendem und gut ausgestattetem Wohnraum war jedoch auch ohne parteipolitische Profilierungsversuche eine längst überfällige wohnungspolitische Aufgabe. Als solche barg sie dabei das Potential, für propagandistische und parteipolitische Zwecke instrumentalisiert zu werden. Dies wurde von Honecker erkannt und entsprechend politisch verwendet. Dabei erfüllte das Wohnungsbauprogramm bereits in diesem frühen Stadium und noch vor seiner massiven Ausweitung im Jahr 1973 eine zentrale Funktion zur symbolischen Erneuerung der Partei. Die noch unter Ulbricht auf diesem Gebiet geleisteten Vorarbeiten wurden von der neuen politischen Führung für ihr Programm vereinnahmt. Vorerst blieben die umfangreichen Ankündigungen reine Symbolpolitik: Die Pläne zu deren Umsetzung waren unausgereift, ihre Finanzierung nicht sichergestellt. Dennoch: Die Ankündigungen folgten der politischen Logik einer durch die Partei inszenierten „Aufbruchstimmung“. Das Programm zum Bau neuer Wohnungen war nach dem Sturz Walter Ulbrichts und den personellen und strukturellen Veränderungen das klarste Zeichen des politischen Neubeginns. Die eingesetzten sozialpolitischen Maßnahmen wurden dabei zum „Markenzeichen“<sup>94</sup> der DDR und zum Charakteristikum der „Fürsorgediktatur“: In Erwartung

---

90 Burdumy, Sozialpolitik, 87-94.

91 Ebd., 103.

92 Ebd.

93 Ebd., 90.

94 Skyba, Boyer, Gesellschaftliche Strukturen, 70.

von politisch opportunem Verhalten und hoher Arbeitsmotivation verfolgte die SED eine Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes überstieg.

### **3. Wohnungen für Alle**

1971 verkündete Honecker das Ziel der Partei in den kommenden Jahren 500.000 Wohnungen für die Bürger\_innen des Landes zur Verfügung zu stellen. Dieses Vorhaben sollte auf möglichst eindrucksvolle Art und Weise den neuen politischen Kurs der Partei bewerben. Damit waren die Planungen der SED zur Wohnungspolitik jedoch erst begonnen worden. Zwei Jahre später wurde das Bauprogramm erheblich erweitert. In dieser Entwicklung und in den gesteigerten politischen Plänen werden die sozialpolitischen Vorstellungen der Partei ersichtlich. Der Blick auf die bautechnische Umsetzung erlaubt zudem Aussagen über entscheidende Kriterien und Schwerpunkte in der Wohnungspolitik der SED.

#### **3.1 Der Wohnungsbau in seiner sozialpolitischen Ausrichtung**

Das Wohnungsbauprogramm wurde durch die SED als politische Maßnahme eingesetzt und vorangetrieben. Dabei wurde von Beginn an dessen stark sozialpolitischer Charakter betont. Die Entwicklung des Wohnungsbaus in der DDR zum Kernstück der Sozialpolitik der SED wird im Spiegel der Parteitage, sowie der offiziellen Verlautbarungen Erich Honeckers und des Bauministers der DDR, Wolfgang Junker, in „Neues Deutschland“, deutlich. Daher soll an dieser Stelle eine Analyse der entsprechenden Berichte aus den Jahren 1973 bis 1976 im Hinblick auf die sozialpolitische Ausrichtung und auf den Umfang des Bauprogramms erfolgen.

Bereits bei der ersten Präsentation des Bauvorhabens auf dem VIII. Parteitag 1971 wurde dessen sozialpolitischer Fokus hervorgehoben. In seinem Bericht des Zentralkomitees sprach der neue Generalsekretär über die Ausrichtung des Programms: „Wir sind uns auch bewußt, daß wir mehr Wohnungen brauchen, um die dringender werden Bedürfnisse der Familien zu befriedigen, besonders die unserer jungen Leute, die heiraten und Kinder bekommen. [...] Wir planen also jetzt, in den Jahren 1971 bis 1975 eine halbe Million Wohnungen an die Werktätigen zu übergeben. [...] Wir möchten dabei unterstreichen, daß es uns sehr darum geht, die Wohnverhältnisse der Arbeiter in

den Industriezentren zu verbessern.“<sup>95</sup> Honecker führte weiter aus, dass dies durch Neubau, durch Sanierungen, als auch durch den Aus- und Umbau von bestehenden Wohnungen erreicht werden soll. Als Zielgruppen des Programms werden junge Paare, Familien und Arbeiter\_innen genannt.<sup>96</sup>

Diese bestehenden Planungen zum Wohnungsbauprogramm wurden 1973 stark erweitert. In seinem Bericht an die 9. Tagung des ZK der SED sprach Erich Honecker erstmals darüber, die Wohnungsfrage zu lösen. Demnach plane die Partei „schon im nächsten Fünfjahresplan 700 000 bis 800 000, im Zeitraum bis 1990 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen neu zu bauen beziehungsweise zu modernisieren.“<sup>97</sup> Unklar blieb vorerst allerdings, wann genau dieses Programm in Angriff genommen werden sollte.<sup>98</sup> Dies änderte sich erst mit der 10. Tagung des ZK im Oktober 1973. Hier referierte Minister Wolfgang Junker über das erweiterte Bauprogramm und kündigte dessen Beginn für 1976 an. Sein Beitrag wurde am 4. Oktober 1973 auf drei Seiten in „Neues Deutschland“ abgedruckt.<sup>99</sup> Unter dem Titel „Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990“ widmete sich Junker dabei ausführlich allen Facetten des Wohnungsbauprogramms und steckte die Ziele der SED bis 1990 ab: Von 1976 bis 1990 wolle die Partei 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen bereitstellen.<sup>100</sup>

Doch welche sozialpolitischen Argumente wurden dabei hervorgebracht? Zunächst ging Junker in seinem Bericht auf den aktuellen Stand des Bauprogramms ein und fasste zusammen, was seit 1971 geleistet worden war. Danach beschrieb er die Aufgaben, welche die Parteiführung für das erweiterte Wohnungsbauprogramm von 1976 bis 1990 vorgesehen hat. Dabei betonte Junker vor allem die Bedeutung des Bauprogramms für die „Arbeiterklasse“ des Landes. Sie sei es, die in der DDR den Sozialismus aufgebaut hätte. Dennoch sei erkennbar, dass andere Schichten im Land besser wohnen würden als die Arbeiterklasse. Dieser Zustand solle durch das Wohnungsbauprogramm geändert werden: „Das Wohnungsbauprogramm bis 1990 soll allen Menschen in Stadt und Land nützen, vor allem aber der Arbeiterklasse, den Genossenschaftsbauern und den kinderreichen Familien.“<sup>101</sup> Neben den Arbeiter\_innen hatte die SED also in erster Linie Familien und Bauern im Blick. Dabei verfolgte die Partei eine Politik der gesellschaftlichen Nivellierung: „Unser Ziel ist es, die historisch entstandenen sozialen und territorialen Unterschiede

---

95 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Neues Deutschland, 15.06.1971, 3-9, 5.

96 Ebd.

97 Honecker, Erich, Zugig voran bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED. In: Neues Deutschland, 29.05.1973, 3-7, 6.

98 Buck, Anspruch, 325.

99 Junker, Wolfgang, Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990. In: Neues Deutschland, 04.10.1973, 5-7.

100 Ebd., 5.

101 Ebd.

in den Wohnverhältnissen Schritt um Schritt abzubauen.“<sup>102</sup>

Der Bericht von Junker zeigt, dass die SED davon überzeugt war, dass das Wohnniveau der Arbeiterklasse im Missverhältnis zu deren politischer Bedeutung stand. Andere Schichten würden besser wohnen und damit besser leben. Daher galt es primär die Wohnverhältnisse der Arbeiter\_innen zu heben um eine Angleichung der Wohnbedingungen im Land zu erreichen. Diese Äußerungen stimmen mit Honeckers Meinung überein, wonach die Arbeiterklasse aus sozialpolitischer Perspektive jedenfalls bevorzugt zu behandeln sei.<sup>103</sup>

Doch wie sah diese Politik konkret aus? Tatsächlich setzte die SED Schritte um Arbeiterfamilien bevorzugt mit Wohnraum zu versorgen: Eine Verordnung aus dem Jahre 1972 legte fest, dass 60% aller Neubauwohnungen an Arbeiter\_innen vergeben werden sollten.<sup>104</sup> Auch die unterschiedlichen Wohnniveaus zwischen Stadt und Land sollten einander angeglichen werden.<sup>105</sup> Das Bemühen der Parteiführung um eine Verteilung der Wohnungen nach sozialen Gesichtspunkten ist nicht zu bestreiten. Die Bevorzugung von Arbeiter\_innen führte in der DDR jedoch nicht zwangsläufig zu einer sozial gerechteren Verteilung. Denn in dem Land gab es eine spezifische Definition darüber, wer als Arbeiter\_in zu gelten hatte. In dieser Kategorie wurden sehr unterschiedliche soziale und berufliche Gruppen zusammengefasst.

In der DDR gab es viele Arbeiter\_innen. Rund 75 Prozent der Bevölkerung gehörten nach SED-Definition dieser Klasse an.<sup>106</sup> Die Auflistung im Wörterbuch zur DDR von der Sprachwissenschaftlerin Birgit Wolf gibt einen Begriff davon, wie breit die Kategorie „Arbeiter“ ausgelegt wurde: „Es wurden nicht nur in der materiellen Produktion unmittelbar Beschäftigte (Industrieproletariat als Kern der Arbeiterklasse), sondern auch im Dienstleistungsbereich und in der Landwirtschaft tätige Arbeiter zur Arbeiterklasse gerechnet.“ Hinzu kamen „auch die in Produktionsbetrieben eingesetzten Ingenieure, die Mitarbeiter des Partei- und Staatsapparats und die Offiziere der bewaffneten Organe“<sup>107</sup>. Als Angehörige der bewaffneten Organe galten in der DDR unter anderem die Soldaten der NVA, Angehörige des MfS und der Polizei.<sup>108</sup> Im Hinblick auf die Vergabe von Wohnungen erhöhte sich die Zahl potenzieller Arbeiterfamilien weiter. Dies lag an der Praxis der Wohnungszuteilung. Die verantwortlichen Beamten und Beamtinnen konnten die Kategorie „Arbeiter“ sehr breit auslegen: Um aus einer Familie eine „Arbeiterfamilie“ zu machen,

---

102 Ebd.

103 Skyba, Herrschaftssicherung, 53.

104 Frerich, Frey, Handbuch, 454.

105 Buck, Anspruch, 324.

106 Skyba, Herrschaftssicherung, 46.

107 Wolf, Birgit, Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch, Berlin u.a, 2000, 10f.

108 Ebd., 26.

reichte es in einigen Fällen, wenn ein beliebiges Familienmitglied „Arbeiter“ war. Ebenso wurde mitunter der erlernte oder als erstes ausgeübte Beruf herangezogen um aus einer Familie eine „Arbeiterfamilie“ zu machen.<sup>109</sup>

Bauminister Junker erwähnte in seinem Bericht auch ausdrücklich „junge Ehepaare“ sowie „kinderreiche Familien“.<sup>110</sup> Dieses Augenmerk der DDR-Wohnungspolitik wurde bereits 1971 deutlich, als Honecker im Bezug auf das erste Bauprogramm davon sprach, dass dieses vor allem für junge Familien gedacht sei.<sup>111</sup> Junker konnte dies mit Blick auf den kommenden Fünfjahresplan bekräftigen: Dieser sei dazu geeignet „die Wohnverhältnisse für etwa 2,1 Millionen Bürger, insbesondere für Arbeiterfamilien und kinderreiche Familien sowie junge Ehepaare grundlegend zu verbessern. Es gilt, weiterhin zu sichern, daß 60 Prozent der neuerrichteten Wohnungen von Arbeiterfamilien bezogen werden.“<sup>112</sup> Hier wird der hauptsächliche Fokus sowie die quantitative Dimension des Programms hervorgehoben. Auch die festgelegte Quotierung von Wohnungen für Arbeiterfamilien wird bestätigt.

Dieser familienpolitische Schwerpunkt des Wohnungsbauprogramms wurde von Erich Honecker häufig hervorgehoben. Exemplarisch hierfür steht seine Rede auf der 6. Baukonferenz des ZK der SED im April 1975. Honecker beschrieb das Bauprogramm hier als das „Kernstück“ der Sozialpolitik der Partei. Er betonte, dass das Programm deshalb von hervorragender Bedeutung sei, weil davon das Vertrauen der Bevölkerung in die zukünftige Entwicklung des Landes abhinge: „Es geht hier also um eine erstrangige politische Verantwortung.“<sup>113</sup> Mit Blick auf die Familien der DDR meinte der Generalsekretär damals: „Das Wohnungsbauprogramm ist auch deshalb als Kernstück des sozialpolitischen Programms zu bewerten, weil es zutiefst die Familie berührt.“<sup>114</sup> Der anschließende Satz weist dabei auf die Organisation einer sozialistischen Wohnumwelt durch die Partei hin: „Für ein glückliches Familienleben, für aktives Handeln in der sozialistischen Arbeit und eine vielfältige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sind entsprechende Wohnmöglichkeiten von sehr großer Bedeutung.“<sup>115</sup> Honecker sprach dabei auch die Familienplanung junger Ehepaare

---

109 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 694. Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Einteilungspraxis das Ergebnis von politischem und nicht administrativem Versagen war. Die Wohnraumverwaltung in der DDR musste unter dem Druck politisch-ideologischer Vorgaben arbeiten. Siehe hierzu Kapitel 5.1.

110 Junker, Wolfgang, Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990. In: Neues Deutschland, 04.10.1973, 5-7, 5.

111 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Neues Deutschland, 15.06.1971, 3-9, 5.

112 Junker, Wolfgang, Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990. In: Neues Deutschland, 04.10.1973, 5-7, 5.

113 Honecker, Erich, Unsere ganze Politik dient dem Wohl der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. In: Neues Deutschland, 25.04.1975, 3f, 3.

114 Ebd.

115 Ebd.

an: „Wir wissen auch, daß die Lösung zur Zeit noch bestehender Wohnungsprobleme dazu beitragen wird, junge Ehepaare in ihrem Wunsch nach Kindern zu bestärken. Hier geht es um ein erfülltes Leben des einzelnen und zugleich um wichtige gesellschaftliche Interessen. Wir fördern den Wunsch nach Kindern. Jeder weiß, daß hierbei das Wohnungsproblem eine große Rolle spielt.“<sup>116</sup>

Doch was war die politische Motivation hinter dieser Ausrichtung des Bauprogramms? Eine Antwort darauf findet sich in Honeckers Autobiografie „Aus meinem Leben“, welche der SED-Generalsekretär 1980 veröffentlichte. Er schrieb dort, dass es bei dem Bauprogramm darum ginge, jedem Haushalt bis 1990 eine Wohnung in „angemessener Größe und Qualität“<sup>117</sup> bereitzustellen. Das Ziel des Programms bestünde letztlich in der Reduzierung von Klassenunterschieden. Um dies zu erreichen, war es nach Honecker am sinnvollsten die Wohnbedingungen vor allem für Arbeiterfamilien sowie junge Ehepaare zu verbessern.<sup>118</sup> Hier wird erneut die Idee der gesellschaftlichen Nivellierung durch die Privilegierung bestimmter sozialer Schichten erkennbar.

Die SED verfolgte mit dem Programm jedoch letztlich auch demografiepolitische Ziele. 1968 waren in der DDR erstmals mehr Menschen gestorben, als geboren wurden. Als Hauptursache des festgestellten Geburtenrückgangs im Land machte die Parteiführung unzureichenden Wohnraum für junge Ehepaare aus.<sup>119</sup> Interne Erhebungen hatten gezeigt, dass viele junge Paare auf Kinder verzichteten weil sie über keine geeignete Wohnung verfügten. Die SED-Führung beschloss daher, ihre Wohnpolitik stärker auf diese Gruppe auszurichten: Beginnend mit 1976 wurde rund ein Viertel aller neuen Wohnungen für junge Ehepaare reserviert.<sup>120</sup> Daher ist Burdumy zuzustimmen, wenn er meint, dass diese Ausrichtung des Bauprogramms Ausdruck der pronatalistischen Politik der SED war.<sup>121</sup>

Öffentlich wurde vielfach die große Aufmerksamkeit betont, welche die Parteiführung der Wohnsituation junger verheirateter Paare zukommen ließ. Die erwähnte Reservierung bestimmter Kontingente an Neubauwohnungen schien dies zu bestätigen. Diese Ankündigungen weckten jedenfalls hohe Erwartungen: Neubauwohnungen waren in der DDR für junge Menschen das bestimmende Thema, wie eine Umfrage aus dem Jahr 1984 ergab.<sup>122</sup> Doch wie sah die Situation

---

116 Ebd.

117 Honecker, Erich, Aus meinem Leben, Berlin, 1980, 310.

118 Ebd.

119 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 683.

120 Buck, Anspruch, 328f.

121 Burdumy, Sozialpolitik, 228.

122 Fulbrook, Mary, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, 2. durchges. u. mit einem neuen Vorw. vers. Aufl., 2011, 71. Demnach gab mit 53 Prozent die Mehrheit der Befragten „eine moderne Wohnung einrichten“ als ihr größtes Ziel an.

junger Paare in der Praxis aus? Burdumy hat die Wohnungszuteilung in Berlin zwischen 01.01.1979 und 10.12.1979 für diese Gruppe untersucht und zeichnet ein Bild, welches stark von jenem aus den offiziellen Verlautbarungen abweicht. Demnach standen die Chancen auf Zuteilung einer Wohnung 1979 für junge Paare nicht gut: Ihre Quote lag bei 1:6. Bloß jedes sechste junge Paar erhielt also auch tatsächlich eine eigene Wohnung. Im Vergleich dazu sah die Situation für ältere Bürger\_innen mit 1:4 besser aus.<sup>123</sup> Am besten schnitten jedoch kinderreiche Familien ab. Ihre Chance auf Zuteilung einer Wohnung betrug 1:1,8.<sup>124</sup>

Diese Zuteilungsquote stand in klarem Widerspruch zu den Ankündigungen der Partei und hatte entsprechend negative Auswirkungen auf die Einstellung der jungen Paare: Wie die britische Historikern Mary Fulbrook anführt war mehr als ein Drittel von ihnen 1974 mit ihrer Wohnsituation „äußert unzufrieden“<sup>125</sup>. Dazu hatten sie auch gute Gründe, denn 20 Prozent der jungen Paare mussten getrennt leben, da weder eine eigene Wohnung, noch genügend Wohnraum bei den Eltern verfügbar waren.<sup>126</sup> Burdumy stellt diesbezüglich fest: „Eine Bevorzugung ‚junger Ehen‘ bei der Wohnungszuweisung fand vor 1981 also lediglich in der Rhetorik statt.“<sup>127</sup> Burdumy hat auch noch den Zeitraum 01.01.1980 bis 10.11.1980 untersucht und ist zu sehr ähnlichen Ergebnissen gekommen: „Junge Ehen“ 1:5; „Ältere Bürger“ 1:3,4; „kinderreiche Familien“ 1:1,06; „Arbeiter“ 1:7. Interessant ist im Hinblick auf die von der SED-Propaganda immer wieder beschworene Arbeiterklasse auch die niedrige Zuteilungsquote für die Kategorie „Arbeiter“.<sup>128</sup> Tatsächlich schien die SED die Wohnsituation von Familien ernsthaft verbessern zu wollen. Die von Burdumy ermittelte Zuteilungsquote von 1:1,8 Prozent verdeutlicht das. Dennoch lebten auch junge Familien Mitte der 1980er Jahre noch in schwierigen Verhältnissen: Sieben Prozent der Paare mit zwei oder mehr Kindern hatte 1986 noch keine eigene Wohnung.<sup>129</sup>

Um die sozialpolitische Bedeutung des Bauprogramms nachzuvollziehen ist auf den IX. Parteitag der SED hinzuweisen. Hier geschah zum einen die Bestätigung des bisherigen wohnungspolitischen Kurses. Zum anderen wurde das Wohnungsbauprogramm als Schwerpunkt in das Parteiprogramm aufgenommen. In seinem Bericht des Zentralkomitees konnte Erich Honecker von einer wesentlichen Übererfüllung der eigenen Vorgaben sprechen: „Als Kernstück dieses sozialpolitischen Programms erweist sich in immer stärkerem Maße das Wohnungsbauprogramm.“

---

123 Dem widerspricht Hertles Ausführung, wonach neben Alleinstehenden auch „Rentner [...] kaum Chancen“ auf eine Wohnung hatten. Vgl.: Hertle, Genossen, 182.

124 Burdumy, Sozialpolitik, 228-230.

125 Fulbrook, Alltag, 70f.

126 Ebd., 71.

127 Burdumy, Sozialpolitik, 230.

128 Ebd., 229f.

129 Fulbrook, Alltag, 71.



[...] Die vom VIII. Parteitag beschlossene Aufgabe, 500 000 Wohnungen durch Neubau und Modernisierung zu schaffen, wurde wesentlich übererfüllt. [...] Damit verbesserten sich die Wohnverhältnisse für etwa 1,8 Millionen Bürger.“<sup>130</sup>

In seiner Rede betonte Honecker weiters die Zahl an neu gebautem beziehungsweise modernisiertem Wohnraum und hob auch die sehr niedrigen Mieten hervor: „Die Mieten bleiben stabil und niedrig. Im Durchschnitt sind für einen Quadratmeter Wohnfläche nur 0,80 bis 1,25 Mark Miete zu entrichten. Das ist Ausdruck des sozialen, zutiefst humanistischen Wesens unserer Gesellschaftsordnung.“<sup>131</sup> Die Botschaft war, dass ein Großteil der DDR-Bevölkerung von den sozialpolitischen Maßnahmen der Partei profitieren wird. Weiters sprach Honecker davon, dass – wie auf dem VIII. Parteitag beschlossen – zwei Drittel der Neubauwohnungen an Arbeiterfamilien vergeben wurden. Rund elf Prozent seien zudem an „kinderreiche“ Familien gegangen.<sup>132</sup>

Die Rede des Generalsekretärs auf dem IX. Parteitag wurde, wie üblich, von Berichten der Minister\_innen und Parteifunktionär\_innen flankiert. Im Hinblick auf das Wohnungsbauprogramm ist dabei jedenfalls Bauminister Wolfgang Junker zu nennen. Auf dem IX. Parteitag widmete sich jedoch auch der Vorsitzende des FDGB, Harry Tisch, dem Wohnungsbau. Seine Rede wurde unter dem Titel „Sinn des Sozialismus bestimmt unsere Arbeit“ zusammengefasst.<sup>133</sup> Darin geht Tisch lobend auf die Gewerkschaftsarbeit und deren Entwicklung in den letzten Jahren ein. Im Hinblick auf das Wohnungsbauprogramm betont er die Bedeutung einer guten Wohnung: Sie ermögliche ein glückliches Familienleben sowie Zufriedenheit in der Arbeit. Bezugnehmend auf die Vorgabe von 750.000 Wohnungen, welche bis 1980 fertiggestellt werden sollen, wagt Tisch als Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes eine eindrucksvolle Ankündigung: „Von der Tribüne dieses Parteitages schlagen wir deshalb vor, 100 000 Wohnungen über den Plan hinaus zusätzlich zu schaffen!“<sup>134</sup> An die gesamte DDR-Bevölkerung appellierend fährt Tisch fort: „Laßt uns gemeinsam unsere Kräfte einsetzen, alle Reserven erschließen, laßt uns mit Leidenschaft und Energie das Tempo erhöhen zur Verwirklichung und Übererfüllung des Wohnungsbauprogramms unserer Partei, unseres Staates!“<sup>135</sup>

Diese Rede Tisches zeigt zweierlei: Der Vorsitzende der Gewerkschaften versuchte die Arbeiter\_innen des Landes zu motivieren und verwendete dabei das Bild einer glücklichen Familie in einer neuen Wohnung. Diese Strategie zur Motivation der Arbeiter\_innen macht angesichts der

---

130 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED. In: Neues Deutschland, 19.05.1976, 3-13, 5.

131 Ebd.

132 Ebd.

133 Tisch, Harry, Sinn des Sozialismus bestimmt unsere Arbeit. In: Neues Deutschland, 21.05.1976, 4.

134 Ebd.

135 Ebd.

Zielvorgaben für das beschlossene Wohnungsbauprogramm durchaus Sinn. Denn die Vorgaben beruhten nicht darauf, was die DDR-Wirtschaft zu leisten im Stande war, sondern waren im Hinblick auf einen möglichst großen propagandistischen Effekt geplant worden. Die Realisierung des Programms wurde zusätzlich durch den Umstand erschwert, dass sich die wirtschaftliche Situation des Landes im Laufe der 1970er und vor allem der 1980er Jahre – etwa durch den Ölschock – verschlechtert hatte. Die Partei war von Beginn an auf ein außerordentliches Engagement ihrer Werktätigen angewiesen. An dieses versuchte Tisch in seiner Rede zu appellieren. Ob die mit der Umsetzung des Bauprogramms betrauten Arbeiter\_innen derartige Parolen guthießen, darf bezweifelt werden. Sie waren es jedenfalls, welche die Ergebnisse zur Planerfüllung erarbeiten mussten. Der Appell von Tisch kann regelrecht als „Flucht nach Vorne“ bezeichnet werden: Die Arbeiter\_innen des Landes mussten zu Höchstleistungen motiviert werden, um die eigentlichen Planvorgaben überhaupt erreichen zu können. Zudem ist auf den Appell von Tisch hinzuweisen, in welchem er das Vorhaben als Plan der Partei und der DDR bezeichnet. Dabei und damit wird das Programm als Programm der SED offenbar. Gleichzeitig ist es auch das Programm der DDR. Dies entspricht dem Selbstverständnis der SED als Einheits- und Staatspartei. Ihr Programm war politisch verbindlicher Kurs für das Land: Ohne SED, keine DDR.

Bauminister Junker sprach in seiner Rede auf dem IX. Parteitag vor allem über die Bedingungen zur Umsetzung des Wohnungsbauprogramms. Zu dessen Realisierung sei es notwendig, weiter auf technologische Entwicklung zu setzen: „Unser beträchtliches Forschungs- und Entwicklungspotential ist, angefangen in der Bauakademie, verstärkt auf solche Schwerpunkte der weiteren Industrialisierung des Bauens zu konzentrieren, wo durch Breitenwirksamkeit die größten Effekte entstehen.“<sup>136</sup> Dies würde für die Bauarbeiten eine erhebliche Zeitersparnis bedeuten. Junker weist jedoch auf die weitergehende Bedeutung der Bauaufgabe hin: „Jeder von uns weiß: Die Qualität unseres Wohnungsbaus ist eine große ökonomische Potenz, aber noch viel mehr. Sie bestimmt letztlich die Freude unserer Menschen über das Gebaute, ihren Stolz auf die sozialistische Heimat“<sup>137</sup>. Junker sprach hier die weitere technische Entwicklung im Bereich des Wohnungsbaus an. Diese war für die Realisierung der äußerst ehrgeizigen Zielsetzung von Millionen von Wohnungen tatsächlich eine entscheidende Voraussetzung. Außerdem wies er auf eine entscheidende Annahme der SED hin, die dem Wohnungsbauprogramm zu Grunde lag: Die Verfügbarkeit guter Wohnungen würde das Bekenntnis der Menschen zur DDR stärken.

Eine Analyse der sozialpolitischen Ausrichtung des Programms zeigt den politischen und propagandistischen Zweck des Bauprogramms. Es sollte die sozialen Unterschiede im Land

---

<sup>136</sup> Junker, Wolfgang, Wir bauen für das Wohl und Glück des Volkes. In: Neues Deutschland, 21.05.1976, 5.  
<sup>137</sup> Ebd.

nivellieren und die demografische Entwicklung fördern. Die quantitative Dimension des Programms veranschaulicht, dass diese Zielsetzungen für die gesamte DDR wirksam sein sollten. Nach dem IX. Parteitag der SED wurde dieses Ziel auch im Parteiprogramm festgeschrieben. Fortan war hierin zu lesen: „Das Wohnungsbauprogramm ist das Kernstück der Sozialpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Es ist darauf gerichtet, bis 1990 die Wohnungsfrage zu lösen. Damit wird ein altes Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung verwirklicht.“<sup>138</sup>

## 3.2 Praktische Lösungen: Die WBS 70

Die Wohnbaupolitik unter Honecker lässt sich in zwei Phasen einteilen: Zunächst wurde 1971 ein erstes Bauprogramm beschlossen. 1973 erfolgte die Ankündigung, dieses erste Bauprogramm ab 1976 massiv zu erweitern. Bis 1990 würde dadurch die „Wohnungsfrage“ gelöst.<sup>139</sup> Zwischen 1971 bis 1990 sollten insgesamt rund 3,4 Millionen Wohnungen „fertiggestellt“ werden. Diese Zahl ergibt sich aus der ersten Ankündigung Honeckers zur Bereitstellung von 500.000 Wohnungen von 1971 bis 1975 sowie den Verlautbarungen aus dem Jahr 1973 über die Fertigstellung von 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen von 1976 bis 1990.<sup>140</sup>

Das bedeutete jedoch nicht, dass tatsächlich 3,4 Millionen Wohnungen neu errichtet werden sollten. Vielmehr führten die SED-Planer\_innen für ihre Angaben eine neue Messgröße ein: Jene der „fertiggestellten Wohnung“. Damit wurden Wohnungen bezeichnet, die neu gebaut oder durch Um- beziehungsweise Ausbau erschlossen werden sollten. Ebenso fiel darunter die Rekonstruktion sanierungsbedürftiger Wohnungen sowie die Aufwertung bestehender Wohnungen durch

---

138 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Neues Deutschland, 25.05.1976, 3-8, 4.

139 Über den genauen Beginn des Wohnungsbauprogramms gibt es eine kontroverse Forschungsdebatte: Buck meint, dass das eigentliche Wohnungsbauprogramm für den Zeitraum von 1976 bis 1990 beschlossen wurde. Anfang der 1980er Jahre sei es jedoch durch die SED zu einer stillschweigenden Rückdatierung gekommen: Fortan wurde als Beginn des Wohnungsbauprogramms der 1. Januar 1971 angeführt. Er argumentiert, dass die DDR zu dieser Zeit kurz vor dem Staatsbankrott stand und daher massive Kürzungen – auch im Bereich des Bauwesens – vornehmen musste. Um das verkündete Ziel von über drei Millionen Wohnungen dennoch erreichen zu können, hätte man sich zu diesem „Manipulationstrick“ (Buck, Anspruch, 326) entschlossen. Buck, Anspruch, 325f.

Hierzu ist zu sagen, dass in der DDR-Presse der Beginn des Wohnungsbauprogramms jeweils mit dem VIII. Parteitag 1971 datiert wurde. Dies lässt sich sowohl für die Zeit vor 1980, als auch danach belegen. Siehe exemplarisch für die Zeit vor und nach 1980: Die einmillionste Wohnung wurde an eine Berliner Arbeiterfamilie übergeben. In: Neues Deutschland, 07.07.1978, 1-2, 1; Erich Honecker legt Grundstein für neues Wohngebiet. Zweimillionste Wohnung an Berliner Arbeiterfamilie. In: Neues Deutschland, 10.02.1984, 1. Das widerspricht einer stillschweigenden Rückdatierung, welche Buck beschreibt.

Der Beginn des Wohnungsbauprogramms wird jedoch in der Forschung unterschiedlich angegeben: Sowohl 1971, als auch 1973 und 1976 werden angeführt. Siehe zur Debatte hierzu: Burdumy, Sozialpolitik, 237-240. Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit dem Wohnungsbauprogramm in der gesamten Honecker-Ära. Dieses ging jedenfalls von 1971 bis 1989.

140 Junker, Wolfgang, Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990. In: Neues Deutschland, 04.10.1973, 5-7, 5.

Modernisierung.<sup>141</sup> Für eine möglichst hohe Zielvorgabe wurden sogar Plätze in Alters-, Freizeit-, und auch Arbeiterheimen als neue Wohnungen eingerechnet.<sup>142</sup> Trotzdem sollte mit rund 2,13 Millionen Wohnungen der größte Teil tatsächlich neu errichtet werden.<sup>143</sup>

Durch die äußerst weit gefasste Definition der „fertiggestellten Wohnung“ war es der SED-Führung möglich eine sehr hohe Zielgröße zu formulieren, um damit bewusst einen möglichst großen Propagandaeffekt zu erzielen. Es wurde angeführt, dass sich dadurch die Wohnsituation für etwa zwei Drittel aller DDR-Bürger\_innen verbessern würde. Durch dieses Spiel mit Zahlen sollte das Gefühl vermittelt werden, dass jeder Bürger und jede Bürgerin der DDR ganz unmittelbar von der weitsichtigen und engagierten Politik der SED profitiert. Die erhoffte, baldige Zuteilung einer Wohnung sollte dabei das ideologisch erwünschte Verhalten erzeugen und die Bevölkerung überdies zu mehr Arbeitseifer antreiben.<sup>144</sup> Doch wie sah die praktische Ausgestaltung dieser Pläne aus? Wie versuchte die Partei ihre Beschlüsse umzusetzen?

Antworten auf diese Fragen lieferte der Bauminister der DDR, Wolfgang Junker, bereits 1971. Auf dem VIII. Parteitag, auf welchem das neue politische Programm Honeckers und auch das erste Wohnungsbauprogramm angekündigt wurde, hielt auch Bauminister Wolfgang Junker eine Rede zu dem Thema: Unter dem Titel „500 000 Wohnungen – eine schöne Aufgabe“ wurde sie in „Neues Deutschland“ abgedruckt.<sup>145</sup> Der Minister dankte darin zunächst dem Politbüro und dem ZK. Durch seine Politik habe es die gute Erfüllung der Planvorgaben für das Jahr 1971 erst ermöglicht. „Die vom Zentralkomitee in diesem Zeitraum geschaffene Atmosphäre der gegenseitigen Unterstützung und des tiefen Verständnisses der Partei für alles Neue und Fortschrittliche eröffnete uns große schöpferische Möglichkeiten.“<sup>146</sup> Danach wandte sich Junker den Beschlüssen für das ihn betreffende Bauwesen zu. Hier gelte es die Anstrengungen im Bereich des Kraftwerkbaus und des Ausbaus der Industrie weiter voranzutreiben. Dieser kurze Verweis kann als Anerkennung der bisherigen Schwerpunktsetzung der Bauwirtschaft des Landes gesehen werden. Die Baupolitik der Ulbricht-Ära war durch ihren Fokus auf die Schwerindustrie und die Konzentration auf Prestigebauten geprägt gewesen. Anschließend ging Junker bereits auf das Wohnungsbauprogramm ein: „Gleichzeitig gilt es, das umfassende Wohnungsbauprogramm planmäßig zu erfüllen. Dabei setzten wir den Weg der Industrialisierung im Bauwesen, besonders des leichten ökonomischen Bauens konsequent fort, um noch effektiver und produktiver zu bauen und die Arbeitsbedingungen

---

141 Buck, Anspruch, 326-328.

142 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 682, Anm. 8.

143 Buck, Anspruch, 333.

144 Ebd., 327-330.

145 Junker, Wolfgang, 500 000 Wohnungen – eine schöne Aufgabe. In: Neues Deutschland, 19.06.1971, 9.

146 Ebd.

für die Bauarbeiter weiter zu verbessern. 500 000 Wohnungen sind bekanntlich durch Neubau, Modernisierung, Umbau und Ausbau zu schaffen, einschließlich der dazugehörigen Schulen, Kinder- und Versorgungseinrichtungen.“<sup>147</sup> Diese Beschreibungen schlossen sich den Ausführungen Honeckers zum Bauprogramm an. Danach ging der Minister genauer auf das Vorhaben ein: „Sicher wird der fünfgeschossigen bzw. sechsgeschossigen Bebauung im Wohnungsbau der Vorzug gehören. So schaffen wir am schnellsten eine große Zahl von Wohnungen.“<sup>148</sup>

Damit waren bereits 1971 die Parameter für den Wohnungsbau der kommenden Jahrzehnte umrissen: Industrielle Bauweise, das Zusammenspiel von Neubau, Sanierung und Aus-, sowie Umbau, als auch der komplexe Wohnbau mit zugeordneten Versorgungseinrichtungen. Auch die bevorzugten Gebäudeabmessungen werden hier bereits angesprochen. Tatsächlich lassen diese Beschreibungen die quantitativen und qualitativen Schwerpunkte des Bauprogramms bereits gut erkennen. Denn die Ankündigung der SED, zur Bereitstellung von 500.000 und schließlich sogar von über drei Millionen Wohnungen verlangte nach praktischen Lösungen. Von Beginn an stand bei der Realisierung des Wohnungsbauprogramms daher eine Frage im Zentrum: Wie lassen sich so viele Wohnungen wie möglich bei minimalen Kosten in kürzester Zeit errichten?

Im Oktober 1971 wurde dem Politbüro ein erstes Konzept zur Umsetzung des Wohnungsbauprogramms für die Fünfjahresperiode 1971-1975 vorgelegt, welches eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Ministeriums für Bauwesen und der Abteilung Bauwesen des ZK erstellt hatte. Die Planer\_innen formulierten das Ziel einer Wohnbaurate von sieben Wohneinheiten auf 1000 Einwohner\_innen pro Jahr. Um dies erreichen zu können, musste bereits von Beginn an sehr kostengünstig gebaut werden: Der überwiegende Teil der Gebäude sollte daher in Plattenbauweise ausgeführt werden.<sup>149</sup> Als Plattenbauten werden Gebäude bezeichnet, welche „aus industriell vorgefertigten, geschosshohen und wandbreiten Platten sowie den dazugehörigen Deckenplatten montiert sind.“<sup>150</sup> Der Großteil der Wohnhäuser sollte zudem über nicht mehr als sechs Geschosse verfügen. Diese Vorgabe war bereits in den Ausführungen von Bauminister Junker zum Ausdruck gekommen. Denn mit der Höhe der Gebäude stiegen die Kosten.<sup>151</sup> So wurden 1971 bereits Zielvorgaben für die maximale Bauzeit einer einzelnen Wohneinheit formuliert: In einem Haus zu fünf Geschossen sollte diese 418 Stunden betragen. In einem 11-geschossigen Gebäude 485 Stunden. Architektonische Fragen über die Gestaltung der Häuser standen nicht im Fokus.<sup>152</sup> Palutzki hält hierzu treffend fest: „Zur bestimmenden Grundlage der Gestaltung wurde die stunden-

---

147 Ebd.

148 Ebd.

149 Palutzki, Architektur, 296.

150 Engler, Stallknecht, 95.

151 Topfstedt, Wohnen, 518.

152 Palutzki, Architektur, 296.

und materialmäßige Begrenzung des Arbeitsaufwandes pro Wohneinheit.“<sup>153</sup>

Doch wie sah die konkrete Umsetzung dieser Pläne aus? Das Wohnungsbauprogramm der 1970er und 1980er Jahre materialisierte sich vorwiegend in großen Plattenbausiedlungen. Der Plattenbau als eine industrielle Bauweise besitzt eine lange Geschichte. Seine Ursprünge reichen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Damals hatte der Amerikaner Grosvenor Atterbury ein Bauverfahren zur Herstellung großflächiger Bauelemente entwickelt, und dieses im Wohnungsbau eingesetzt. In Deutschland wurde die erste Plattenbausiedlung 1930 fertiggestellt.<sup>154</sup> Durchsetzen konnte sich der Plattenbau vorerst jedoch nicht, denn die Nationalsozialisten stoppten Experimente im industriellen Wohnungsbau.<sup>155</sup>

Nach dem Krieg wurden industrielle Bauweisen, auch im Wohnungsbau, wieder eingesetzt.<sup>156</sup> In der DDR war die Plattenbauweise dabei zu Beginn jedoch nur eine von vielen Bauarten.<sup>157</sup> Ein erster Plattenbau entstand 1952. Ein Jahr später erfolgte mit der Errichtung eines weiteren Plattenbaus an der Stalinallee in Berlin der Beginn des industriellen Bauens in der DDR. Nach diesem Projekt wurde das erste Betonplattenwerk in Hoyerswerda errichtet. 1954 erfolgte in der Sowjetunion eine architekturpolitische Neuausrichtung: Die bisherige Konzentration auf historisierende Bauten wurde aufgegeben. Stattdessen setzten die sowjetischen Planer\_innen nun stärker auf eine moderne Bauweise. Dieser Schwenk wurde auch in der DDR nachvollzogen und führte zur Realisierung von Wohnbauten in Plattenbauweise in den Berliner Bezirken Friedrichshain und Karlshorst.<sup>158</sup>

Danach wurden normierte Plattenbau-Typensysteme entwickelt, nach denen Wohngebäude im ganzen Land errichtet werden sollten. In den 1960er Jahren waren dies die Systeme P1 und P2. Das Hauptaugenmerk bei der Entwicklung der Systeme lag bei einer effizienten – das bedeutete ökonomisch sparsamen – Bauweise. Dies sollte durch einen möglichst hohen Grad an Standardisierung und Industrialisierung erreicht werden.<sup>159</sup> Das hauptsächliche politische Interesse lag bei der kostengünstigen Errichtung möglichst vieler Wohnungen. Diesem Ziel hatten sich die Planer\_innen stets unterzuordnen.

Für den Zeitraum der vorliegenden Untersuchung ist die nächste Generation der DDR-Plattenbausysteme hervorzuheben: Die so genannte Wohnbauserie (WBS) 70. Diese neuste

---

153 Ebd., 298.

154 Dabei handelte es sich um die von 1926 bis 1930 errichtete Splanemann-Siedlung in Berlin-Friedrichsfelde. Vgl. Engler, Stallknecht, 103f.

155 Ebd.

156 Ebd., 104.

157 Liebscher, Kulturgeschichte, 75.

158 Engler, Stallknecht, 105-107.

159 Ebd., 107f.

bautechnische Entwicklung war Ende der 1960er Jahre nach einer Studie von Wilfried Stallknecht und Achim Felz erarbeitet worden.<sup>160</sup> Das System sollte die Bautätigkeit beschleunigen und gleichzeitig mehr gestalterischen Freiraum bieten. Die WBS 70 erlaubte eine abwechslungsreichere Fassadengestaltung, unterschiedliche Arten der Gebäudeerschließung sowie die Staffelung einzelner Wohnblöcke. Ein erster Wohnbau in dieser Ausführung entstand 1972 in Neubrandenburg.<sup>161</sup> Danach folgte ein rascher Aufstieg des Bausystems zur bevorzugten Serie in der DDR. Während zwischen 1971 und 1975 erst 15.000 Wohnungen damit errichtet wurden, schoss die Verwendung der WBS 70 als Bautyp von 1976 bis 1980 mit 130.900 Wohnungen in die Höhe.<sup>162</sup> Sie wurde schließlich zum dominierenden System in der DDR: 42 Prozent aller Plattenbauten wurden damit errichtet.<sup>163</sup>

Doch was war das Konzept hinter der WBS? „Bald Baubeginn für neuen Wohnungstyp“ war am 15. Juni 1972 im Neuen Deutschland zu lesen.<sup>164</sup> Der Artikel hatte den Versuchsbau der WBS in Neubrandenburg zum Inhalt. Die Autoren beschrieben die WBS als die Wohnbauserie der Zukunft, womit sie nicht Unrecht haben sollten. Als Verbesserungen für die Mieter\_innen dieser Bauten wurden Fenster auf beiden Gebäudeseiten für jede Wohnung, eine regulierbare Heizung, eine Küche mit Durchreiche ins Wohnzimmer, eine gute Dämmung der Wände sowie unterschiedliche Grundrissvarianten angeführt. „Was darüber hinaus für alle Wohnungsbewerber unserer Republik von größter Bedeutung ist: Die Bauindustrie erreicht mit dieser Wohnungsserie eine höhere Produktivität.“<sup>165</sup> Damit sprachen die Autoren eines der zentralen Kriterien bei der Entwicklung der Serie an: Die größere Effizienz. „Die Bauarbeiter und Ingenieure des Neubrandenburger Wohnungsbaukombinates wissen sehr gut, daß von ihren Leistungen mitbestimmt wird, inwieweit diese vorteilhafte Bauserie für den Wohnungsbau bis 1975 wirksam wird.“<sup>166</sup> Unverkennbar kommt in dem Artikel eine Erwartungshaltung zum Ausdruck. Die enorme politische Bedeutung des Wohnungsbauprogramms, „das“, so schreiben die Autoren am Ende des Artikels, „unser größtes Investitionsvorhaben im Fünfjahresplan ist“<sup>167</sup>, wird erkennbar. Die neue Wohnbauserie sollte dabei nicht nur Vorteile für die Mieter\_innen, sondern auch und vor allem für die Bauindustrie bringen.

Die Planer wollten ein System bereitstellen, das mehr Gestaltungsmöglichkeiten bot und gleichzeitig kostengünstiger war. Wie sollte dies erreicht werden? Die Verantwortlichen in der Bauindustrie waren vorab zu der Überzeugung gelangt, dass die bisher eingesetzten Baureihen nicht

---

160 Ebd., 46.

161 Palutzki, Architektur, 297f.

162 Engler, Stallknecht, 100.

163 Hannemann, Platte, 23.

164 Adam, Walter, Wenndorff, Paul, Bald Baubeginn für neuen Wohnungstyp. In: Neues Deutschland, 15.06.1972, 3.

165 Ebd.

166 Ebd.

167 Ebd.

wirtschaftlich genug waren. Problematisch erschien ihnen vor allem die Verwendung regional unterschiedlicher Bauteile, die untereinander nicht kompatibel waren.<sup>168</sup> Das neue System sollte es demgegenüber ermöglichen den gesamten Wohnungsbau in der DDR nach einem einheitlichen „Universalbaukasten“<sup>169</sup> zu planen. Regional unterschiedliche Bauelemente waren weiterhin möglich, sollten jedoch jeweils miteinander kombinierbar sein. Dadurch würde sich der Gestaltungsspielraum insgesamt erhöhen. Da dabei jedoch weniger Bauteile benötigt würden, sei damit eine Kostenreduzierung bei gleichzeitiger Produktionssteigerung zu erreichen.<sup>170</sup> Tatsächlich gelang der DDR-Bauwirtschaft mit der WBS 70 eine drastische Reduzierung der Bauzeit: Ein Haus mit 40 Wohnungen konnte mit dem neuen Bausystem in 38-40 Tagen fertiggestellt werden. Bisher waren rund 70-80 Tage notwendig gewesen. Diese gesteigerte Zeiteffizienz bestärkte die Parteiführung im Hinblick auf die sehr zuversichtliche Planung des erweiterten Wohnungsbauprogramms.<sup>171</sup>

Die starke Fokussierung der Parteiführung auf den möglichst effizienten Plattenbau erlaubte es, in kurzer Zeit viele Wohnung zu errichten<sup>172</sup>. Anfang der 1980er Jahre gelang es der SED dadurch eine Entlastung in der Wohnungsversorgung zu erreichen. Auch die Ausstattung der Wohnungen konnte verbessert werden.<sup>173</sup> Insgesamt erreichte die SED bis 1989 annähernd ihre eigene Zielvorgabe. Dies ist eine beachtliche Bauleistung und angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, welchen das Land gegenüberstand, jedenfalls anzuerkennen.<sup>174</sup> Diese Ausrichtung hatte jedoch drei gravierende Nachteile: Erstens führte sie zu einer starken Monotonie in den neuen Großwohngebieten. Zweitens brachte die immer weitere Zeitreduzierung teils erhebliche Baumängel mit sich. Drittens schließlich – und dies sollte eines der größten Probleme in der DDR werden – verfielen angesichts der starken Konzentration der DDR-Bauwirtschaft auf den Plattenbau die historischen Stadtteile des Landes.

---

168 Die Wohnbaukombinate in den DDR-Bezirken arbeiteten häufig mit eigenen Bauelementen. Sie wehrten sich aus Kostengründen lange Zeit gegen die Durchsetzung eines allgemeinen Bausystems für das gesamte Land. Vgl. hierzu Engler, Stallknecht, 107f. Auch: Topfstedt, Wohnen, 518.

169 Topfstedt, Wohnen, 518.

170 Engler, Stallknecht, 110.

171 Palutzki, Architektur, 299.

172 Eine Tatsache, die damals auch in Westdeutschland mit einer gewissen Bewunderung zur Kenntnis genommen wurde. Im Spiegel war 1983 mit Blick auf die DDR von einem „Städtebau im Zeitraffer“ die Rede: „Wie aberwitzig das Tempo geworden ist, verdeutlicht das größte Neubauquartier der Republik um das alte Berliner Dorf Marzahn.“ Gemeint ist die seit 1976 gebaute Großwohnsiedlung Berlin-Marzahn. „Wir hatten nie Probleme durch Überfluß“ SPIEGEL-Report über Architektur und Städtebau in der DDR. In: Der Spiegel, Nr. 39, 1983, 254-271, 264.

173 Manzel, Karl-Heinz, Von der Wohnlaube zum Wohnblock – Ziel der „registrierten Antragstellung“. In: Hölder, Egon (Hg.), Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR, Stuttgart, 1992, 251-264, 261f.

174 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 682. Zu den Zahlen siehe Ebd., 689. Eine fundierte Einordnung zu der Frage, ob das Bauprogramm quantitativ erfüllt wurde nimmt Tesch vor: Tesch, Joachim, Wurde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/1976 bis 1990 erfüllt? In: UTOPIE kreativ, Sonderheft (2000), 50-58. Das erweiterte Wohnungsbauprogramm sollte allerdings bis 1990 erfüllt werden, nicht bis 1980. Tesch irrt an einer Stelle seiner Ausführung bei der Datierung. Vgl. Tesch, Wohnungsbauprogramm, 51.



In der WBS 70 war mit dem Prinzip des „Universalbaukastens“ eine grundsätzliche Gestaltungsfreiheit angelegt. Dieses – durch die Normierung der Bauteile ohnehin bereits eingeschränkte – gestalterische Potential wurde kaum genutzt. Der von der politischen Führung immer wieder eingeforderte Produktionszuwachs im Wohnungsbau führte zu einer Konzentration auf die effizientesten Baulösungen.<sup>175</sup> Das bedeutete nichts anderes als möglichst viele Wohnungen in möglichst kurzer Zeit bei möglichst niedrigen Kosten zu produzieren. Wie dies in der Praxis aussah, davon gibt Palutzkis Beschreibung über die Errichtung des Versuchsbaus in Neubrandenburg einen lebendigen Eindruck: „Wie der Vorgängertyp P 2 wurde die WBS 70 bei der Ersteinführung im Oktober 1972 in Neubrandenburg in ihrer Gestaltung auf den inneren Wohnungsgrundriß bezogen, die flächigen Außenwandplatten, zumeist Silikat beschichtet, je nach Blocklänge und Geschosßzahl aneinandergereiht und aufeinander gestapelt.“<sup>176</sup> Dass bei einer derartigen Bauweise gestalterische Fragen in den Hintergrund gedrängt wurden, ist offensichtlich. Hinzu kam eine pragmatisch zu nennende Einstellung bei vielen Wohnungsbaukombinaten, die einfacheren Baulösungen oft den Vorzug gaben.<sup>177</sup> So kamen bestimmte Bauformen wegen der komplizierten technischen Ausführung nicht zum Einsatz.<sup>178</sup> Außerdem wurde die WBS 70 seit Ende der 1970er Jahre auch verwendet um die Versorgungsbauten zu errichten, die den Wohnbaugebäuden zugeordnet waren. Dies führte in Verbindung mit der generellen Konzentration auf die WBS als Bausystem der Wahl zu einer teils erheblichen Monotonie der Neubausiedlungen.<sup>179</sup> Die Ausrichtung auf maximale Effizienz im Wohnungsbau führte damit zu architektonischer Uniformität. Dies zeigt, dass bei der WBS 70 ökonomische Argumente sowohl in der Entwicklung, als auch in der Anwendung den Ausschlag gaben.

Auf die Ausrichtung auf eine möglichst hohe Effizienz im Wohnungsbau lassen sich auch die auftretenden Baumängel zurückführen. Diese betrafen etwa defekte Belüftungen oder unzureichende Schalldämmungen. In einigen Fällen waren die Wohnungen auch nicht rechtzeitig an das Fernwärmenetz angeschlossen worden.<sup>180</sup> Die Qualität der Wohnungen war jedoch ein propagandistisch wichtiges Thema, das von SED-Führung auch als solches erkannt worden war. Bereits 1973 hatte Junker darüber in seinem Bericht gesprochen: „Die Frage der Qualität unseres Wohnungsbaues ist nicht nur eine bedeutende ökonomische Potenz, sondern sie besitzt zugleich große politische Wirkung. Sie entscheidet, ob letztlich die Bewohner echte Freude an ihrer neuen Wohnung empfinden, ob sie persönlich spüren, wie ernst unsere Partei die Lösung der

---

175 Palutzki, Architektur, 298.

176 Ebd.

177 Topfstedt, Wohnen, 518f.

178 Hoscislawski, Ohnmacht, 335.

179 Topfstedt, Wohnen, 540.

180 Diese und ähnliche Mängel listet Burdumy auf: Burdumy, Sozialpolitik, 206f.

Wohnungsfrage meint und nimmt. Mehr noch: Sie macht für jeden sichtbar, wie wir es in der Praxis verstehen, auf einem so wichtigen Gebiet unseres Lebens die Überlegenheit des Sozialismus über die kapitalistische Ausbeuterordnung zu demonstrieren.“<sup>181</sup>

Dennoch gelang es den Verantwortlichen bis zuletzt nicht, der Qualitätsprobleme Herr zu werden.<sup>182</sup> Diese Unfähigkeit war jedoch nicht auf einzelne Bauarbeiter oder Zulieferbetriebe zurückzuführen, sondern hatte tieferliegende Gründe: Die von der SED-Führung eingeforderte, immer weitere Steigerung der Produktivität und die absolute Verbindlichkeit von Planvorgaben verstellten den Blick auf Ausführungsmängel. Die Bauarbeiter und ihre Vorgesetzten hatten das Ziel so schnell wie möglich so viele Wohnungen wie möglich fertigzustellen. Dabei blieb die Qualität der einzelnen Wohnungen oftmals auf der Strecke: 1976 wiesen in Berlin zwölf Prozent aller Neubauwohnungen derart schwere Mängel auf, dass die Wohnraumverwaltung sie zunächst nicht übernehmen konnte.<sup>183</sup>

Die politischen Führung betonte immer wieder die hohe Qualität, sowie die moderne Ausstattung der Neubauwohnungen. Tatsächlich jedoch standen finanzielle Erwägungen stets im Vordergrund. Die Zielsetzung von über drei Millionen fertiggestellten Wohnungen bis 1990 erforderte kostengünstigste Baulösungen. Die Erfüllung des Plansolls hatte oberste Priorität. Dies war bereits 1971 in den konzeptionellen Überlegungen zum ersten Bauprogramm deutlich geworden. Angesichts der sich verschärfenden wirtschaftlichen Situation des Landes wurden erhebliche Sparmaßnahmen am Wohnungsbauprogramm vorgenommen: Ab 1981 wurde die Bebauungsdichte der Wohngebiete erhöht, die Zahl der Hochhäuser reduziert. Gleichzeitig erfolgten Kürzungen bei Versorgungseinrichtungen, Parkplätzen sowie Grünflächen. Wegen der zunehmenden Versorgungsknappheit waren die Planer\_innen oftmals sogar gezwungen noch während der Bauarbeiten Einsparungen vorzunehmen. So wurden Gebäude entgegen den ursprünglichen Plänen mit weniger Stockwerken ausgeführt. Seit 1982 wurden sechsgeschossige Wohngebäude ohne Fahrstuhl errichtet. All dies senkte den Wohnkomfort erheblich und erregte den Unmut der neuen Bewohner\_innen.<sup>184</sup>

Jede Untersuchung, welche den industriellen Wohnungsbau in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren zum Inhalt hat, muss auch den Verfall der Altbausubstanz ansprechen. Denn parallel zum Wohnungsbauprogramm verfielen große Teile der Altbausubstanz im ganzen Land. Viele Altbauten wurden nur unzureichend instand gehalten und häufig nach einem Abriss durch einen

---

181 Junker, Wolfgang, Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990. In: Neues Deutschland, 04.10.1973, 5-7, 6.

182 Burdumy, Sozialpolitik, 199.

183 Ebd., 205.

184 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 689f.

Neubau ersetzt.<sup>185</sup> Doch was waren die Gründe für den Verfall der Altbauten und wie reagierte die SED-Führung darauf? Was hat diese Entwicklung mit dem Wohnungsbau zu tun? Um die hohen Mengenziele an neu zu errichtenden Wohnungen zu erreichen hatte die SED die Bauwirtschaft des Landes fast gänzlich auf den industriellen Wohnungsbau ausgerichtet. Die Wohnungsbaukombinate arbeiteten hauptsächlich mit der WBS 70. Am Ende der 1980er Jahre wurden rund 94 Prozent der Wohnungsbauten in industrieller Bauweise errichtet.<sup>186</sup>

Angesichts dieser Ausrichtung verwundert es nicht, dass die Erhaltung der Altbausubstanz für die DDR-Bauindustrie zum Problem wurde. Modernisierungs- und Renovierungsarbeiten an Altbauten wurden normalerweise von hierauf spezialisierten, kleingewerblich strukturierten Betrieben ausgeführt. 1972 waren jedoch fast alle noch vorhandenen privaten Baubetriebe des Landes verstaatlicht worden. In der DDR gab es daraufhin niemanden mehr, der diese Arbeiten übernahm.<sup>187</sup> Dies bedeutete am Ende häufig den Abriss alter Bausubstanz. Der Zuwachs an Wohnraum wurde dadurch gebremst. Denn auf zwei Neubauwohnungen kam etwa eine abgerissene Wohnung.<sup>188</sup> Diese Situation lief dem Ziel, die „Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen“ zuwider und verschlimmerte sich im Verlauf des Wohnungsbauprogramms weiter: Sieber und Fritsche führen an, dass in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mehr Wohnraum abgerissen, als neugebaut wurde.<sup>189</sup> Unter diesen Umständen, war der von der SED avisierte große Zuwachs an Wohnraum kaum zu realisieren.

Das eingesetzte Bausystem entsprach den ökonomischen Bedingungen, aber auch den politischen Vorstellungen. 1976 hatte Erich Honecker auf dem IX. Parteitag davon gesprochen, dass die Industrialisierung des Bauwesens weiter vorangetrieben werden müsse: „Der Wohnungsbau in diesem großen Ausmaß bedingt die weitere Industrialisierung der Bauprozesse. Ein äußerst hoher gesellschaftlicher Anspruch der gesamten Bevölkerung an die Bauschaffenden, insbesondere an die Projektanten und Architekten, besteht nun darin, auch unter den Bedingungen des industriellen Typenbaus solche architektonischen, künstlerischen und städtebaulichen Lösungen zu schaffen, die den gesellschaftlichen Lebensbedürfnissen der Menschen entsprechen.“<sup>190</sup> Es müsse gelingen, dass die Menschen Gefallen an ihren neuen Wohnvierteln fänden. Die WBS 70 sollte eine Antwort auf genau diese Anforderungen sein. Doch die Erfüllung des Plansolls einerseits, und die architektonisch-städtebaulichen sowie qualitativen Ansprüche andererseits, waren nicht miteinander

---

185 Liebscher, Kulturgeschichte, 91f.

186 Topfstedt, Wohnen, 552f.

187 Ebd., 553.

188 Ebd., 557.

189 Sieber, Fritsche, Bauen in der DDR, 123.

190 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED. In: Neues Deutschland, 19.05.1976, 3-13, 6.

vereinbar.

Dabei wurden Möglichkeiten zur Erhöhung der Lebens- und Wohnqualität nicht wahrgenommen, die sich auch im industriellen Bauen ergeben. Denn in der Grundrissgestaltung werden ungenutzte Potentiale sichtbar: So lassen sich in der WBS freie Grundflächen von 6x12 Meter realisieren. Dies macht Wohnungen in der Größe einer 3-Zimmer-Wohnung ohne Zwischenwände möglich. Genauso können nachträgliche Verbindungen von Wohnungen – auch über zwei Etagen – hergestellt werden.<sup>191</sup> Trotz dieser Möglichkeiten entschlossen sich die Planer\_innen für traditionelle Raumkonzepte. Die Gebäude wurden zumeist mit 3- oder 4-Zimmer-Grundrissen ausgeführt.<sup>192</sup> Diese Wohnungsgrößen und die hierzu verwendeten Grundrisslösungen orientierten sich an einer vierköpfigen Kleinfamilie. Dadurch und damit geschah eine Normierung hin zum SED-Familienideal, auf welches noch einzugehen ist. Dabei wurde jedoch eine Chance vergeben. Die Wahl des Grundrisses den neuen Mieter\_innen zu überlassen, hätte den groben, oft sogar brutal wirkenden Charakter des Plattenbaus jedenfalls gemildert.

Für die umfassende und möglichst beeindruckende Propaganda war von Anfang an das Spiel mit Zahlen wichtig. Deshalb sprachen die SED-Funktionäre nicht von neu zu errichtenden, sondern von „fertigzustellenden“ oder „bereitzustellenden“ Wohnungen. Damit waren Wohnungen gemeint, die entweder neu errichtet, modernisiert, saniert, aus- oder umgebaut werden würden. So ließen sich beeindruckende Zielgrößen formulieren: Hier standen quantitative Argumente im Vordergrund. Es ging um das Übermaß, die Übererfüllung – Hunderttausende, später Millionen von Wohnungen konnten angekündigt werden. Das Spiel mit Zahlen hatte jedoch nicht bloß semantischen Charakter. Die schiere Menge an tatsächlich errichteten Wohnungen sollte ebenfalls beeindrucken. Dafür wurden in kurzer Zeit Millionen Wohnungen errichtet. Um dies überhaupt zu erreichen, musste die Partei von Anfang an knapp kalkulieren. Im Ergebnis konzentrierte sie die gesamte Bauwirtschaft des Landes auf die Errichtung von Großwohngebieten in Plattenbauweise. Damit erreichte sie zwar quantitativ ihr Ziel. Sie nahm gleichzeitig jedoch qualitative Mängel, eine erhebliche architektonische Uniformität und verfallende Altbauten in Kauf. Insgesamt muss sowohl die Planung, als auch die Umsetzung des Wohnungsbauprogramms als Teil der SED-Propaganda betrachtet werden.

## 4. Eine sozialistische Wohnumwelt

Das Wohnungsbauprogramm der SED war der Versuch eine Wohnutopie zu realisieren. Dabei

---

<sup>191</sup> Palutzki, Architektur, 298f.

<sup>192</sup> Burdumy, Sozialpolitik, 192.

wurden Wohnungen und Großwohngebiete nach den ideologischen Vorstellungen der Staatspartei geplant. Bei dieser Bereitstellung von Wohnraum ist auch der Versuch der Normierung der Gesellschaft angelegt.

## 4.1 Normierung des Wohnens

Durch die rein quantitative Ausrichtung des Wohnungsbauprogramms wurde der Plattenbau zum bevorzugten Bausystem. Die DDR-Bauwirtschaft schaffte es dadurch, Millionen Wohnungen in wenigen Jahren zu errichten. Doch was für Wohnungen waren das? Waren sie beliebt? Wie beeinflussten sie das Leben der neuen Bewohner\_innen?

Die Neubauwohnungen waren sehr beliebt. Dies mag angesichts des schlechten Rufes, welchen Plattenbausiedlungen heute anhaftet, überraschen. Es gab jedoch eine Reihe von guten Gründen, warum sich Bürger\_innen in der DDR über die Zuweisung einer Neubauwohnung freuten: Zum einen galten die Wohnungen selbst als modern und komfortabel. Ihre Ausstattung war mit Bad, Zentralheizung und Telefonanschluss für DDR-Verhältnisse sehr gut.<sup>193</sup> Zudem verfügten zwei Drittel der Wohnungen entweder über einen Balkon oder eine Loggia.<sup>194</sup> Die neue, scheinbar erst durch die Partei durchgesetzte hohe Qualität des Wohnens sollte sich auch im Sprachgebrauch der Menschen ausdrücken. Seit den 1970er Jahren wurden Neubauwohnungen in der DDR offiziell als „Vollkomfortwohnungen“ bezeichnet.<sup>195</sup>

Die Attraktivität der Neubauwohnungen ergab sich nicht zuletzt aus den sehr geringen Wohnkosten. Die Mieten in der DDR betragen nur den Bruchteil eines durchschnittlichen Haushaltseinkommens. Ihre Höhe wurde an der Preisstop-Verordnung von 1936 ausgerichtet, welche nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Sowjetische Besatzungsmacht verlängert worden war. Wie Topfstedt ausführt, waren für die sehr niedrigen Mieten massive staatliche Subventionen erforderlich. Weder die Lage, noch die Vermögensverhältnisse der neuen Bewohner\_innen spielten bei der Berechnung eine Rolle. Diese Mieten waren so gering, dass damit lediglich etwa 25 Prozent der notwendigen Instandhaltungskosten der Wohngebäude eingenommen werden konnten.<sup>196</sup> Rowell weist darauf hin, dass diese Entwicklung bereits vor Erich Honeckers Amtsantritt bedenkliche Züge angenommen hatte: 1970 konnten nur noch rund 40 Prozent der Erhaltungskosten durch Mieten eingebracht werden.<sup>197</sup> Topfstedt meint aus diesem Grund, dass das niedrige

---

193 Wolle, Stefan, Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, 3. aktualisierte und überarb. Aufl., 2009, 258.

194 Frerich, Frey, Handbuch, 452.

195 Wolf, Sprache, 244.

196 Topfstedt, Wohnen, 441.

197 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 696.

Mietniveau mitverantwortlich dafür ist, dass in der DDR zunehmend Altbausubstanz verfiel.<sup>198</sup>

Diesem Argument widerspricht der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Joachim Tesch. Er führt an, dass die Bedeutung der Mieteinnahmen in einer zentral gelenkten Planwirtschaft überschätzt werde: Die Gebäude in der DDR verfielen demnach nicht, weil die Mieten niedrig waren, sondern weil die DDR-Bauwirtschaft nicht auf Reparaturarbeiten ausgerichtet war: Gewerbestrukturen, welche diese Aufgaben in anderen Staaten wahrnahmen, existierten in der DDR schlichtweg nicht. Hinzu kam die Unterversorgung mit ausreichend Material und Gerät.<sup>199</sup>

Das SPK, das Finanzministerium sowie die zuständige Abteilung des ZK für Bauwesen empfahlen Erich Honecker eine Erhöhung der Mieten. Statt auf den Ratschlag einzugehen, sorgte der Generalsekretär aber mit einer Einheitsmiete ab 1972 für eine Angleichung der Neubaumieten an jene der Altbauten. Deren Mieten waren sehr niedrig, weil sie auf dem Niveau der Preisstop-Verordnung von 1936 fixiert waren. Statt von einer Erhöhung der Mieten kann daher sogar von einer Mietpreissenkung bis 1989 gesprochen werden. Denn während sich das Gehalt der meisten DDR-Bürger\_innen erhöhte, blieben die Mieten fixiert und machten 1989 nur noch rund fünf Prozent eines Haushaltseinkommens aus. Zudem wurden weitere Wohnkosten, wie jene für Heizung, Wasser und Strom staatlich gestützt.<sup>200</sup> Die Kosten dieser Nebenausgaben stiegen von 222 Millionen Mark 1971 auf 4,2 Milliarden Mark im Jahr 1988.<sup>201</sup>

In der DDR existierte ein gesetzlicher Anspruch auf Wohnraum. Dieser wurde 1968 in der Verfassung verankert und galt für jeden Bürger und jede Bürgerin. Wohnungen sollten in der DDR keine Ware sein. Die SED versuchte daher Wohnraum zu entkommerzialisieren. Dies sollte durch äußerst niedrige, staatlich fixierte, Mieten erreicht werden.<sup>202</sup> Diese Politik ist vor dem Hintergrund der Legitimations- und Loyalitätsstrategie Honeckers im Rahmen seiner „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zu betrachten. Trotz der Empfehlungen zur Erhöhung der Mieten blieb Honecker bei seiner Politik. Ein Anstieg der Wohnkosten war mit seinem Konzept über die umfassende sozialpolitische Absicherung der Bevölkerung im Gegenzug zu deren politischer Loyalität nicht vereinbar. Wohnen musste in diesem Zusammenhang als Grundbedürfnis staatlich subventioniert werden.<sup>203</sup>

Die extrem niedrigen Mieten der DDR führten dazu, dass Wohnungen eine für die DDR spezifische Bewertung erfuhren. Da es finanziell kaum ins Gewicht fiel, wie groß oder klein sie war, lebten viele in zu großen Wohnungen. Diese Wohnungen waren – auf die Anzahl ihrer

---

198 Topfstedt, Wohnen, 441.

199 Tesch, DDR-Wohnungsbauprogramm, 55f.

200 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 696f.

201 Tesch, DDR-Wohnungsbauprogramm, 55.

202 Grabowski, Wohnungspolitik, 229.

203 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 697.

Bewohner\_innen bezogen – „unterbelegt“. Die Wohnraumverwaltung der DDR versuchte diesem Phänomen mit Hinweisen und zuletzt auch mit gesetzlichen Maßnahmen zu begegnen, ohne dabei jedoch sehr erfolgreich zu sein. Wegen der geringen Kosten behielten viele ihre Wohnungen und verwendeten sie als Tauschkapital. Dieses Verhalten ist vor dem Hintergrund der angespannten Wohnsituation in der DDR zu verstehen. Rowell weist zudem auf eine weitere Besonderheit hin, welche als das Ergebnis der Wohnraumpolitik der SED gesehen werden muss: Viele Mieterinnen und Mieter betrachteten ihre Wohnung als ihr Eigentum. Weil die Behörden sich als unfähig erwiesen die Unterbelegung von Wohnraum zu unterbinden und wegen der geringen Wohnkosten wurden sie zu „Quasi-Eigentümern“<sup>204</sup>. Ein positiver Nebeneffekt dabei war, dass die Bewohner\_innen sich um ihre Wohnungen kümmerten, diese gut instand hielten und verschönerten.<sup>205</sup> Dies konnte den generellen Verfall der Altbausubstanz im Land jedoch nicht verhindern.

Die Zufriedenheit der neuen Bewohner\_innen über die Neubauwohnungen muss jedoch aus zwei Gründen hinterfragt werden. Zum einen handelt es sich bei der Zufriedenheit neuer Mieter\_innen nicht um ein DDR-Spezifikum. Es muss eher von einer allgemeinen Tendenz ausgegangen werden, wonach Neumieter\_innen ihre Wohnungen positiv bewerten. In der DDR kam jedoch die äußerst schwierige Wohnungssituation vieler Menschen hinzu. Die Zuweisung einer Neubauwohnung bedeutete häufig den Auszug aus einer überfüllten oder sanierungsbedürftigen Wohnung. Für viele Personen wurde damit auch eine jahrelange Wohnungssuche beendet. Zum anderen wurden viele neue Wohnungen in Ost-Berlin zugewiesen. Dies war eine begehrte Adresse. Viele Bürger\_innen freuten sich über die Möglichkeit nach Ost-Berlin zu ziehen, verbanden sie damit doch ein Leben im kulturellen und industriellen Zentrum des Landes.<sup>206</sup>

Die große Zufriedenheit vieler Bewohner\_innen mit ihrer neuen Wohnung hat auch die deutsche Soziologin Alice Kahl in ihrer Langzeitstudie festgestellt. Seit 1976 wurde in Leipzig Grünau an der zweitgrößten Wohnsiedlung des Landes gebaut. Nachdem 1977 die ersten Mieter\_innen eingezogen waren, führte Kahl 1979 eine erste Befragung zur Zufriedenheit der Bewohner\_innen durch.<sup>207</sup> Zu dieser Zeit war die Stimmung sehr gut: Nahezu 100 Prozent der Einwohner\_innen waren mit ihrer Wohnung sehr zufrieden.<sup>208</sup> Die hohe Zustimmung ist angesichts des unfertigen Wohnumfeldes überraschend: Zur Zeit der ersten Befragung glich Leipzig Grünau einer einzigen großen Baustelle. Es fehlte an ausgebauten Wegen ebenso wie an grundlegenden Versorgungseinrichtungen. Kahl weist in diesem Zusammenhang auf die schwierigen

---

204 Ebd., 698.

205 Ebd., 697f.

206 Hannemann, Platte, 132-134

207 Kahl, Alice, Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie, Opladen, 2003, 50-52.

208 Ebd., 91-94.

Wohnbedingungen hin, in welchen viele der neuen Mieter\_innen vorher leben mussten.<sup>209</sup>

Die Industrialisierung des Bauens und der Fokus auf eine möglichst rasche und möglichst kostengünstige Erfüllung der Planvorgaben hatte Auswirkungen auf die Grundrisse der Wohnungen. Die Entwickler der WBS 70 hatten errechnet, wie viel Wohnraum ein Mensch zum Leben mindestens benötigt. Auf Basis dieser Berechnung wurden die Grundrisse der Wohnungen gestaltet: „Eine Wohnung musste folglich alle reduzierten Funktionen des Wohnens, Schlafens, Essens und der Hygiene beinhalten. Entscheidend für die Realisierung war jedoch die Machbarkeit der industriellen Herstellung. Nicht die Bedürfnisse der Bewohner, sondern die Möglichkeiten des Fließbands gaben letztlich den Ausschlag.“<sup>210</sup> Die Wohnbedürfnisse der Menschen galten den SED-Planern\_innen jedenfalls als vergleichbar und daher auch als standardisierbar. Diese Haltung ist vor dem Hintergrund des Menschenbildes der SED zu verstehen.<sup>211</sup> Aus dieser Perspektive ist die industrielle Fertigung von Wohnungen und schließlich ganzen Wohnsiedlungen zu betrachten.

Obwohl die Konstruktionsweise der WBS 70 die Realisierung offener Grundrisse prinzipiell erlaubte, entschieden sich die Planer\_innen für traditionelle Raumkonzepte. Die durchschnittliche Neubauwohnung war rund 65 m<sup>2</sup> groß und verfügte über drei bis vier Räume.<sup>212</sup> Die Grundrissgestaltung orientierte sich an sechs Standardgrundrissen, die in der gesamten DDR in Wohnungen zu ein bis vier Räumen verwendet wurden. Bei der Raumaufteilung wurde dabei das größte Zimmer als Wohnzimmer geplant. Das Schlafzimmer der Eltern wurde zumeist an die ruhige Straßenseite gelegt. Das Kinderzimmer war das kleinste Zimmer der gesamten Wohnung. Verbunden wurden die Räume durch einen Flur, der zugleich als Vorraum und Abstellkammer diente.<sup>213</sup> Die meisten DDR-Bürger\_innen befürworteten eine traditionelle Raumaufteilung. So wurden Mahlzeiten nach wie vor im Kreis der Familie eingenommen und die Einrichtung der Küche als ausschließliche Arbeitsküche wurde abgelehnt. Dem trugen die Planer\_innen bei der Gestaltung der Grundrisse Rechnung: Das Bad befand sich im Inneren der Wohnung. Die Küche hingegen war entweder über eine Durchreiche mit dem Wohnzimmer verbunden, oder wurde an die Gebäudeaußenseite gelegt.<sup>214</sup>

Diese Wohnungen waren nicht für Großfamilien gedacht. Vielmehr lagen den Plänen Vorstellungen darüber zu Grunde, wie eine typische Familie in der DDR auszusehen hatte. Dabei wurde von einer vierköpfigen Familie mit berufstätigen Eltern ausgegangen. Die beiden Kinder

---

209 Ebd., 52.

210 Liebscher, Kulturgeschichte, 88f.

211 Hannemann, Platte, 97.

212 Burdumy, Sozialpolitik, 192.

213 Hannemann, Platte, 103f.

214 Hoscislawski, Ohnmacht, 329-333.



würden ihren Tag entweder in der Schule, oder in einer Jugendorganisation verbringen.<sup>215</sup> Sie sollten in ihrer Freizeit jedenfalls nicht in der Wohnung sein. Dies wurde auch in der Grundrissgestaltung sichtbar und erklärt die sehr kleinen Kinderzimmer: Für zwei Kinder standen lediglich zehn qm zur Verfügung. In diesen Zimmern waren keine Spielflächen vorgesehen.<sup>216</sup> Zudem waren Großeltern als zusätzliche Bewohner\_innen nicht eingeplant.<sup>217</sup> „Ältere Bürger“, die Junker in seinem Referat im Oktober 1973 ebenfalls erwähnt hatte, sollten in einer eigenen Einzimmerwohnung oder in einem Altenheimen leben.<sup>218</sup>

Die sozialistische Familie war keine Mehrgenerationenfamilie sondern eine Kleinfamilie. Hannemann spricht davon, dass diese „sozialistische Kleinfamilie“<sup>219</sup> die „kleinste Zelle“<sup>220</sup> der DDR-Gesellschaft war. Als solche war sie mit anderen Organisationsformen des Landes – wie etwa dem Partei- oder Arbeitskollektiv – verbunden.<sup>221</sup> Die Normierung hin zu einer bestimmten familiären Struktur sollte dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft dienen. Der Bezug der Menschen zu ihrer Familie und zu Angehörigen sollte gegenüber dem Bekenntnis zum Staat zurücktreten. Der Gedanke dahinter war, dass diese Veränderungen in den Familien helfen würden, die Klassenunterschiede in der Gesellschaft zu reduzieren und schließlich zu nivellieren.<sup>222</sup> Damit ist Burdumy Recht zu geben, der neben der Bedeutung der Wohnbautätigkeit der SED für ihre Sozialpolitik auch die Ebene der Gesellschaftspolitik betont. Dabei wird eine Hauptmotivation der Partei sichtbar: Durch das Wohnungsbauprogramm, durch die Bereitstellung einer Wohnung in einer bestimmten Umwelt, sollte eine sozialistische Gesellschaft mit sozialistischen Menschen geschaffen werden. In dieser Gemeinschaft sollten Klassenunterschiede weitgehend aufgehoben sein. Honecker sah in den gewaltigen Plattenbauten das richtige Instrument zur Verwirklichung dieser Vision.<sup>223</sup>

Die Normierung des Wohnens führte jedoch nicht zu einer Normierung der Menschen. Vielmehr schien die Gleichförmigkeit der Neubausiedlungen und die Kontrolle durch die SED die Individualität und die Kreativität der Bewohner\_innen von Plattenbauten erst zu provozieren. Wie sehr sich der Gestaltungswille vieler Mieter\_innen innerhalb der eigenen vier Wände Bahn brach, verdeutlichen die Ausführungen von Petra Gruner. Sie schreibt über das Leben in einer Plattenbausiedlung, und erzählt, dass die Bewohner\_innen Hauseingänge selbst gestalteten und

---

215 Burdumy, Sozialpolitik, 192.

216 Hannemann, Platte, 115f.

217 Burdumy, Sozialpolitik, 192.

218 Junker, Wolfgang, Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990. In: Neues Deutschland, 04.10.1973, 5-7, 5.

219 Hannemann, Platte, 113.

220 Ebd., 113.

221 Ebd., 113.

222 Burdumy, Sozialpolitik, 192f.

223 Ebd., 193-195.

auch Balkone und Loggien verzierten. Mit Blick auf ihre eigenen Wohnung schreibt sie: „Was uns überhaupt niemand nehmen konnte: die Ausgestaltung unserer Wohnung. Wir bauten an, um und aus nach unseren Bedürfnissen. [...] So wie wir welches erstehen konnten, verkleideten wir die Wände mit Holz. Vor Stuck an der Decke schreckten wir nicht zurück. [...] Keiner konnte uns vorschreiben, wie wir uns einzurichten hatten – außer der Grundriß der Wohnung selbst. [...] Aber die Wände waren immer zu kurz, die Decken immer zu niedrig, die Raumaufteilung normiert. Wir suchten und fanden Auswege. Die Küchendurchreiche bauten wir zu, und die Polstergarnitur plazierten (sic!) wir in der Eßecke. Oder wir rissen die Durchreiche gleich weg. Das Kinderzimmer machten wir zum Schlafzimmer und umgekehrt. Der Hobbyraum bekam eine Tür, so hatten wir noch ein Zimmer mehr. Andere Türen hängten wir aus, so wurden die Zimmer größer. Die Nische im Flur – ein prima Arbeitsplatz. Sogar Zwischendecken und Hängeböden gelangen uns bei 2,45 Meter Zimmerhöhe. Wenn nötig, bauten wir die Einbauschränke aus. Wir eigneten uns die Standardwohnung an.“<sup>224</sup>

Viele Bewohner\_innen wehrten sich gegen die Monotonie der Neubausiedlungen. Auch Wolle schreibt davon, dass viele ihre Balkone mit Fachwerk oder alten Holzrädern schmückten.<sup>225</sup> Eine große Bedeutung im Leben vieler DDR-Bürger\_innen hatten zudem ihre Ferienhäuser, auch Datscha genannt. Diese wurden für die Dauer des Wochenendes zum Refugium und versinnbildlichen die „Freizeitnischen“<sup>226</sup> der DDR-Gesellschaft. Hier war eine Privatheit möglich, die in den Neubausiedlungen nicht gelebt werden konnte.<sup>227</sup> Dabei wird die DDR als jene „Nischengesellschaft“ greifbar, wie sie Günter Gaus 1983 in seinem Aufsatz über die DDR beschrieb: „Was ist eine Nische in der Gesellschaft der DDR? Es ist der bevorzugte Platz der Menschen drüben, an dem sie Politiker, Planer, Propagandisten, das Kollektiv, das große Ziel, das kulturelle Erbe – an dem sie das alles einen guten Mann sein lassen, Gott einen guten Mann sein lassen und mit der Familie und unter Freunden die Topfblumen gießen, das Automobil waschen, Skat spielen, Gespräche führen, Feste feiern.“<sup>228</sup> Er fügte hinzu: „Eine der schönsten Nischen ist die eigene Datsche.“<sup>229</sup>

Die individuellen Freiräume der Bürger\_innen bekamen umso mehr Bedeutung, umso stärker die Kontrolle des Staates das restliche Leben vorgab. Der Uninformiertheit und der Monotonie der Plattenbauten setzten die Mieter\_innen ihre ganz persönliche Kreativität in der Wohnung, am

---

224 Gruner, Petra, Betonköpfe, oder: Schöner wohnen im Plattenbau. In: Ludwig, Andreas (Hg.), Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung „Tempolinsen und P2“, Berlin, 1996, 81-85, 84.

225 Wolle, Welt, 258f

226 Topfstedt, Wohnen, 447.

227 Fulbrook, Alltag, 75.

228 Gaus, Günter, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg, 1983, 160.

229 Ebd., 164.

Balkon und auf der Datscha entgegen. Die kleinen Freiheiten bekamen große Bedeutung. Der Versuch des Regimes, das Leben und den Alltag der Menschen zu kontrollieren und zu normieren stieß hier an seine Grenzen: Rund 80 Prozent der Bewohner\_innen der Neubauviertel verbrachte seine Wochenenden im Grünen auf den Datschas oder in den Kleingärten.<sup>230</sup>

Doch der Versuch der Normierung der Familien geschah in der DDR nicht nur durch die Grundrissgestaltung. Bereits die Hoffnung auf eine neue Wohnung hatte Auswirkungen auf die Familien: Obwohl die Heirat keine Garantie für die Zuteilung einer Wohnung war, erschien sie vielen jungen Paaren in der DDR als Möglichkeit, ihre Chancen zu erhöhen. Aus diesem Grund wurden viele Ehen in der DDR sehr früh geschlossen. Ein Bild davon vermittelt der Bericht eines ehemaligen FDJ-Sekretärs, welcher 1972 nach einer Verurteilung wegen „staatsfeindlicher Hetze“ in die Bundesrepublik ausgewiesen wurde. Er sprach 1983 in einem Interview über seine Ehe in der DDR: „Nun, ich bin ein typischer Fall von Jung-Ehemann. Ich habe in der DDR mit neunzehn meine achtzehnjährige Frau geheiratet.“<sup>231</sup> Als Grund für die Eheschließung führt er an, dass beide ein Kind erwarteten und das Paar mit ihrer Heirat auch den bürgerlichen Vorstellungen der Eltern entsprechen wollte.<sup>232</sup> Ein weiteres Motiv war jedoch die Aussicht auf die baldige Zuteilung einer Wohnung: „Also wir sahen das auch als eine Chance, eine eigene Wohnung zu bekommen. Und die haben wir dann auch gekriegt.“<sup>233</sup> Die weiteren Ausführungen weisen jedoch bereits auf eine verbreitete Begleiterscheinung dieser Eheschließungen aus Nützlichkeitsbetrachtungen hin: „Und erst durch die Eheschließung hatten wir auch die Chance, uns richtig kennenzulernen. Das ist das Absurde an der DDR-Wirklichkeit. Weshalb ich meine, daß viele Paare nicht, um der kleinbürgerlichen Moral Genüge zu tun, heiraten, sondern weil sie dann eine Wohnung kriegen. Die Scheidungsrate ist auch deswegen so hoch in der DDR, weil die, die aus diesem Grunde heiraten, bald merken, daß sie gar nicht zueinander passen und so schnell wie möglich wieder auseinander wollen.“<sup>234</sup>

Die Praxis der frühen Eheschließungen zum Zwecke einer baldigen Wohnungszuteilung stellt auch die deutsche Historikerin Adelheit von Saldern in ihrem Artikel zu Plattenbauten fest. Auch sie weist auf das häufige Phänomen der anschließenden Scheidungen hin. Diese kurzen Ehen führten in den Neubausiedlungen zu einer spezifischen sozialen Struktur: Hier lebten bald sehr viele geschiedene Frauen mit ihren Kindern. 1990 waren dies in Fall von Berlin-Marzahn 15 Prozent.<sup>235</sup>

---

230 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 693.

231 Kessler, Horst-Günter, Miermeister, Jürgen, Vom ‚Großen Knast‘ ins ‚Paradies‘? DDR-Bürger in der Bundesrepublik. Lebensgeschichten, Hamburg, 1983, 159.

232 Ebd., 159f.

233 Ebd., 160.

234 Ebd.

235 Saldern, Die Platte, 304.

Hannemann führt als Ursache für den hohen Anteil an alleinerziehenden Frauen das hohe Bildungsniveau der Bewohner\_innen der Neubausiedlungen, sowie generell die hohe Scheidungsrate in der DDR an.<sup>236</sup> Sie übersieht darüber jedoch die kurzfristige Perspektive der Zuteilung einer Wohnung als Motivation für viele dieser Ehen.

In den neuen Wohnsiedlungen lebten vor allem junge Familien mit ihren Kindern. Offiziell wurde immer wieder die gute Ausstattung der Neubausiedlungen mit Versorgungs- und Kindereinrichtungen hervorgehoben. Dahinter standen familienpolitische Erwägungen. Denn die Bereitstellung von Kindereinrichtungen sollte das SED-Familienmodell ermöglichen. Demnach sollte die Ehefrau ihre Rolle als Mutter möglichst mehrerer Kinder genauso wahrnehmen, wie ihre Position als Werktätige in der DDR-Wirtschaft. Frauen sollten dabei einerseits ganztags arbeiten, andererseits auch für ihre, möglichst kinderreiche, Familie sorgen. Dies entsprach dem idealisierten Frauenbild der DDR. Dabei war zu keiner Zeit eine Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern im Bereich der Familienarbeit angedacht. Damit handelte es sich für Frauen schlichtweg um eine Doppelverantwortung. Die Haushaltsarbeit wurde nicht mit dem Ehemann geteilt, sondern sollte durch die Verfügbarkeit von Schulen und Kinderkrippen lediglich erleichtert werden.<sup>237</sup>

Eine zusätzliche Schwierigkeit für Frauen entstand häufig durch die Lage des neuen Wohnortes. Die Wohnungen wurden zumeist mit Blick auf die Nähe der neuen Bewohner\_innen zum Arbeitsplatz zugewiesen. Damit war jedoch zumeist der Arbeitsplatz des Ehemannes gemeint. Dies bedeutete für viele Frauen nach dem Umzug in eine Neubausiedlung lange Anfahrtswege zur Arbeit. Diese Situation wurde häufig noch durch eine unzureichende öffentliche Verkehrsanbindung am neuen Wohnort erschwert.<sup>238</sup> Angesichts dieser Situation entschlossen sich viele junge Mütter dazu, eine Arbeit in der Nähe ihres neuen Wohnortes aufzunehmen – auch wenn diese nicht ihren Qualifikationen entsprach.<sup>239</sup>

## 4.2 Das Beispiel Hohenschönhausen

Auf der 6. Baukonferenz des ZK der SED im Jahr 1975 sprach Erich Honecker von dem Wohnungsbauprogramm als dem „Kernstück“ der Sozialpolitik der SED. Er betonte dabei dessen politische Bedeutung und führte aus, welchen Anspruch die Partei bei der Realisierung des Bauprogrammes hatte. Dabei machte er klar: Es geht um mehr als bloß um die Bereitstellung von

---

236 Hannemann, Platte, 135.

237 Liebscher, Kulturgeschichte, 88.

238 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 700.

239 Grundmann, Logik, 330.

Wohnraum. Auf der Konferenz sagte Honecker: „Der Wohnungsbau im Sinne unseres sozialpolitischen Programms wird dann richtig angepackt, wenn wir ihn als einen ganzen Komplex von Maßnahmen verstehen. Das betrifft vor allem den Bau von Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen, von Feierabendheimen, Gesundheitseinrichtungen, Kaufhallen sowie Stätten der Kultur, Erholung und des Sports. Damit beeinflusst und fördert der Wohnungsbau unmittelbar die Verwirklichung anderer wichtiger Teile des sozialpolitischen Programms. Komplexer Wohnungsbau – das heißt mit einem Wort weitere Ausgestaltung der gesellschaftlichen sozialistischen Beziehungen.“<sup>240</sup>

Im Bauprogramm inbegriffen war die Gestaltung der gesamten Wohnumgebung. Die Partei unternahm den Versuch nicht nur das Wohnen, sondern das gesamte Leben der Menschen in den Wohnsiedlungen nach ihren Vorstellungen zu organisieren: Das Ziel war ein sozialistischer Alltag in einer sozialistischen Wohnumwelt. Dabei wurden die Siedlungen als komplette Wohnumgebung, als so genannte „Wohnkomplexe“, geplant. Ab einer bestimmten Einwohner\_innenzahl hatten diese über eine Reihe an Infrastruktureinrichtungen wie Schulen und Geschäfte zu verfügen, auf welche Honecker in seiner Rede hinwies.<sup>241</sup> Damit verknüpft war die Vision einer klassenlosen Gesellschaft: „Die zielstrebige Verwirklichung unseres sozialpolitischen Programms verbinden wir mit der ständigen Ausgestaltung der sozialistischen Lebensweise und darüber hinaus mit dem Blick auf die Horizonte des Kommunismus.“<sup>242</sup> Fulbrook weist darauf hin, dass der Alltag in einem Wohnkomplex sehr stark durch die Politik der Partei bestimmt wurde. Sowohl die Arbeit im Betrieb, als auch das Leben in der Wohnsiedlung, die Gestaltung der Freizeit, die Unterbringung der Kinder und auch Fragen der Gesundheit wurden durch die SED beeinflusst.<sup>243</sup> Das Vorhaben zur Ausgestaltung einer sozialistischen Wohnumwelt kann als ein Projekt mit durchaus utopischen Zügen bezeichnet werden. Es hatte die Schaffung einer neuen Gesellschaft zum Ziel.

Obwohl die Bereitstellung mit Versorgungseinrichtungen in den Neubausiedlungen, wie die deutsche Volkswirtin und ehemalige SPK-Mitarbeiterin Regine Grabowski festhält, in der Regel funktionierte, hatten die Wohnsiedlungen keinen guten Ruf.<sup>244</sup> Von vielen wurden sie geringschätzig als „Schnarchburgen“ oder als „Arbeiterschließfächer“ bezeichnet.<sup>245</sup> Hier zeigt sich ein ambivalentes Verhältnis vieler DDR-Bürger\_innen gegenüber dem Wohnungsbauprogramm:

---

240 Honecker, Erich, Unsere ganze Politik dient dem Wohl der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. In: Neues Deutschland, 25.4.1975, 3f.

241 Grabowski, Wohnungspolitik, 237f.

242 Honecker, Erich, Unsere ganze Politik dient dem Wohl der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. In: Neues Deutschland, 25.4.1975, 3f, 4.

243 Fulbrook, Alltag, 75f.

244 Grabowski, Wohnungspolitik, 237f.

245 Wolle, Welt, 258.

Einerseits waren die neuen Wohnungen wegen der verhältnismäßig guten Ausstattung und der geringen Mieten sehr begehrt. Andererseits waren die Wohnkomplexe unbeliebt. Diese negative Bewertung der Wohnumwelt muss im Hinblick auf die Berichterstattung über die neuen Wohngebiete in „Neues Deutschland“ berücksichtigt werden. Die Partei hatte jedenfalls ein Interesse an einer möglichst positiven Berichterstattung.

Das schlechte Bild der Neubaugebiete war jedoch einem historischen Wandel unterworfen. Denn Plattenbauten hatten in großen Teilen der Bevölkerung zunächst einen sehr guten Ruf. In den 1960er Jahren galten sie als Symbole des Fortschritts. Sie waren sogar ein beliebtes Postkartenmotiv. Dabei müssen Plattenbauten als Zeichen einer sich selbst als modern und progressiv betrachtenden DDR gesehen werden. Sie sollten in aller Deutlichkeit Aufschwung, Aufbau und Fortschritt darstellen und wurden damit zum Ausdruck der Hoffnung auf eine sozialistische Zukunft. Dieser Optimismus ist vor allem vor dem Hintergrund der schwierigen Wohnungssituation im Land zu verstehen. Zudem sollte dadurch nicht zuletzt die Eigenständigkeit und die Leistungsfähigkeit der DDR in Abgrenzung zur Bundesrepublik gezeigt werden.<sup>246</sup> Diese Einstellung gegenüber Plattenbauten änderte sich in den 1970er und vor allem den 1980er Jahren. Die Bauten verloren ihre zukunftsweisende Dimension und viele Bürger\_innen nahmen ihnen gegenüber eine kritischere Haltung ein.<sup>247</sup>

Die SED-Führung bestimmte wo die neuen Siedlungen errichtet werden sollten. Dabei gingen sie von der Maxime aus, dass sich die DDR-Wirtschaft möglichst im ganzen Land gleichmäßig zu entwickeln hatte. Hierzu sollten Wohnungen dort errichtet werden, wo die Werktätigen der wichtigsten Industrien des Landes arbeiteten. Auf diese Weise wollten die Planer\_innen etwa gezielt den bisher weniger industrialisierten Norden des Landes entwickeln. Hannemann meint daher, dass der Realisierung von Großwohngebieten hauptsächlich wirtschaftspolitische Erwägungen zu Grunde lagen.<sup>248</sup>

Die Standortbestimmung erfolgte auch aufgrund von bautechnischen Argumenten. Die von der Parteiführung geforderten Produktivitätszuwächse im Wohnungsneubau führten zur Errichtung so genannter „Trabantenstädte“ in Stadtrandlage. Die Realisierung von Großwohnsiedlungen in vorher unbebautem Gebiet war mit hohen Kosten verbunden. Dies betraf sowohl die Inanspruchnahme großer Bauflächen, als auch lange Anfahrtswege zu den Baustellen. Doch wieso wurden die Siedlungen dort errichtet? Zum einen ist auf den großen Platzbedarf für Neubausiedlungen hinzuweisen. Außerdem rechnete sich die Errichtung vor der Stadt wegen der Größe der

---

246 Saldern, Die Platte, 301-303.

247 Ebd., 307f.

248 Hannemann, Platte, 25.

Bauprojekte: Da an diesen Standorten Siedlungen mit bis zu 135.000 Einwohner\_innen<sup>249</sup> realisiert werden sollten, war der hohe finanzielle Aufwand zur erstmaligen Erschließung des Baugrundes gerechtfertigt.<sup>250</sup>

Beide Gründe hingen zudem mit der bevorzugten Konstruktionsweise im Wohnungsneubau zusammen: Um Kosten zu sparen und eine möglichst rasche Montage ganzer Wohnhäuser zu ermöglichen waren die einzelnen Bauelemente der WBS 70 möglichst groß dimensioniert worden. Dadurch war es jedoch nur noch schwer möglich mit dieser Serie in bebautem Gebiet zu arbeiten.<sup>251</sup> Ökonomische und politische Gründe bestimmten damit letztlich wo die neuen Wohnsiedlungen errichtet wurden: Auf der „grünen Wiese“<sup>252</sup>. Zwischen 1971 und 1981 wurden rund 90 Prozent aller Wohnungsneubauten auf ehemaligen Agrarflächen errichtet.<sup>253</sup> Die meisten und die größten Siedlungen wurden neben Großstädten errichtet.<sup>254</sup> Dabei bauten die DDR-Planer\_innen erstaunlich unmodern: Die Errichtung großer Plattenbausiedlungen galt international in den 1970er und 1980er Jahren bereits als unzeitgemäß.<sup>255</sup>

Beispielhaft für derartige Großwohngebiete in Stadtrandlage sind die Wohnsiedlung „Fritz Heckert“ in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) mit rund 95.000 Einwohner\_innen, Leipzig-Grünau mit 100.000, sowie Berlin-Marzahn mit etwa 135.000 und Berlin-Hellersdorf mit rund 120.000 Einwohner\_innen. Diese Siedlungen waren keine Wohngebiete im eigentlichen Sinne mehr, sondern wurden wegen ihrer Größe als eigene Stadtbezirke angelegt. Topfstedt ist der Meinung, dass sie aufgrund der räumlichen Dimension und wegen der hohen Einwohner\_innenzahl bereits als eigene Städte hätten geplant werden müssen.<sup>256</sup>

Das Wohngebiet Hohenschönhausen reiht sich in diese Liste der Großsiedlungen ein. Seit 1982 wurde in Hohenschönhausen vor Ost-Berlin an einem neuen Wohnbezirk gearbeitet.<sup>257</sup> 1984 war die offizielle Grundsteinlegung erfolgt. Auf einer Fläche von 327 Hektar wurden Wohnungen für etwa 100.000 Bewohner errichtet. Der Wohnbezirk wurde vorwiegend mit Plattenbauten der WBS 70-Serie realisiert.<sup>258</sup> 1985 wurde Berlin-Hohenschönhausen zu einem eigenen Berliner Stadtbezirk.<sup>259</sup> Von Beginn an wurde das Projekt propagandistisch verwertet. Im Folgenden soll eine Analyse der

---

249 So etwa Berlin-Marzahn. Siehe hierzu: Topfstedt, Wohnen, 536.

250 Ebd., 534f.

251 Palutzki, Architektur, 298.

252 Topfstedt, Wohnen, 535.

253 Ebd., 534f.

254 Sieber, Firsche, Bauen in der DDR, 64.

255 Grabowski, Wohnungspolitik, 238.

256 Topfstedt, Wohnen, 536f.

257 Wenzel, Berlin-Hohenschönhausen, 58.

258 Enke, Roland, Ein kurzer Plattenbau-Cicerone. In: Ders., Giersch, Ulrich (Hg.), Plattenbauten in Berlin. Geschichte – Bautypen – Bauprojekte – Kunst – Propaganda, Berlin, 2013, 65-111, 96.

259 Wenzel, Berlin-Hohenschönhausen, 57.

Berichterstattung über den Bau des Wohnbezirks in den Jahren 1984 und 1985 helfen zu verstehen, welchen Sinn und welche Funktion das Wohnungsbauprogramm für die SED-Propaganda hatte. Dieser Zeitraum umfasst die erste Bauphase sowie jenen Zeitraum, in welchem die ersten Bewohner\_innen in den neuen Wohnbezirk einzogen. Dabei wird es darum gehen zu fragen, wie der Bauprozess dargestellt wurde und welches Bild vom Leben in Hohenschönhausen in „Neues Deutschland“ zum Ausdruck kam.

Am 9. Februar 1984 erfolgte in Hohenschönhausen die Grundsteinlegung. Zu diesem Anlass besuchte SED-Generalsekretär Erich Honecker die Baustelle. Begleitet wurde er unter anderem von den Politbüro-Mitgliedern Günter Mittag und Konrad Neumann sowie dem Bauminister Wolfgang Junker und dem Oberbürgermeister Berlins, Erhard Krack. Die Berichterstattung über das Ereignis erschien am nächsten Tag in „Neues Deutschland“.<sup>260</sup> Das Thema wurde auf einem Teil der Titelseite sowie der gesamten zweiten Seite der Ausgabe ausführlich behandelt.

Gleich zu Beginn lobt der Autor die Lage des Neubaugebiets „kaum zehn Kilometer“ vom Stadtzentrum entfernt. In Berlin-Hohenschönhausen „soll sich in wenigen Jahren die imposante Silhouette des jüngsten Neubaugebiets erheben“. Die positive Tonlage wird im Artikel fortgesetzt: „Das launenhafte naßkalte Winterwetter konnte der prächtigen Stimmung keinen Abbruch tun. Stürmischer Beifall brandete auf, als Erich Honecker und weitere Mitglieder der Partei- und Staatsführung den Bauplatz betraten. [...] Hochrufe auf die SED und das Zentralkomitee ertönten.“<sup>261</sup> Nach dieser Einleitung geht der Bericht auf das zukünftige Wohngebiet ein. Bereits in diesem Jahr sollen dort noch 3900 Wohnungen übergeben werden. Ebenso sollen bereits eine Anzahl von Versorgungseinrichtungen wie Turn- und Kaufhallen fertiggestellt werden. Dabei wird auch die architektonische sowie städtebauliche Qualität des Wohnbezirks betont. Danach ist Bauminister Junker wiedergegeben. Er sei überzeugt, „daß die am Aufbau Beteiligten all ihr Wissen und Können aufbieten werden, um in Berlin-Hohenschönhausen weitere sichtbare Akzente für das Aufblühen unserer Hauptstadt zu setzen, in denen sich die zutiefst humanistischen Ziele des real existierenden Sozialismus auf deutschem Boden widerspiegeln.“<sup>262</sup> Die Ausführungen Junkers unterstreichen die Bedeutung, welche Berlin für die Parteiführung hatte. Die Hauptstadt sollte als Aushängeschild für die DDR als Staat und für den Sozialismus insgesamt werben. Anschließend vollzog Erich Honecker mit drei symbolischen Hammerschlägen die Grundsteinlegung des neuen

---

260 Berlin-Hohenschönhausen wird Heimstatt für 100 000. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 1; Kalkbrenner, Jörn, Drei Hammerschläge nach Bauarbeiterart für das jüngste Neubaugebiet Berlins. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 2; Honecker, Erich, Glück und Wohlergehen des Volkes sind unser Ziel. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 2; Zwischen Malchower See und Gartenstadt. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 2.

261 Kalkbrenner, Jörn, Drei Hammerschläge nach Bauarbeiterart für das jüngste Neubaugebiet Berlins. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 2.

262 Ebd.



Wohnbezirks.

Am 30. März kündigte „Neues Deutschland“ bereits in einer kurzen Meldung die baldige Übergabe erster Wohnungen in Berlin-Hohenschönhausen an.<sup>263</sup> Am 3. April widmete sich eine Reportage dem Thema. Dabei besuchte der Autor eine Gruppe von Bauarbeitern und machte sich dabei selbst ein Bild über den Fortgang der Arbeiten. Sein Fazit: Die Bauleute wissen was sie tun und sie sind dabei die Planvorgaben zu übertreffen.<sup>264</sup> Tatsächlich konnte „Neues Deutschland“ am 21. Juni 1984 über die Fertigstellung jenes Gebäudes berichten, bei welchem Erich Honecker im Februar die Grundsteinlegung vorgenommen hatte.<sup>265</sup> Die Übergabe des Gebäudes erfolgte am 30. Juni und im August zogen bereits die ersten Mieter\_innen ein.<sup>266</sup> Der Autor der Reportage aus dem April, Uwe Stemmler, besuchte das neue Wohngebiet im September noch einmal. Unter der Überschrift „Mehr als 1000 Familien hielten bereits Einzug“<sup>267</sup> konnte er wieder über rasante Fortschritte auf den Baustellen berichten und besuchte bereits eine der ersten Familien, die nach Hohenschönhausen gezogen war. Die neue Mieterin – eine Arbeiterin aus einer Schokoladenfabrik – bewohnte mit ihrer Familie nun „fünf geräumige, helle Zimmer, Küche, Bad, zwei Toiletten für sie, ihre zwei Töchter und Enkel“. Dem Autor erzählte sie, dass sie immer wieder Modelle der Neubaugebiete in der Zeitung gesehen hatte. Dabei hätte sie sich gedacht: „Dort müsste man eine Wohnung bekommen. Nun ist das Wirklichkeit! Ich bin zwar kaum zwei Wochen hier, aber eines weiß ich: Hier will ich nicht mehr weg.“<sup>268</sup>

Der rasche Baufortschritt, die große Zufriedenheit der neuen Mieterin. All das war natürlich sehr gute Werbung für die Partei. Dahinter steht jedoch mehr als bloße Propaganda. Das Wohnungsbauprogramm war für die SED politisch von höchster Bedeutung. Daher konzentrierte sie darauf entsprechende personelle und finanzielle Mittel. Auf dieser Basis konnte die Bauwirtschaft der DDR im Wohnungsbau tatsächlich eine beachtliche Bauleistung erbringen. Dies wurde auch durch die Weiterentwicklungen der eingesetzten Plattenbausystemen möglich. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Bauwirtschaft der DDR durch die SED kontrolliert wurde. Die Partei entschied über die einzusetzenden Bausysteme ebenso wie über die zu erreichenden Planvorgaben.<sup>269</sup> Interessant erscheint der Artikel auch im Hinblick auf das klassische

263 Erste 376 Wohnungen in Hohenschönhausen. In: Neues Deutschland, 30.03.1984, 8.

264 Stemmler, Uwe, Am 9. Februar war Grundsteinlegung, im Juli halten die ersten Mieter Einzug. In: Neues Deutschland, 03.04.1984, 8.

265 Vor fünf Monaten war hier Grundsteinlegung. In: Neues Deutschland, 21.06.1984, 8.

266 Ein neues Wohngebiet nimmt Konturen an. In: Neues Deutschland, 04./05.08.1984, 3.

267 Stemmler, Uwe, Mehr als 1000 Familien hielten bereits Einzug. In: Neues Deutschland, 12.09.1984, 8.

268 Ebd.

269 Auf die Zentralisierung der DDR-Bauwirtschaft kann hier nicht näher eingegangen werden. Siehe dazu: Hannemann, Platte, 85-96, für die 1970er und 1980er Jahre v.a 94f. Einen Überblick gibt auch Petruschke, Bernd, Von der Entrümmung zur Plattenbauweise – 40 Jahre gebaut. In: Hölder, Egon (Hg.), Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR, Stuttgart, 1992, 239-250.

Familienmodell in der DDR. Die neuen Mieter\_innen entsprachen diesem nicht.

Zu Beginn des Jahres 1985 erschien in „Neues Deutschland“ ein weiterer Bericht über den neuen Wohnbezirk. Dieser hatte die Eröffnung einer Dienstleistungseinrichtung zum Inhalt.<sup>270</sup> In diesen ein- bis zweigeschossigen Einrichtungen, welche der besseren Versorgung der Bewohner\_innen dienten, wurden wichtige Dienstleistungsangebote zusammengefasst. Die Zentren wurden dabei als Mehrzweckgebäude angelegt. So konnten die verschiedenen Räumlichkeiten unterschiedlich genutzt werden: Eine Gaststätte etwa konnte zur Mittagszeit als Schulmensa Verwendung finden. Die Gebäude wurden als schlichte Flachbauten in einer Mischung aus Metalleichtbauweise und Plattenbauweise nach dem Bausystem WBS 70 ausgeführt. Dadurch sahen sich diese zumeist derart ähnlich, dass erst ein Schriftzug auf dem Gebäude verriet, welche Funktion dieses hatte.<sup>271</sup>

Das neue Zentrum in Hohenschönhausen verfügte, so war dem Bericht zu entnehmen, über eine so genannte „Komplexannahmestelle“. Diese hatte im wesentlichen Reinigungs-, Näh-, sowie diverse Reparaturarbeiten im Angebot. Zusätzlich war ein Uhren-, sowie ein Blumengeschäft vorhanden. Im Obergeschoß kam ein Friseur sowie ein Kosmetikladen hinzu. Damit wären, wie der Autor ausführte, die Bewohner\_innen „vom Scheitel bis zur Sohle“ versorgt. Auch Hohenschönhausener kamen in dem Artikel zu Wort. So meinte eine Frau, dass sie sich sehr über die neue Einrichtung freuen würde: „Vorher mußten wir Annahmestellen in der Klement-Gottwald-Allee oder in der Berliner Straße aufsuchen. Jetzt sparen wir viel Zeit.“ Auch ein Rentner wurde befragt: „Mein Kompliment den Bauleuten. Viel ist hier schon entstanden, und es wird von Tag zu Tag wohnlicher. Ich denke auch an die neuen Strecken von S- und Straßenbahn, mit denen das Stadtzentrum günstig zu erreichen ist.“ Zudem war der Einrichtung eine „Klubgaststätte“ sowie ein „Jugendklub“ angeschlossen. Letzterer würde, so war dem Bericht auch noch zu entnehmen, am 24. Januar mit einem Diskoabend eröffnen.<sup>272</sup>

Offensichtlich warb der Artikel mit den Vorzügen der neuen Einrichtung. Die Botschaft war: Alles unter einem Dach – und auch noch zentral gelegen. Die hohe Lebensqualität in den neuen Wohnbezirken sollte veranschaulicht werden. Doch welchen Eindruck hatten solche Berichte auf die Bevölkerung in der DDR? Personen, die bereits in einer gut ausgestatteten Neubausiedlung wohnten, konnten sich hier über das Angebot an anderen Orten informieren. Für sie hatte sich der Wunsch nach einer Neubauwohnung bereits erfüllt. Es ist wahrscheinlich, dass diese Bürger\_innen

---

270 Franz, Reiner, Dienste unter einem Dach - „vom Scheitel bis zur Sohle“. In: Neues Deutschland, 19./20.01.1985, 8.

Siehe für Fotos der neuen Einrichtung und eine weitere kurze Beschreibung: Neunzehn Dienste unter einem Dach vereint. In: Neues Deutschland, 22.01.1985, 8.

271 Topfstedt, Wohnen, 540.

272 Franz, Reiner, Dienste unter einem Dach - „vom Scheitel bis zur Sohle“. In: Neues Deutschland, 19./20.01.1985, 8.

das politische und propagandistische Programm der SED akzeptieren. Anders musste ein derartiger Bericht auf jene wirken, welche noch keine Wohnung hatten. Menschen die in überfüllten oder sanierungsbedürftigen Wohnungen lebten. In dieser Gruppe müssen die Schilderungen Vorfreude und zuweilen auch hohe Erwartungen hervorgerufen haben. Es ist jedoch anzunehmen, dass diese Stimmung in Frustration und Verzweiflung umschlagen konnte, wenn Personen nach jahrelanger Wartezeit immer noch keine Wohnung erhielten.

Die Eröffnung jenes Jugendklubs, welcher der neuen Dienstleistungseinrichtung in Hohenschönhausen zugeordnet war, wurde wenige Tage später erneut in „Neues Deutschland“ angekündigt.<sup>273</sup> Bei der neuen Einrichtung handelte es sich um einen Klub der Jugendorganisation der SED, der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Die kurze Meldung über dessen Eröffnung warb mit einer Beschreibung des Lokals: „In den drei großen Klubräumen mit 140 Plätzen gibt es vielfältige Möglichkeiten für Gespräche, Foren, Tanz, Sport, Disko und Zirkeltätigkeit.“ Die Berichterstattung über den neuen Jugendklub setzte sich auch danach fort. Am 26. Januar erschien ein Artikel mit dem Titel „Junge Hohenschönhausener nahmen neuen Klub in Besitz“, welcher die Eröffnungsfeier sowie das tägliche Angebot des Klubs zum Inhalt hatte.<sup>274</sup> Der Autor beschreibt darin das Eröffnungsprogramm, welches von einer eigenen Gruppe gestaltet worden war. Nachdem dieses absolviert worden war, hatte es geheißen: „Parkett frei für Tanz nach Diskoklängen.“ Die FDJ-Mitglieder, welche in dem Artikel zu Wort kommen, sind offensichtlich zufrieden: „Wir hatten schon lange auf diesen Tag gewartet und freuen uns über den neuen Klub“ ist hier zu lesen. Der Autor kann weiter berichten, dass die Einrichtung jeden Tag ab etwa 15 Uhr geöffnet hat. Neben Tanz und Musik soll es auch ein Ort für Foren, Gesprächsrunden und Sport sein. Auch an Familien würden die Verantwortlichen denken. So sind in dem Artikel auch geplante Veranstaltungen „für junge Familien“ erwähnt. Der Autor schließt: „Viele Pläne eines noch jungen Klubs, von dem die jungen Hohenschönhausener seit dem Eröffnungstag begeistert sind.“

Diese Berichterstattung zielte in erster Linie natürlich auf junge Menschen. Sie sollten für eine Aktivität im neuen Jugendklub begeistert werden. Auch für Familien mochte es attraktiv erscheinen, dass die Jugendlichen einen Ort haben, an dem sie ihre Freizeit verbringen können. Zudem wusste der Autor über Pläne für Veranstaltungen für Familien zu berichten. Das Angebot war vielfältig und reichte von Tanz bis Sport. Die Jugendlichen, welche die Eröffnungsfeier besuchten, berichteten ebenfalls nur Positives. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass dieser Klub eine Einrichtung der Jugendorganisation FDJ war und eine Partizipation der Jugendlichen mit einer

---

273 Zweiter FDJ-Jugendklub für Hohenschönhausen. In: Neues Deutschland, 24.01.1985, 8.

274 Franz, Reiner, Junge Hohenschönhausener nahmen neuen Klub in Besitz. In: Neues Deutschland, 26./27.01.1985, 8.

entsprechenden Beeinflussung einherging. Hier wird erkennbar, dass die Großwohngebiete als Orte politischen Kontrolle verstanden werden müssen. Jugendliche in den Siedlungen sollten ihre Zeit entweder in der Schule oder in einem der FDJ-Klubs verbringen. Derartige Orte dürften außerdem einen Zwang auf jene Jugendliche ausgeübt haben, welche sich bis dahin noch nicht in der FDJ organisiert hatten. Denn wo sollte ein junger Mensch seine Freizeit verbringen, wenn nicht in einem der zwei Jugendklubs der FDJ in Hohenschönhausen?<sup>275</sup>

Kurze Zeit später eröffnete in Hohenschönhausen auch die in der Berichterstattung über die neue Dienstleistungseinrichtung bereits erwähnte Klubgaststätte. Am 15. Februar wurde dies in einer Meldung in „Neues Deutschland“, die auch eine kurze Beschreibung der neuen Einrichtung beinhalten, mitgeteilt.<sup>276</sup> Demzufolge verfüge die neue Gaststätte über ein Restaurant, eine Bierstube sowie einen Mehrzwecksaal. Außerdem sei eine Tagesbar vorhanden, welche nach 21 Uhr als Nachtbar fungiere. Zusätzlich sei eine Kegelbahn in Planung. Damit verfügten die Anrainer\_innen nun über einen Ort an welchem sie Essen, Trinken aber auch Abends ausgehen konnten. Die unterschiedliche Verwendung der Räumlichkeiten entsprach den Planungen und ermöglichte ein größeres Freizeitangebot. Doch wie attraktiv waren diese Angebote? Im Hinblick auf die städtebauliche Gestaltung der Neubausiedlungen als reine Wohngebiete in Stadtrandlage waren derartige Einrichtungen wohl für viele Einwohner\_innen wichtig. Insgesamt erfolgte in den Klubgaststätten eine weitgehende Zentralisierung aller Freizeitaktivitäten der Siedlungsbewohner\_innen. Dies ist vor dem Hintergrund einer politischen, aber auch sozialen Kontrolle der Bewohner\_innen in den Wohnbezirken der DDR zu sehen.

Die Kontrolle durch den Staat in den Neubausiedlungen konnte auch wesentlich konkretere Formen annehmen. Das wird am Beispiel des so genannten „Hausbuchs“ deutlich, welches 1952 in der DDR eingeführt worden war. In dieses mussten Bewohner\_innen ihre Besuche eintragen. Für das Hausbuch war in staatlichen Wohnbauten ein eigener Hausvertrauensmann zuständig, welcher dadurch eine Überwachungsfunktion ausübte. Das Eintragen von Besuchen wurde von den meisten DDR-Bürger\_innen aber nicht streng befolgt. Außer bei West-Besuchen schienen die staatlichen Instanzen auch kein größeres Interesse an der genauen Führung des Hausbuches zu haben. Das Führen des Buches galt wohl als lästige, und vornehmlich in wichtigen Fällen zu beachtende Pflicht. Dennoch ist es ein Zeichen für die Versuche des Regimes, Kontrolle über seine

---

275 In den 1980er Jahren waren rund 75 Prozent aller Jugendlichen in der DDR in der FDJ organisiert. Im Jahr 1987 allerdings erreichte die Jugendorganisation kurzzeitig 87 Prozent. Vgl. hierzu: Mählert, Ulrich, Jugendpolitik und Freie Deutsche Jugend. In: Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen (Hg.), Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin, 1997, 457-466, 463.

276 Gaststätte ‚Mühlengrund‘ am Rotkamp öffnete. In: Neues Deutschland, 15.02.1985, 8.

Bürger\_innen auszuüben.<sup>277</sup>

Zuletzt soll eine Reportage aus dem Jahr 1985 behandelt werden. Der Autor dieser Reportage unternahm eine Straßenbahnfahrt zum neuen Wohnbauviertel. Unter dem Titel „Mit der Straßenbahnlinie 70 durch das neue Berlin-Hohenschönhausen“ berichtet er über den rasanten Baufortschritt und führt Gespräche mit einigen der neuen Bewohner\_innen. So spricht er mit einer jungen Mutter, die sehr froh ist, in Hohenschönhausen ihre Wohnung erhalten zu haben. Auch ein älteres Rentnerpaar kommt zu Wort. Sie loben die Fernheizung der Wohnung, da sie nun nicht mehr Kohle schleppen müssen. Zudem finden sie die Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen gut gelungen. Der Bericht hält fest, dass bereits zahlreiche Menschen in Hohenschönhausen wohnen. Gleichzeitig betont der Autor, dass noch viel Arbeit zu tun ist, um die Siedlung fertig zu stellen.<sup>278</sup>

Es gibt keinen Grund die Aussagen der zitierten Bewohner\_innen anzuzweifeln oder zu bewerten. Sie stehen für sich und sind Ausdruck eines weiteren, ganz realen Aspektes des Wohnungsbauprogramms: Neue Wohnungen für Menschen die bisher keine Wohnung hatten, oder unter sehr schwierigen Bedingungen leben mussten. Es ist notwendig, auf diese subjektive Ebene hinzuweisen: Das alltägliche Wohnenerlebnis war nicht Bestandteil einer Propaganda-Inszenierung. Es war vielmehr eine praktische Erfahrung und sollte auch als solche verstanden werden. Das Bauprogramm brachte dabei tatsächlich vielen DDR-Bürger\_innen erstmals eine eigene Wohnung sowie erhebliche Erleichterungen bei der Gestaltung ihres Lebens.

Die Berichte in „Neues Deutschland“ verdeutlichen insgesamt, dass es beim Wohnungsbauprogramm nicht nur um die Errichtung von Wohnungen ging. Die Siedlungen wurden jeweils mit einer Reihe von Gesellschaftseinrichtungen geplant. Die hier beschriebenen Einrichtungen erlauben ein Bild darüber, wie die SED ihre Baupolitik kommunizierte und welches Bild sie davon vermitteln wollte. Die Ausführungen über die neue Dienstleistungseinrichtung, mit Friseursalon und Kosmetikladen sowie der Jugendklub mit Tanz und Diskoklängen. Diese Berichte senden ein klares Signal: Nicht nur wird das, was die Partei beschlossen hat auch realisiert – die neuen Wohnbezirke sind darüber hinaus auch attraktive Orte mit einer hohen Lebensqualität: Dort zu wohnen ist erstrebenswert. Wer dies einmal nachvollzogen hat, wird kein Problem damit haben, zu sagen: In der DDR – und mit der SED – zu leben ist erstrebenswert. Honecker selbst hatte dies als ein Ziel des Wohnungsbauprogramms der SED definiert. 1980 schrieb er: „Die Architektur soll

---

277 Zur Überwachungsfunktion des Hausvertrauensmanns siehe Topfstedt, Wohnen, 445f. Über die Erinnerungen ehemaliger Mieter\_innen zum Hausbuch siehe: Meggle, Margarete, Zwischen Altbau und Platte: Erfahrungsgeschichte(n) vom Wohnen. Alltagskonstruktion in der Spätzeit der DDR. Am Beispiel der Sächsischen Kleinstadt Reichenbach im Vogtland, Diss., Jena, 2004, 83-85.

278 Waldhausen, Martin, Mit der Straßenbahnlinie 70 durch das neue Berlin-Hohenschönhausen. In: Neues Deutschland, 26.03.1985, 8.

das Gefühl ansprechen und in jedem Menschen das Bewußtsein stärken: Hier bin ich zu Hause, hier ist meine Heimat, in der ich frei und gleichberechtigt leben kann.“<sup>279</sup>

In Berlin-Hohenschönhausen befand sich aber auch das zentrale Untersuchungsgefängnis des MfS. Die Einrichtung war auf einem etwa einen Quadratkilometer großen Sperrbezirk angesiedelt, nach außen hin nicht als Gefängnis erkennbar und auf keiner Berliner Stadtkarte verzeichnet. Von hier aus erfolgte die Koordinierung der Haftanstalten des Staatssicherheitsdienstes in der gesamten DDR. Zwischen 1951 und 1989 wurden rund 20.000 Personen unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen in dem Gefängnis festgehalten. Die Häftlinge waren physischen und psychischen Misshandlungen sowie rechtlicher Willkür ausgesetzt. Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 wurden vor allem Personen, die vergeblich versucht hatten aus der DDR zu fliehen, hier inhaftiert. Auch prominente Vertreter\_innen der Opposition und Dissident\_innen, wie der Philosoph Rudolf Bahro, waren in Berlin-Hohenschönhausen. Der Historiker Hubertus Knabe meint, dass solche Einrichtungen und die geheimdienstliche Arbeit des MfS Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung erzeugen sollten. Die DDR-Bürger\_innen wussten, dass die Staatssicherheit mit einer unberechenbaren Machtfülle gegen Andersdenkende vorgeht.<sup>280</sup>

Am Beispiel des Stadtbezirks Berlin-Hohenschönhausen stellt sich die Doppelbedeutung von Jarauschs „Fürsorgediktatur“ in bemerkenswerter Klarheit dar. Auf der einen Seite steht die inszenierte Wohnidylle – Vollkomfortwohnung und subventionierte Grundversorgung inklusive. Auf der anderen Seite steht Haft und Misshandlung durch das MfS. Fast beklemmend erscheint die geografische Nähe dieser beiden DDR-Welten: Die neu eröffnete Klubgaststätte der Wohnsiedlung Berlin-Hohenschönhausen war nur rund drei Kilometer vom Geheimgefängnis entfernt. Jene, welche sich dem SED-Regime unterordneten wurden belohnt. Alle anderen mussten mit Verfolgung und Repression rechnen. Diese beiden Facetten der DDR-Gesellschaft waren nur scheinbar gegensätzlich. In Wahrheit bedingten sie einander. Das SED-Regime konnte nur funktionieren, weil andere politische Meinungen in der DDR nicht geäußert werden konnten.

## 5. Die Macht der Partei

In diesem Kapitel wird die Wohnraumverwaltung der DDR behandelt. Hier trafen die Wünsche und Erwartungen der Wohnungssuchenden auf die politischen und propagandistischen Interessen der

---

279 Honecker, *Leben*, 313.

280 Knabe, Hubertus, *Einführung*. In: Ders. (Hg.), *Gefangen in Hohenschönhausen. Stasi-Häftlinge berichten*. Unter Mitarbeit von Sandra Gollnest, Berlin, 2007, 7-19.

SED. Dabei machte die Partei die Wohnraumverwaltungen des Landes zu Instrumenten der Machtausübung. Weil das Wohnungsbauprogramm sehr teuer war – die SED rechnete mit rund 200 Milliarden Mark an Kosten<sup>281</sup> – musste es entsprechend propagandistisch verwertet werden. Wie diese Verwertung aussah, und wozu die SED sie verwendete, wird im zweiten Teil dieses Kapitels am Beispiel der „Jubiläumswohnungen“ untersucht.

## 5.1 Die Wohnraumverwaltung

Die Wohnraumverwaltung in der DDR war kein effizientes System. Das Land besaß kein eigenes Ministerium zur Vergabe von Wohnraum. Versuche, diese Zuständigkeit an das Ministerium für Bauwesen (MfB) abzugeben scheiterten. Das MfB war nicht bereit soziale Angelegenheiten zu bearbeiten.<sup>282</sup> So wurde die Wohnraumverwaltung von Wohnungsämtern vor Ort übernommen. Dort herrschte eine gewisse Willkür in der Vergabepraxis.<sup>283</sup> Diese war jedoch nicht auf die dort tätigen Mitarbeiter\_innen zurückzuführen, sondern muss als das Ergebnis der politischen Einflussnahme und der intensiven Propaganda gesehen werden. Die Schwachstellen der Behörde hatten verschiedene, zumeist politische, Ursachen. Die Ämter waren chronisch unterbesetzt.<sup>284</sup> Die wenigen Angestellten waren unzureichend ausgebildet und erhielten nur einen geringen Lohn.<sup>285</sup> In ihrer Arbeit unterstützt wurden sie lediglich durch Wohnungskommissionen mit ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter\_innen.<sup>286</sup> Diese unterstützten die Ämter, indem sie Wohnungsbesichtigungen durchführten und in Wohnungsangelegenheiten Vorentscheidungen trafen. Zudem informierten sie die Bevölkerung in eigenen Veranstaltungen und versuchten eine effiziente Erschließung und Verwendung von Altbauwohnungen zu erreichen.<sup>287</sup> Neben der schlechten Bezahlung und Ausbildung wurde die Arbeit der Wohnraumverwalter\_innen auch durch spezielle Vorschriften erschwert: So war es den Behördenmitarbeiter\_innen verboten, Statistiken über die Vergabe von Wohnungen zu führen. Die in den Ämtern tätigen Wohnraumlenker\_innen waren daher auf Hinweise von Bürger\_innen angewiesen, die sie auf Wohnungen mit Leerstand oder solchen mit Unterbelag aufmerksam machten.<sup>288</sup>

---

281 Topfstedt, Wohnen, 533.

282 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 684.

283 Rowell spricht von einer „Arbeit ohne Systematik“: Ebd., 700.

284 Burdumy, Sozialpolitik, 247.

285 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 700.

286 Wolle, Welt, 257.

287 Topfstedt, Wohnen, 440.

288 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 699. Wolle spricht von einer eigenen „Subkultur der Wohnungssuche“ in der DDR: Interessent\_innen spürten in ihrer Freizeit leerstehende Wohnungen auf und meldeten diese den zuständigen Ämtern: Wolle, Welt, 257.

Zu diesen strukturellen Unzulänglichkeiten kam eine starke politische Einflussnahme sowie der Druck durch hunderttausende DDR-Bürger\_innen auf Wohnungssuche. Die von der SED-Führung festgesetzten Verteilungsquoten für „Arbeiter“, „junge Ehen“ oder „Ältere Bürger“ waren für die Ämter verbindlich: Ihre Arbeit wurde seit 1974 danach bewertet, wie gut es ihnen gelang, diese Quoten zu erfüllen. Dabei waren die Ämter bemüht mit der teilweise großen Unschärfe der vorgebenden Kategorien<sup>289</sup> zur Zufriedenheit der Parteiführung umzugehen.<sup>290</sup>

Die Partei beeinflusste die Arbeit der Ämter jedoch nicht nur durch die Vorgabe von Quoten. Hinzu kamen arbeitstechnischen Einschränkungen – etwa was das Führen von Statistiken anbelangte. Dadurch konnte die SED starken Einfluss auf den Prozess der Wohnraumverteilung ausüben. Die strukturelle und organisatorische Schwäche der Wohnraumverwaltung entsprach damit dem machtpolitischen Interesse der Staatspartei. Die SED versuchte sich überdies auf Kosten der Behörde zu profilieren und als bürgernah und sozial darzustellen. Dies sollte mit einer möglichst großzügigen und oft auch nachsichtigen Wohnungspolitik erreicht werden. So wurde in der DDR weder gegen die vielen „unterbelegten“ Wohnungen, also Wohnungen, welche – bezogen auf ihre Bewohnerzahl – zu groß waren, noch gegen eine steigende Zahl an Mietschuldner\_innen konsequent vorgegangen.<sup>291</sup> Der Grund für diese nachsichtige Haltung liegt bei einem hauptsächlich politischen Zweck der SED-Wohnungspolitik: Die Legitimation des Regimes sollte durch die Gewährleistung möglichst uneingeschränkter Sozialleistungen gesichert werden.

Dies führte jedoch dazu, dass die Bürger\_innen den Respekt vor den Behörden der Wohnraumverwaltung verloren. Das lässt sich am Beispiel eines alten Miethauses in Leipzig nachvollziehen. Das Gebäude sollte 1981 im Zuge der Stadterneuerung abgerissen werden. Der Großteil der Bewohner\_innen stimmte dem Umzug in einen Neubau zu. Einige Familien stellten jedoch hohe Ansprüche für ihre Zustimmung zu einem Umzug: Ein Ehepaar etwa lebte bisher in einer 3-Zimmer-Wohnung zu 150 qm. Die beiden SED-Mitglieder forderten eine ebenso große Wohnung im Zentrum der Stadt. Ein zweites Ehepaar lebte bisher mit ihrem Sohn in einer 5-Zimmer-Wohnung zu 160 qm. Als Bedingung für ihren Umzug forderten sie eine 3-Zimmer-Wohnung für sich, sowie eine 2-Zimmer-Wohnung für ihren Sohn. Jeweils im Stadtzentrum gelegen.<sup>292</sup>

In beiden Fällen waren die Wohnungen, auf die Bewohnerzahl gerechnet, viel zu groß. Diese Tatsache scheint jedoch kein größeres Problem dargestellt zu haben. Weder für die

---

289 Zu der Frage darüber, welche sozialen Kategorien in der DDR bevorzugt wurden und wie diese definiert wurden siehe Kapitel 3.1.

290 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 693f.

291 Ebd., 698f.

292 Ebd.



Bewohner\_innen, noch für das Wohnungsamt. Obwohl in der DDR Wohnungsnot herrschte schien kein Bewusstsein dafür zu existieren, dass hier Wohnraum ungerecht verteilt ist. Es wäre zu erwarten gewesen, dass diesem Umstand von Seiten der Politik mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Für diese Situation waren im wesentlichen zwei DDR-spezifische Gründe verantwortlich: Zum einen war Wohnraum in der DDR sehr billig. Die Mieten waren so niedrig, dass es fast unerheblich war ob eine Wohnung groß oder klein war.<sup>293</sup> Zum anderen wird hier ein Ergebnis der Sozialpolitik der SED sichtbar: Die Menschen gewöhnten sich an die großzügigen Leistungen und betrachteten sie häufig als Selbstverständlichkeit. Vor diesem Hintergrund sind derartige Forderungen nicht überraschend. Das Regime hatte die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ einseitig angelegt. In Erwartung höherer Produktivität und langfristiger Legitimation sicherte die SED die teuren Sozialmaßnahmen. Von diesem politischen Kurs gab es kein Zurück mehr: Dies hätte der Politik der konsequenten Verwirklichung der Plan- und Parteitagsvorgaben widersprochen, welche für das Selbstverständnis der SED so wichtig war. Zudem fürchtete die Partei nichts mehr als den Unmut der Bevölkerung. Erich Honecker und seine konservativen Kader an der SED-Spitze waren nicht bereit das Risiko möglicher Proteste in der DDR einzugehen.

Die Wohnungsämter waren nicht nur mit der politischen Einflussnahme durch die SED konfrontiert. Hinzu kam auch der Druck, der durch die Wohnungssuchenden auf die Behörden ausgeübt wurde. Dabei müssen drei Punkte hervorgehoben werden: Erstens gab es – vor allem wegen Unterbelegung – oft nicht genug Wohnraum. Zweitens stellten Interessent\_innen häufig Wohnungsanträge, ohne, dass hierfür Gründe vorlagen. Sie rechneten bereits mit einer sehr langen Wartezeit und wollten daher möglichst früh ihren Antrag stellen.<sup>294</sup> Drittens schließlich gab es viele Interessent\_innen mit sehr hohen Ansprüchen.<sup>295</sup> Aufgrund der ständigen Berichterstattung zum Wohnungsbauprogramm waren dabei bei vielen DDR-Bürger\_innen die Erwartungen an ihre zukünftige Wohnung sehr groß.<sup>296</sup> Diese Atmosphäre muss als durch die Propaganda aufgeheizt bezeichnet werden. Insgesamt führten also zu wenig Wohnraum, zu viele Anträge und zum Teil viel zu hohe Erwartungen zu einer angespannten Situation in den Ämtern. Vor allem in den 1970er Jahren war dabei die Wohnungsnot vieler Menschen so gravierend, dass „Selbstmorde verübt wurden, Schwarzeinzüge oder Arbeitsverweigerungen vorkamen, Ehen zerbrachen oder Ehen geschlossen wurden, Kinder gezeugt wurden – vorrangig mit dem Ziel, an eine Wohnung zu kommen.“<sup>297</sup>

---

293 Ebd., 696-698.

294 Wollé, Welt, 257.

295 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 699.

296 Burdumy, Sozialpolitik, 231f.

297 Kahl, Erlebnis, 70.

Praktisch bedeutete dies eine völlige Überlastung der Behörde einerseits und eine erhebliche Frustration unter den Wohnungssuchenden andererseits. Einen lebendigen Eindruck davon, wie die Wohnungssituation aussah vermittelt der selbst in der DDR aufgewachsene Zeithistoriker Stefan Wolle: „Wohnungsprobleme waren im DDR-Alltag stets das Thema Nummer eins [...]. Der Bezug einer Wohnung führte oft zu regelrechten Abenteuergeschichten. Sie berichteten vom Kampf mit den Ämtern, von Eingaben und Briefen an Honecker, von Husarenstücken, Gebäudebesetzungen, Suchanzeigen, dubiosen Geschäftemachern, Ringtauschaktionen, miesen Tricks und erlaubten kleinen Kniffen.“<sup>298</sup> Für Wohnungsinteressenten bedeutete dies, dass sie sich laufend um ihr Anliegen bemühen mussten: „Ohne ständige Nachfrage, Drängen, Drohungen oder Einsatz von Beziehungen bestand kaum eine Chance auf Zuweisung einer Wohnung.“<sup>299</sup>

In der DDR eine Wohnung zu erhalten blieb bis zum Ende schwierig. 1989 warteten 800.000 Anträge auf ihre Erledigung.<sup>300</sup> Wer umziehen wollte, musste sich lange gedulden: Die Wartezeit für eine Wohnung betrug zwischen drei und zehn Jahren.<sup>301</sup> Auch Familien mussten – obwohl in den offiziellen Verlautbarungen immer wieder die Bevorzugung dieser Gruppe betont wurde – rund eineinhalb bis zwei Jahre warten. Mit sehr langen Wartezeiten mussten auch ältere Personen rechnen: Wer in ein Altersheim wollte, musste rund sechs Jahre warten. Für einen Platz in einer Pflegeeinrichtung betrug die Wartezeit mehr als vier Jahre. Für eine eigene Wohnung waren es über fünf Jahre.<sup>302</sup>

Bei manchen DDR-Bürger\_innen ging es jedoch schneller. Die SED versorgte bestimmte Bevölkerungsgruppen bevorzugt mit Wohnraum. Einerseits waren dies – bis zu einem gewissen Grad – die in den Quoten festgelegten Gruppen. Daneben bedachte die SED aber vor allem jene Personen mit Ressourcen, welche für ihre Politik wichtig waren. Zu aller erst waren dies Repräsentanten von Partei und Staat. So gab es eigene Kontingente an Wohnungen, welche für Mitarbeiter\_innen von bestimmten Ministerien – wie dem MfS – oder für Parteifunktionär\_innen bestimmt waren. Diese Wohnungen gelangten gar nicht erst in das offizielle Verteilungssystem und verschärften somit die bestehende strukturelle Wohnungsnot im Land.<sup>303</sup> Die Chancen dieser Gruppen auf die Zuteilung waren aber generell günstiger – auch ohne reservierte Wohnung. Hertle führt an, dass Funktionär\_innen der SED oder einer der Massenorganisationen sowie Mitarbeiter\_innen der Polizei, des MfS oder der Armee gute Chancen auf eine rasche Zuteilung

---

298 Wolle, Welt, 252.

299 Ebd., 257.

300 Ebd.

301 Burdumy, Sozialpolitik, 247.

302 Manzel, Wohnlaube, 263.

303 Burdumy, Sozialpolitik, 247.

hatten.<sup>304</sup>

Die SED reservierte Wohnungen für ihre Parteifunktionär\_innen und für die Mitarbeiter\_innen der Staatssicherheit. Damit wurden jene Gruppen privilegiert, welche die Politik und das Funktionieren des SED-Staates sicherten. Beim Ministerium für Staatssicherheit wird das Zusammengehen von Fürsorge und Diktatur in spezieller Weise sichtbar. Denn die Überwachung der Bevölkerung war eine der Hauptaufgaben der Mitarbeiter\_innen der des MfS. Sie erhielten das Privileg einer neuen Wohnung nicht, damit sie sich mit dem bestehenden politischen System arrangierten. Bei ihnen ging es nicht darum, Unmut zu beseitigen. Aus dieser Gruppe war auch kein politischer Protest zu befürchten. Nicht Legitimation der Herrschaft der SED an sich, als vielmehr maximale Loyalität war das Ziel im Hinblick auf diese Gruppe.

Neben Repräsentanten von Partei und Staat wurden auch Bevölkerungsgruppen die für die Politik der SED wichtig waren privilegiert. So konnte die Mitarbeit in einem für die Volkswirtschaft der DDR wichtigen Betrieb, oder in einer bedeutenden Forschungsinstitution, für eine raschere Zuteilung sorgen.<sup>305</sup> Das Ergebnis dieser Bevorzugungen zeigt sich beim Blick auf die soziale Struktur der Neubausiedlungen: Entgegen der offiziellen Verlautbarungen über den Abbau von sozialen Ungleichheiten erhielten vor allem hoch qualifizierte Bürger\_innen eine gute Wohnung. Rowell stellt diesbezüglich fest, dass 1976 in Leipzig rund ein Viertel aller Bewohner\_innen von Neubauten einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss besaßen. Dem standen lediglich 6,6 Prozent ungelerner Arbeiter\_innen gegenüber. In den zunehmend verfallenden Altbauten hingegen war ihr Anteil ungleich höher: 7,7 Prozent Hochqualifizierte standen hier rund 19,6 Prozent Hilfsarbeiter\_innen gegenüber. Die selbe Tendenz lässt sich auch für Erfurt und Karl-Marx-Stadt nachweisen.<sup>306</sup> Neben dem sozialen Anspruch wird hier also eine Bevorzugung sichtbar, die sich daran festmachte, wie wichtig eine Person für das Funktionieren der DDR war. Dies kann als der Versuch gesehen werden, sich der Loyalität dieser Gruppen zu versichern. Dabei handelte es sich vor allem um gebildete und hochqualifizierte Gruppen, also etwa um junge Akademikerfamilien.

Für viele Bürger\_innen in der DDR war der Weg zu einer eigenen Wohnung langwierig und mitunter beschwerlich. Bis eine Wohnung zugeteilt wurde, musste viel Beharrlichkeit und auch viel Geduld bewiesen werden. Wer nicht gerade das Glück hatte, über die richtigen Kontakte zu verfügen oder einer für das Regime wichtigen Tätigkeit nachzugehen, der musste lange warten. Bis zu zehn Jahre konnte die Zuweisung einer Wohnung dauern. Von solchen Wartezeiten war die Parteilite ausgenommen. Die Dessauer Oberbürgermeisterin Thea Hausschild schrieb im April

---

304 Hertle, Genossen, 183.

305 Ebd., 182f.

306 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 695.

1978 eine Anfrage an den Oberbürgermeister der Stadt Ost-Berlin, Erhard Krack. Sie erkundigte sich nach einer Wohnung für ihren Sohn und dessen Familie in Berlin. Der Amtskollege konnte helfen. In seinem Antwortschreiben teilte er mit: Am 1. September 1978 steht eine 3-Zimmer-Wohnung bereit.<sup>307</sup>

Das Funktionieren der „Fürsorgediktatur“ wird am Beispiel des Wohnraumvergabe nachvollziehbar. Die Bevölkerung sollte mit den Versprechungen über die Vorzüge der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zu mehr Arbeitseifer angetrieben werden. Daneben sollte die Hoffnung auf die baldige Zuweisung einer möglichst gut ausgestatteten Neubauwohnung jedoch vor allem ein politisch erwünschtes Verhalten erzeugen. Wohnungen erhielten folgerichtig daher jene zuerst, welche für die Politik der Staatspartei am wichtigsten waren. Dabei war auch die Berichterstattung über das Wohnungsbauprogramm von zentraler Bedeutung. Denn sie erzeugte große Erwartungen und trug damit zum Funktionieren der „Fürsorgediktatur“ bei.

Insgesamt werden am Beispiel der Wohnraumverwaltung jedoch auch die Grenzen der Fürsorge sichtbar. Die Erwartungen, welche die Wohnungspropaganda bei den Menschen weckte, waren zu hoch. Sie führten zu einer Überforderung der Wohnungsämter. Dieser Situation konnte die SED durch eine Erhöhung des Wohnraumangebots nur teilweise beikommen. Weil die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch den Wohnungsbau bereits bis zum äußersten angespannt war<sup>308</sup>, blieb der Staatspartei nur noch eine Möglichkeit sich weiter das Wohlwollen der Bevölkerung zu sichern: Durch eine möglichst großzügige und möglichst nachsichtige Wohnungspolitik. Damit brachte sie bewusst ihre eigene Wohnraumverwaltung in eine unmögliche Position. Die Wohnungsämter und ihre Mitarbeiter\_innen zahlten somit den Preis für das weitere Funktionieren der Fürsorgediktatur. Angesichts dieser Politik ist die hohe Fluktuation von 20 bis 30 Prozent jährlich unter den Angestellten der Wohnraumverwaltung wenig verwunderlich.<sup>309</sup>

## 5.2 Die „Jubiläumswohnungen“

Das Wohnungsbauprogramm wurde von Beginn an für die Propaganda der SED verwendet. Die Partei warb für ihre Politik und für ihren Generalsekretär. Vor allem für Erich Honecker war die Berichterstattung über das Bauprogramm eine passende Gelegenheit sich selbst zu präsentieren und als Politiker des Volkes zu inszenieren. Am Beispiel der feierlich begangenen Wohnungsübergaben der so genannten „Jubiläumswohnungen“ bei runden Fertigstellungszahlen soll dabei die

---

307 Hertle, Genossen, 183.

308 Siehe zu den Kosten für das Sozialprogramm der SED Kapitel 2.2.

309 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 700.

Machtpolitik der Partei nachvollzogen werden. Derartige Propagandaereignisse fanden regelmäßig statt und sollten noch mehr öffentliches Interesse auf das Wohnungsbauprogramm lenken.

Untersucht werden der Artikel über die Vergabe der 500.000. Wohnung vom 15. April. 1975, jener über die einmillionste Wohnung vom 7. Juli 1978, jener über die zweimillionste Übergabe vom 10. Februar 1984, jener über die zweieinhalbmillionste vom 5. Juni 1986, sowie schließlich jener über die dreimillionste Wohnung vom 13. Oktober 1988. Wie wurde über das Bauprogramm berichtet? Welchen Stellenwert nahm die Partei, welchen Stellenwert nahm Honecker ein?

Die 500.000. Wohnungsübergabe erfolgte am 14. April 1975 in Berlin.<sup>310</sup> Die Wohnung erhielt, „vorfristig“<sup>311</sup>, die fünfköpfige Familie eines Schlossers. Der entsprechende Artikel erschien am darauf folgenden Tag in der Zeitschrift „Neues Deutschland“ auf der Titelseite. „Was der VIII. Parteitag beschloß, wird Wirklichkeit“<sup>312</sup> steht in der ersten Zeile. Darunter befindet sich ein Foto der Schlüsselübergabe: Zu sehen ist Bauminister Wolfgang Junker, der dem neuen Mieter einen großen symbolischen Schlüssel überreicht. Im Hintergrund ist, über eine Hausfassade gehängt, eine DDR-Flagge zu erkennen. Unter dem Bild steht: „Die 500.000 Wohnung des Fünfjahresplanes übergeben“<sup>313</sup>. Der Artikel nimmt rund ein Drittel der Titelseite ein und setzt sich ausführlich auf der gesamten dritten Seite fort.

In der Passage auf dem Titelblatt wird berichtet, dass die „Fünfjahresplandirektive“<sup>314</sup> des VIII. Parteitages über die Fertigstellung von 500.000 Wohnungen erfüllt und wahrscheinlich sogar übertroffen wird. Auf der dritten Seite widmet sich ein eigener Artikel mit der Überschrift: „Das fünfte Zuhause des Schlossers Walter Letzin“<sup>315</sup> dem neuen Mieter, der Bauminister Wolfgang Junker sowie Oberbürgermeister Erhard Krack zu einer „Kaffeerunde“<sup>316</sup> in seine Neubauwohnung eingeladen hat. In dem Artikel wird beschrieben, dass Letzin aus ärmlichen Verhältnissen stammt und als „Arbeiterjunge“<sup>317</sup> groß wurde. Seine bisherigen Wohnungen waren klein und nur mangelhaft ausgestattet. „Umso größer ist die Freude der Letzins [...] über die neue 4-Zimmer-Wohnung Leninallee/Weißenseer Weg.“<sup>318</sup> Der Schlosser Letzin wird als fleißiger und engagierter Arbeiter beschrieben. Einige seiner Kollegen kommen zu Wort und können nur Gutes berichten: „Er besuchte Schweißer-, Brenner-, und Kranführerlehrgänge, um überall einspringen zu können,

---

310 Die 500 000. Wohnung des Fünfjahrplanes übergeben. In: Neues Deutschland, 15.04.1975, 1.

311 Ebd.

312 Ebd.

313 Ebd.

314 Ebd.

315 Heinz, Peter, Das fünfte Zuhause des Schlossers Walter Letzin. In: Neues Deutschland, 15.04.1975, 3.

316 Ebd.

317 Ebd.

318 Ebd.

wenn einmal Not am Mann ist, selbst an Sonnabenden und Sonntagen“<sup>319</sup>. Ein anderer Kollege, der selbst noch auf eine Wohnung wartet, berichtet: „Daß ausgerechnet die 500 000. in unser Kollektiv kam, ist natürlich ein riesiger Zufall, aber im Grunde doch eine ganz normale Sache. Schließlich werden bei uns Wohnungen in erster Linie für die Arbeiter gebaut.“<sup>320</sup> Der Schlosser Letzin erwähnt zudem im Bezug auf seine neue Wohnung lobend seinen „guten Eindruck von der Qualität“<sup>321</sup> der Arbeit der Bauarbeiter. Auch über die Familie des neuen Mieters berichtet der Autor des Artikels, Peter Heinz: Die drei Kinder würden sich über die Wohnung besonders freuen. Zudem seien sowohl die Schule, als auch die Spielplätze in der Nähe. Am Ende wird auf die Berufstätigkeit der Ehefrau verwiesen: „Waltraud Letzin hatte sich vor einem Jahr entschieden, ganztags zu arbeiten. Die großzügigen sozialpolitischen Maßnahmen von Partei und Regierung bewogen sie dazu“<sup>322</sup>.

Die Wohnungsübergabe muss als Werbung für die SED und für ihre Politik verstanden und gelesen werden. Die Wohnung wurde, gemäß der von der SED-Propaganda immer wieder betonten Ausrichtung, einer Arbeiterfamilie zugeteilt. Letzin stammte bereits aus einer solchen Familie, ist als „Arbeiterjunge“ groß geworden. Diese Erzählung dient, ebenso wie die Schilderungen seiner Arbeitskollegen, der Darstellung Letzins als „echtem Arbeiter“. Die Erwähnung der drei Kinder macht die Familie in der DDR zudem zu einer „kinderreichen Familie“. Damit verband sich ein bevorzugter Anspruch auf eine Wohnung. Die Leser sollten in jedem Fall mit der Zuteilung einverstanden sein: Die Partei stellt sicher, dass die neuen Wohnungen an die richtigen Personen vergeben werden. Neben dieser Ebene der richtigen Zuteilung wird auch allgemein für die Politik der SED geworben. So wenn ein Arbeitskollege meint, dass in der DDR „Wohnungen in erster Linie für die Arbeiter gebaut“<sup>323</sup> werden. Damit bestätigt er die Richtigkeit der politischen Ausrichtung des Wohnungsbauprogramms. Noch weiter geht die Ausführung über Frau Letzin. Sie arbeitet ganztags und entspricht damit dem Ideal der berufstätigen Frau in der DDR. Doch der Grund, warum sie das tun kann, liegt ebenfalls in der Politik der SED, genauer der Sozialpolitik: Wegen der „großzügigen sozialpolitischen Maßnahmen“<sup>324</sup> habe sie sich zu diesem Schritt entschlossen. Anhand der „kinderreichen“ Arbeiterfamilie Letzin wird in dem Artikel der politische Kurs der SED nachvollzogen und voll bestätigt.

Auffallend ist, dass Erich Honecker bei diesem Ereignis nicht anwesend war. Zwar übermittelte Junker „Den Dank des Zentralkomitees der SED und seines Ersten Sekretärs, Erich Honecker, für

---

319 Ebd.  
320 Ebd.  
321 Ebd.  
322 Ebd.  
323 Ebd.  
324 Ebd.

diese hohen Leistungen<sup>325</sup>. Spätere „Jubiläumswohnungen“ wurden jedoch von Honecker persönlich übergeben. Interessant erscheint überdies, dass in den Beschreibungen über Letzin ausdrücklich erwähnt wird, dass er parteilos ist.

„Die einmillionste Wohnung wurde an eine Berliner Arbeiterfamilie übergeben“ titelte „Neues Deutschland“ am 7. Juli 1978.<sup>326</sup> Die Wohnung im Neubaugebiet Berlin-Marzahn ging an die Familie eines Werkzeugmaschinenbauers. Dieser Artikel ist im Unterschied zu jenem aus dem Jahr 1975 länger und nimmt einen prominenteren Platz ein: Das gesamte Titelblatt sowie die zweite Seite der Ausgabe widmen sich dem Thema. Anders als drei Jahre zuvor ist Honecker bei dieser Vergabe anwesend und die Zeitschrift „Neues Deutschland“ macht das auch deutlich: Auf dem Titelblatt sind drei Fotografien zu sehen: Eine zeigt den Moment der Schlüsselübergabe vor versammelten Bauarbeitern, eine weitere die Familie in der neuen Wohnung und eine dritte ein Gespräch mit Bauarbeitern. In allen drei Szenen ist auch Honecker anwesend. In allen drei Szenen ist er die Hauptfigur. Er gratuliert zur neuen Wohnung, er besucht die Familie, „verdiente Bauleute“<sup>327</sup> sind seine Gesprächspartner. Dieses Schema setzt sich auch auf der zweiten Seite fort. Auf drei von vier Fotografien ist Honecker zu sehen.

Der Aufbau der Berichterstattung über die Wohnungsübergabe gleicht sonst jener von 1975. Wieder gibt es einen ersten Bericht über die Wohnungsübergabe sowie einen Artikel über den Besuch bei der Mieterfamilie.<sup>328</sup> Hinzu kommt noch eine Zusammenfassung der Rede von Bauminister Junker sowie ein kurzer Bericht über die bisherigen Entwicklungen im Wohnungsbauprogramm.<sup>329</sup> In dem Artikel zur Mieterfamilie – „Ein herzliches Beisammensein im neuen Heim Marchwitzastraße 129“ – werden die Vorzüge des neuen, immer noch im Entstehen begriffenen Wohnbaukomplexes Berlin-Marzahn ausführlich dargestellt. Vor allem die Nähe der Wohnung zum Arbeitsplatz des neuen Mieters sowie jene zu den Versorgungseinrichtungen und der Schule werden hervorgehoben. Ausdrücklich wird auch auf die Verbundenheit der Siedlung mit der Natur hingewiesen. Dies sei ein Anliegen der Verantwortlichen gewesen und durch die Stadtplaner so umgesetzt worden. Auch die günstigen Verkehrsverbindungen werden erwähnt: „In 25minütiger Fahrzeit mit der S-Bahn gelangt man zum Alexanderplatz.“<sup>330</sup> Ebenfalls wie im vorhergehenden Artikel wird auch in diesem Fall betont, dass der neue Mieter ein guter und engagierter Arbeiter ist.

---

325 Die 500 000. Wohnung des Fünfjahrplanes übergeben. In: Neues Deutschland, 15.04.1975, 1.

326 Zimmermann, Jochen, Bolduan, Dieter, Die einmillionste Wohnung wurde an eine Berliner Arbeiterfamilie übergeben. In: Neues Deutschland, 07.07.1978, 1-2, 1.

327 Ebd.

328 Ein herzliches Beisammensein im neuen Heim Marchwitzastraße 129. In: Neues Deutschland, 07.07.1978, 2.

329 Junker, Wolfgang, Ergebnis der zielklaren Politik unserer Partei. In: Neues Deutschland, 07.07.1978, 2; Konsequenz auf dem Kurs der Hauptaufgabe. In: Neues Deutschland, 07.07.1978, 2.

330 Ein herzliches Beisammensein im neuen Heim Marchwitzastraße 129. In: Neues Deutschland, 07.07.1978, 2.

Ebenso wie der Schlosser Letzin ist auch Herr Großkopf parteilos.

Insgesamt zeigt der Artikel von 1978, dass das Thema für die Partei wichtiger geworden ist. Die prominentere Platzierung des Berichtes, aber vor allem die Anwesenheit Honeckers beweisen dies. Bauminister Junker wird zwar erwähnt, seine Rede – in Auszügen – wiedergegeben, die Hauptfigur ist nun jedoch der Generalsekretär. Der Personenkult, welcher in dieser Zeit um Honecker entsteht, wird greifbar: „Hochrufe auf die SED, das Zentralkomitee und seinen Generalsekretär erschallen. Aus dem dichten Spalier streckten sich Erich Honecker viele Hände entgegen, wurden ihm Willkommensgrüße zugerufen, die er herzlich erwiderte.“<sup>331</sup> Daneben wirbt der Artikel für das Wohnungsbauprogramm, beschreibt dessen Leistungen und soll dessen konsequente Durchführung verdeutlichen. Ebenso soll auch hier die gerechte Verteilung der Wohnungen – wieder an eine Arbeiterfamilie – gezeigt werden. Zusätzlich wird mit dem Neubaugebiet Berlin-Marzahn geworben. Die abermals erwähnte Parteilosigkeit des neuen Mieters scheint politisches Kalkül zu sein. Die Parteiführung will damit offenbar zeigen, dass die Wohnungen nach sozialen und nicht nach parteipolitischen Kriterien vergeben werden.

Im Februar 1984 erfolgte die umfangreichste und aufwendigste propagandistische Verwertung des Wohnungsbauprogramms in „Neues Deutschland“. Dabei wurde sowohl über die Verleihung der Jubiläumswohnung<sup>332</sup> als auch über den offiziellen Auftakt der Bauarbeiten an dem Neubaugebiet Berlin-Hohenschönhausen berichtet<sup>333</sup>. „Erich Honecker legte Grundstein für neues Wohngebiet. Zweimillionste Wohnung an Berliner Arbeiterfamilie“<sup>334</sup> prangt als Überschrift auf dem Titelblatt. Darunter sind Fotografien zu sehen, die Erich Honecker bei der symbolischen Schlüsselübergabe an den Mieter der „Jubiläumswohnung“ und bei der Grundsteinlegung in Berlin-Hohenschönhausen zeigen. Seite eins bis drei, sowie ein Großteil der vierten Seite widmen sich dem Thema Wohnungsbau. Im wesentlichen folgt der Aufbau der Berichterstattung den früheren Beispielen. Diese „Jubiläumswohnung“ geht an einen Busfahrer und seine Frau und zwei Kinder. Bei der Wohnung handelt es sich um eine modernisierte Wohnung am Arkonaplatz in Berlin. Auffallend ist in diesem Bericht, dass gezielt der Bezug zur traditionellen Arbeiter\_innenbewegung hergestellt wird. Bereits Honecker führt in seiner Rede aus: „Wie wir alle wissen, war die Lösung der

331 Zimmermann, Jochen, Bolduan, Dieter, Die einmillionste Wohnung wurde an eine Berliner Arbeiterfamilie übergeben. In: Neues Deutschland, 07.07.1978, 1-2, 2.

332 Bauleute vollbringen Großes für das Glück unseres Volkes. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 1; Honecker, Erich, In der Politik unserer Partei stimmen Wort und Tat überein. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 3; Zimmermann, Jochen, Meyer, Oswald, Swinemünder Straße 120: Die Zweimillionste. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 3f.

333 Berlin-Hohenschönhausen wird Heimstatt für 100 000. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 1; Kalkbrenner, Jörn, Drei Hammerschläge nach Bauarbeiterart für das jüngste Neubaugebiet Berlins. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 2; Honecker, Erich, Glück und Wohlergehen des Volkes sind unser Ziel. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 2; Zwischen Malchower See und Gartenstadt. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 2.

334 Erich Honecker legte Grundstein für neues Wohngebiet. Zweimillionste Wohnung an Berliner Arbeiterfamilie. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 1.



Wohnungsfrage stets ein Grundanliegen der revolutionären Arbeiterbewegung. Vom Kapitalismus konnte sie keiner erwarten.<sup>335</sup> Diese Argumentation wird im Artikel über die Vergabe der Wohnung weitergeführt. Hier werden die früheren, miserablen Wohnzustände der Arbeiter\_innen um die Jahrhundertwende in Berlin beschrieben: „Um 1890 lebten 117 000 Menschen in 28 000 Kellerwohnungen“<sup>336</sup>. Dem werden die aktuellen Modernisierungen durch das Wohnungsbauprogramm gegenüber gestellt: „Große Wohnhöfe mit Bäumen, Rasen und Bänken, mit Spielgerät und Abenteuerspielplätzen für Kinder sind dort entstanden, wo es früher nur trostlose Hinterhöfe gab.“<sup>337</sup> Diese Argumentation wurde auch von Burdumy festgestellt. Ihm zufolge zog die SED einen Vergleich mit einem historischen Beispiel jenem mit der Wohnsituation in der Bundesrepublik vor.<sup>338</sup> Die Indienstnahme der traditionellen Arbeiter\_innenbewegung für das Wohnungsbauprogramm der SED ist indes nicht neu. Bereits im zweiten Programm der Partei von 1976 war zu lesen: „Das Wohnungsbauprogramm ist das Kernstück der Sozialpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Es ist darauf gerichtet, bis 1990 die Wohnungsfrage zu lösen. Damit wird ein altes Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung verwirklicht.“<sup>339</sup>

Der Verweis auf die Wohnungssituation von Arbeiter\_innen in Deutschland um das Jahr 1900 ist eine geeignete Kontrastfolie zur Bautätigkeit im Jahre 1984. Vor einem direkten Vergleich mit der Wohnsituation im Land des „Klassenfeindes“ schreckt die politische Führung zurück. Gleichzeitig kann die SED durch das historische Beispiel ihr eigenes Profil als traditionelle Arbeiter\_innenpartei schärfen. Ebenfalls auffallend ist der Umfang der Berichterstattung. Die Artikel sind noch einmal länger als jene aus dem Jahr 1978. Der Artikel „Swinemünder Straße 120: Die Zweimillionste.“ beinhaltet die detaillierte Schilderung eines Rundganges, welchen Honecker im Zuge dieser Wohnungsübergabe im gesamten Viertel unternimmt. Er ist nicht nur zu Gast bei der Familie der „Jubiläumswohnung“, sondern geht auch zum Fleischer des Viertels. Er trifft sich mit Bauarbeitern sowie Bürger\_innen, die in der Nationalen Front tätig sind und besucht einen Kindergarten. Zuletzt kehrt er in einer Gaststätte mit Bauleuten ein. All diese Begegnungen werden von den Autoren genau beschrieben. Der Umfang zeigt die große Bedeutung des Wohnungsbauprogramms für die Propaganda der SED. Der Rundgang von Honecker ist eine Werbung für die Politik der Partei ebenso wie für die Person des Staats- und Parteichefs selbst. Insgesamt wird die Berichterstattung durch 16 Fotografien illustriert. In elf davon ist Erich Honecker die bestimmende Figur. Etwa beim Entgegennehmen von Geschenken von Bauarbeitern,

---

335 Honecker, Erich, In der Politik unserer Partei stimmen Wort und Tat überein. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 3.

336 Zimmermann, Jochen, Meyer, Oswald, Swinemünder Straße 120: Die Zweimillionste. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 3f, 3.

337 Ebd.

338 Burdumy, Sozialpolitik, 227.

339 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Neues Deutschland, 25.05.1976, 3-8, 4.

beim Grüßen von Kindern oder im Familienkreis mit den Mieter\_innen der „Jubiläumswohnung“. Der Personenkult um Honecker nimmt hier deutlichere Züge an und steigert sich zuweilen ins Komische. Auf Seite drei ist seine Rede zur Wohnungsvergabe wiedergegeben. Der Text ist immer wieder durch fettgedruckte Hinweise der Redaktion auf die offensichtlich gute Stimmung unterbrochen: „Stürmischer Beifall“, „Anhaltender starker Beifall“, „Anhaltender stürmischer Beifall“<sup>340</sup>. Wie Winters ausführt war Honecker einverstanden damit, dass um seine Person ein geradezu absurder Personenkult betrieben wurde. Verantwortlich dafür waren vor allem die Chefredakteure von „Neues Deutschland“. Im Betrachtungszeitraum dieser Studie waren dies von 1971 bis 1978 Joachim Herrmann und danach bis 1985 Günter Schabowski.<sup>341</sup> In den Jahren 1985 bis 1989 war Herbert Naumann Chefredakteur. Mitte der 1980er Jahre wurde dieser unkritische und bis ins Lächerliche gehende Personenkult auch an anderen Stellen sichtbar. So wurde die Berichterstattung über die für die DDR aus Gründen des internationalen Ansehens wichtigen Frühjahrsmesse in Leipzig im März 1987 mit 48 Fotografien illustriert. Auf 43 davon war Erich Honecker abgebildet.<sup>342</sup>

Wie wichtig der SED die Berichterstattung über dieses Ereignis war, beweist auch eine direkte Presseanweisung des ZK-Sekretärs für Agitation und Propaganda Joachim Hermann an das SED-Bezirksblatt „Ostsee-Zeitung“. In der Anweisung war zu lesen: „Am morgigen Donnerstag findet die Übergabe der zweimillionsten Wohnung in Anwesenheit des Generalsekretärs statt: Wir bitten, darüber auf Seite 1 vom Freitag sehr groß aufgemacht zu berichten.“<sup>343</sup> Bei einem solchen Schreiben handelte es sich nicht um eine Bitte, sondern um eine Anweisung.<sup>344</sup> Erich Honecker befasste sich direkt mit Form und Inhalt der Berichterstattung in „Neues Deutschland“. Dabei ging es ihm vor allem um die Gestaltung der ersten zwei Seiten der Zeitung, nach welcher sich alle übrigen Printmedien des Landes zu richten hatten.<sup>345</sup> Aufgrund seiner Bestrebungen die Berichterstattung im Land zu bestimmen, spricht der Experte für Mediengeschichte der DDR, Gunter Holzweißig, von Honecker auch als „General-Chefredakteur“<sup>346</sup>.

Am 4. Juni 1986 erfolgte die Übergabe der 2,5 Millionsten Wohnung. Wieder an eine Arbeiterfamilie.<sup>347</sup> Dieses Mal jedoch nicht in Berlin, sondern in Karl-Marx-Stadt (heute wieder

340 Honecker, Erich, In der Politik unserer Partei stimmen Wort und Tat überein. In: Neues Deutschland, 07.07.1984, 3.  
341 Malycha, Winters, SED, 211.

342 Ciesla, Külow, Zeilen, 201. Dabei handelte es sich um die Zeitungsausgabe vom 16. März 1987: Leipzig fördert den friedlichen Welthandel zum Nutzen der Völker. In: Neues Deutschland, 16.03.1987, 1-7.

343 Joachim Herrmann an die Ostsee-Zeitung. Abgedruckt in: Holzweißig, Gunter, Die Schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Wien u.a, 2002, 242.

344 Ebd., 135f.

345 Ebd., 134.

346 Ebd.

347 Brückner, Dieter, Luck, Otto, Böhm, Franz, Tage vor der Wahl: Arbeiterfamilie erhielt die zweieinhalbmillionste seit 1971 gebaute Wohnung. In: Neues Deutschland, 05.06.1986, 1; Kalkbrenner, Jörn, Liebsch, Helfried, Wähler

Chemnitz). Die Berichterstattung ist ähnlich strukturiert wie bei den vorherigen Wohnungsübergaben. Erich Honecker war anwesend und besuchte das Großwohngebiet „Fritz Heckert“ sowie eine modernisierte innerstädtische Wohnsiedlung, in welcher die „Jubiläumswohnung“ vergeben wurde. Die vorher festgestellten Tendenzen über den verstärkten Personenkult und die Indienstnahme der traditionellen Arbeiter\_innenbewegung lassen sich auch hier feststellen. Neben den immer wieder angeführten „Hochrufen“ und dem vielen „Beifall“<sup>348</sup> von DDR-Bürger\_innen wurde die Propaganda um die Person des Generalsekretärs weiter gesteigert. Honecker, der zuerst das Neubaugebiet „Fritz Heckert“ besucht, führt dort offensichtlich inszenierte Gespräche mit Bauleuten. Nach einem derartigen Gespräch ist zu lesen: „Auf seinem weiteren Weg schüttelte Erich Honecker viele Hände. Immer wieder erkundigte er sich bei Frauen und Männern, Jugendlichen und älteren Bürgern: Wie geht es Euch, wie seid Ihr zufrieden mit dem neuen Wohngebiet? Und als Antwort hieß es immer wieder: Sehr schön ist es hier. Wir fühlen uns sehr wohl. Vielen Dank, Genosse Honecker, für diese gute Politik. Unsere Stimme gehört am Sonntag den Kandidaten des Volkes, damit diese Arbeiterpolitik fortgesetzt wird.“<sup>349</sup> Wie sich aus dem Zitat bereits entnehmen lässt hatte diese Wohnungsübergabe einen speziellen Hintergrund: Am 8. Juni 1986 wurden in der DDR Volkskammerwahlen abgehalten. Die Werbung für den Wahltermin, für die Nationale Front, aber vor allem für Erich Honecker zieht sich durch die gesamte Berichterstattung und ist in ihrer Aufdringlichkeit nur schwer zu ertragen. Erich Honecker trat als Spitzenkandidat selbst bei dieser Wahl an. Sein Wahlgebiet – Wahlkreis 37 – war ausgerechnet Karl-Marx-Stadt.

Dass die 2,5 Millionste Wohnung zufälligerweise drei Tage vor der Wahl vergeben wurde, mögen die Leser\_innen noch nachvollziehen. Dass sie jedoch genau in den Wahlkreis von Erich Honecker fiel, kann als Beispiel für besonders plumpe Propaganda gelten. Tatsächlich war dies natürlich nicht die 2,5 Millionste fertiggestellte Wohnung. Dies nicht nur, weil das mit Bestimmtheit bei Millionen von Wohnungen nicht seriös festzustellen war. Die SED hatte eigenwillige Zählmethoden: Auch die Errichtung von Feierabendheimen zählte demnach zum neugebauten Wohnungsbestand.<sup>350</sup> In diesem Fall kam jedoch auch die politische Instrumentalisierung angesichts des bevorstehenden Wahltermins hinzu: Am 24. April 1986 hatten Bauminister Wolfgang Junker und der Leiter der Abteilung Bauwesen im ZK der SED, Gerhard Trölitersch, einen Brief an Günter

---

bekunden festes Vertrauen in die Politik unserer Partei. In: Neues Deutschland, 05.06.1986, 3f; Russek, Eberhard, Wendekamm, Gunther, Träume revolutionärer Arbeiter werden hier verwirklicht. In: Neues Deutschland, 05.06.1986, 3f.

348 Brückner, Dieter, Luck, Otto, Böhm, Franz, Tage vor der Wahl: Arbeiterfamilie erhielt die zweieinhalbmillionste seit 1971 gebaute Wohnung. In: Neues Deutschland, 05.06.1986, 1.

349 Kalkbrenner, Jörn, Liebsch, Helfried, Wähler bekunden festes Vertrauen in die Politik unserer Partei. In: Neues Deutschland, 05.06.1986, 3f.

350 Manzel, Wohnlaube, 259.

Mittag geschrieben. Darin gaben sie bekannt, dass demnächst die 2,5 Millionste Wohnung fertiggestellt werden würde. Sie baten Mittag sich bei Honecker zu erkundigen, ob dieser die Wohnung persönlich übergeben wolle. Falls Honecker zustimme, sollte Mittag sich auch erkunden, wo Honecker die Wohnung übergeben wolle. Als Vorschläge brachten Junker und Trölitersch den Berliner Bersarin-Platz oder eine Wohnung in einem innerstädtischen Viertel in Karl-Marx-Stadt ein.<sup>351</sup> Dieser Brief verdeutlicht besonders klar eine Hauptfunktion des Wohnungsbauprogramms für die SED: Die propagandistische Verwertung für politische Zwecke. Zwei hohe Parteifunktionäre des Bauwesens in der DDR versorgen den Staatschef zeitgerecht mit einer neuen Erfolgsmeldung. Die Übergabe erfolgte in Karl-Marx-Stadt, weil dies der Wahlkreis von Erich Honecker war. Ansonsten wäre auch diese Übergabe in Berlin erfolgt.

Vor diesem Hintergrund wird klar, wieso der eigentliche Anlass der Berichterstattung – nämlich die Wohnungsübergabe – in den langatmigen Schilderungen fast untergeht. Dieses Mal gab es keine „Kaffeerunde“ in der neuen Wohnung. Stattdessen eine feierliche Verabschiedung Honeckers nach der Veranstaltung: „Mit der Melodie ‚Hoch soll er leben!‘ verabschiedete das Karl-Marx-Städter Blasorchester [...] den Spitzenkandidaten der Bezirksstadt für die Volkskammer.“<sup>352</sup>

Im Oktober 1988 erfolgte schließlich die Übergabe der dreimillionsten Wohnung im neuen Bezirk Ost-Berlins Hohenschönhausen.<sup>353</sup> Die Wohnung wurde an die vierköpfige Familie des Dachdeckers Mario Fischer vergeben. Dieses Ereignis nahm das Titelblatt der Zeitung sowie zwei weitere Seiten im Blattinneren ein. Im Wesentlichen folgte die Berichterstattung dem gewohnten Muster. In diesem Zusammenhang lässt sich von einer Ritualisierung bestimmter Handlungen sprechen. Hierzu gehört die symbolische Schlüsselübergabe. Aber auch die Enthüllung einer Erinnerungstafel, die festhielt wann die Übergabe erfolgte und, dass Erich Honecker dabei anwesend war.

Abgedruckt findet sich auch eine von Honecker gehaltene Rede. Darin enthalten ist eine Anklage über die angeblich schlechte Wohnsituation der Menschen im nichtsozialistischen Ausland: „angesichts der Wohnungsnot, der Obdachlosigkeit und dem Mietwucher in den Ländern des

---

351 Burdumy, Sozialpolitik, 227.

352 Russek, Eberhard, Wendekamm, Gunther, Träume revolutionärer Arbeiter werden hier verwirklicht. In: Neues Deutschland, 05.06.1986, 3f, 4.

353 Brückner, Dieter, Luck, Otto, Stechow, Günter, Dreimillionste Wohnung an Berliner Arbeiterfamilie – Zeugnis erfolgreicher Politik zum Wohle des Volkes. In: Neues Deutschland, 13.10.1988, 1 und 4; Honecker, Erich, Eine große historische Leistung der sozialistischen Gesellschaft. In: Neues Deutschland, 13.10.1988, 3; Fischer, Mario, Wir sind froh und glücklich über unsere ‚Jubiläumswohnung‘. Neues Deutschland, 13.10.1988, 3; Nach dem Beispiel der Besten für die allseitige Erfüllung der Pläne. In: Neues Deutschland, 13.10.1988, 4; Rehfeldt, Hans, Kernstück der Sozialpolitik wird konsequent realisiert. Neues Deutschland, 13.10.1988, 4. Es ist nicht richtig, dass Honecker bei dieser Wohnungsübergabe den „Abschluss des Wohnungsbauprogramms behauptet.“ wie Hertle schreibt. Dass die Wohnungsanzahl mit drei Millionen nicht korrekt war, ist hingegen zu bestätigen. Vgl. Hertle, Genossen, 184.

Kapitals haben wir allen Grund, stolz auf das Erreichte zu sein.“<sup>354</sup> Diese Kritik gegenüber dem kapitalistischen Ausland ist typisch. Der Hinweis auf die soziale Wärme und Geborgenheit in der DDR findet seinen Ausdruck in den modernen DDR-Vollkomfortwohnungen, den niedrigen Mieten sowie der Wohnungszuteilung nach scheinbar sozialen Gesichtspunkten. Diese Prinzipien der SED-Wohnungspolitik wurden der angeblichen sozialen Kälte der nichtsozialistischen Länder, allen voran der Bundesrepublik, gegenübergestellt. Diese Kritik wurde von Erich Honecker auch an anderer Stelle angeführt. In seiner Biografie schreibt er über die schlechten Wohnverhältnisse des englischen Industrieproletariats, die Friedrich Engels bereits 1845 dargestellt hatte, um danach zu bemerken: „In der kapitalistischen Welt haben sich die Wohnbedingungen seitdem nicht entspannt, sondern sie verschärften sich teilweise dramatisch.“<sup>355</sup> Hier wird deutlich, wie stark die Ideologie die Argumentation Honeckers bestimmt. Die Wohnbedingungen im kapitalistischen Ausland hatten sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts verbessert. Zumal jene in der Bundesrepublik, mit welcher ein Vergleich am sinnvollsten war. Das wusste sowohl Erich Honecker als auch die Bevölkerung der DDR. Das Wohnungsbauprogramm war jedoch im Systemwettbewerb ein zentrales, hochpolitisches, propagandistisch effektiv zu inszenierendes Prestigeobjekt.<sup>356</sup> Als solches musste es in jedem Fall erfolgreich zu Ende geführt werden, um die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem kapitalistischen Ausland zu demonstrieren.

Die Vehemenz, mit welcher dieser Wettbewerb einseitig von der DDR betrieben wurde ist auffällig und kann als Kompensation betrachtet werden. Denn in dem Moment, als Honecker 1971 den wirtschaftspolitischen Kurs Walter Ulbrichts aufgegeben hatte, akzeptierte die SED stillschweigend die höhere ökonomische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik.<sup>357</sup> Dieser Niederlage wollte die Parteiführung die Überlegenheit des Sozialismus in Fragen der Sozialpolitik entgegenstellen. Im Wohnungsbau kam dies einerseits in der enormen quantitativen Dimension des Bauprogramms zum Ausdruck. Ebenso war jedoch die Wohnungspropaganda notwendig, um diese sozialpolitischen Leistungen entsprechend darzustellen und bis ins Absurde zu überhöhen. Damit kann die Wohnungspropaganda als Zeichen der Schwäche und der Unsicherheit des Regimes verstanden werden. Um so schriller sie ausfiel, umso besorgter war die SED angesichts der Systemkonkurrenz beider deutscher Staaten.

Zudem wird hier die Verwendung der Berichterstattung über das Wohnungsbauprogramm für die Platzierung anderer politischer Themen deutlich. Diese Praxis wurde bereits in den

---

354 Honecker, Erich, Eine große historische Leistung der sozialistischen Gesellschaft. In: Neues Deutschland, 13.10.1988, 3.

355 Honecker, Leben, 304.

356 Palutzki, Architektur, 304f.

357 Skyba, Herrschaftssicherung, 41.

vorhergehenden Beispielen sichtbar – am offensichtlichsten bei der Übergabe in Karl-Marx-Stadt, die als Wahlveranstaltung inszeniert wurde. Dieses Bemühen bezog sich häufig auf die Friedenspolitik der SED. In diesem letzten Beispiel fällt der Versuch, andere Politikfelder einzuflechten besonders auf. Daher soll dieser Fall hier genauer betrachtet werden.

Erich Honecker wurde nach der symbolischen Schlüsselübergabe vom neuen Mieter als erster Gast in dessen Neubauwohnung eingeladen. Dort fand er sich zusammen mit seinem Wirtschaftsexperten Günter Mittag, dem ersten Sekretär der Bezirksleitung von Berlin, Günter Schabowski, sowie dem Oberbürgermeister von Berlin, Erhard Krack, ein. Nachdem das junge Paar Fischer die Gäste durch die Wohnung geführt hatte, ging es „ins sonnendurchflutete Wohnzimmer zu Kaffee, Streusel- und Pfannkuchen“<sup>358</sup>. Über weitere sieben Absätze wird nun ein eigenartiges Gespräch der Politiker mit der jungen Familie wiedergegeben. Dabei spricht Honecker zunächst über die Vorzüge der eigenen Sozialpolitik: „Als wir 1971 das große Wohnungsbauprogramm beschlossen, haben wir gewußt, daß wir damit Millionen Bürger unseres Landes glücklich machen werden.“<sup>359</sup> Mittag ergänzt: „Großartig, was seither entstanden ist.“<sup>360</sup> Krack liefert im Anschluss passende Zahlen: „107 000 Bürger wohnen jetzt hier. 125 000 werden es in nicht allzu langer Zeit sein.“<sup>361</sup> Danach tauscht sich Honecker mit dem jungen Mieter über dessen Arbeit als Dachdecker aus. Da auch Erich Honecker vor seiner Tätigkeit als Parteifunktionär als Dachdecker arbeitete, eignet sich das Thema gut um den Parteichef als volksnah darzustellen. Dann sprechen Honecker und Schabowski über die gelungene Versorgung des Wohnviertels mit Schulen und Kaufhallen, ebenso wie über die am Bau der Siedlung beteiligten Kollektive. Als nächstes wird das voraussichtliche Wachstum Ost-Berlins von derzeit 1,26 auf 1,4 Millionen Einwohner\_innen im Jahr 2000 thematisiert. Als die Herren schließlich gemeinsam anstoßen, bedankt sich der junge Mieter dafür, dass Honecker sich so stark für den Frieden einsetzt. Diese Platzierung des Friedensthemas ist typisch und tritt in sehr ähnlicher Form auch in den vorherigen Artikeln auf. Honecker nimmt dies zum Anlass für eine ausführliche Schilderung, in welcher er seine letzten beiden Besuche in Moskau und Madrid anspricht: „Die DDR hat großes Ansehen. Welche Autorität unser Land genießt, haben wir nicht zuletzt in der spanischen Hauptstadt, in unseren Gesprächen mit dem König und den anderen führenden Politikern, im Abgeordnetenkongress, im Senat, im Rathaus, an der Universität, gespürt. Die Gespräche waren überall sehr effektiv, und trotz manch unterschiedlicher Auffassungen gab es große Übereinstimmung in der Friedensfrage. Und dieses

---

358 Brückner, Dieter, Luck, Otto, Stechow, Günter, Dreimillionste Wohnung an Berliner Arbeiterfamilie – Zeugnis erfolgreicher Politik zum Wohle des Volkes. In: Neues Deutschland, 13.10.1988, 4.

359 Ebd.

360 Ebd.

361 Ebd.

Ansehen [...] haben auch unsere Bauleute mitbewirkt.“<sup>362</sup>

Die Verknüpfung der Berichterstattung über den Wohnbau mit anderen, für die SED-Politik wichtigen Themen, ist ein zentrales Merkmal der Propaganda über das Wohnungsbauprogramm. Ob die hier dargestellte Szene sich tatsächlich so ereignet hat, ist nicht entscheidend. Bedeutend ist, dass sie auf diese Weise in der Zeitschrift „Neues Deutschland“ dargestellt wurde. Offensichtlich sollte der politische Exkurs des Staats- und Parteichefs im Wohnzimmer der Dachdeckerfamilie Fischer die Verbundenheit zwischen der Partei und der Bevölkerung beweisen. Es überwiegt jedoch der Eindruck einer Inszenierung. Den Verfassern des Artikels schien nicht mehr bewusst zu sein, wie eigenartig dieses Gespräch wirken musste.

In der Zusammenschau werden die Intentionen, die Funktionen sowie die Grenzen der propagandistischen Verwertung des Wohnungsbauprogramms deutlich. Die inszenierten Übergaben von „Jubiläumswohnungen“ waren von zentraler Bedeutung für die SED-Propaganda über das Wohnungsbauprogramm. Alle Wohnungsübergaben gingen an so genannte „Arbeiterfamilien“. Dies entsprach voll dem von der SED-Propaganda verkündeten politischen Fokus. Vier von fünf „Jubiläumswohnungen“ gingen an Familien in Berlin. Das unterstreicht die hohe Bedeutung, welche Berlin für die Partei hatte. Die Stadt sollte als Vorzeigebjekt der DDR um- und ausgebaut werden.<sup>363</sup> Mit drei von fünf Übergaben handelte es sich bei dem Großteil um Neubauwohnungen. Aber auch das verkündete Ziel, dem innerstädtischen Ausbau mehr Bedeutung beimessen zu wollen, wurde bei den Übergaben berücksichtigt. Die zweimillionste, sowie die 2,5 Millionste waren modernisierte, innerstädtische Wohnungen. Zuletzt ist auf eine Hauptfunktion der SED-Propaganda zum Wohnungsbauprogramm hinzuweisen: Das Einflechten anderer politischer Bezüge und Themen. Dabei sind zuerst die häufig erwähnte Friedenspolitik, sowie das internationale Ansehen der DDR zu nennen. Zudem war der Wohnungsbau sehr gut dazu geeignet, das kapitalistische Ausland negativ darzustellen. Dies kann auch als Warnung an potenziell „Ausreisewillige“ gedeutet werden. Zuletzt kann die Werbung für die Partei und deren Generalsekretär als eine Hauptfunktion gelten. Dies geschah indem die erfolgreiche Umsetzung als Ergebnis der konsequenten Politik der Partei dargestellt wurde. Der Generalsekretär wurde bei den Wohnungsübergaben als Politiker des Volkes inszeniert. Zahlreiche Gespräche – zumeist mit Bauleuten – sollten seine Nähe zu den Menschen beweisen.

---

362 Ebd.

363 Gruner, Petra, P2 macht das Rennen. Wohnungsbau als sozio-kulturelles Programm. In: Ludwig, Andreas (Hg.), Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung „Tempolinsen und P2“, Berlin, 1996, 87-102, 101.

## 6. Conclusio

Wieso gab die SED in den 1970er Jahren ein großes Wohnungsbauprogramm in Auftrag? Welchen propagandistischen, welchen politischen Wert hatte dieses für die Partei? Diese beiden Fragen standen im Zentrum der vorliegenden Untersuchung. Dabei ging es der Arbeit nicht um eine vollumfängliche Darstellung des Wohnungsbauprogramms. Vielmehr standen die hinter diesem Programm liegenden politischen Motive sowie die propagandistische Verwertung desselben im Zentrum.

Zunächst ging es der Untersuchung um die politischen Rahmenbedingungen sowie die Vorgeschichte des Wohnungsbauprogramms. Honecker hatte im Mai 1971 Walter Ulbricht als Parteichef der SED abgelöst. Ulbrichts Abtritt erfolgte offiziell aus Altergründen. In Wahrheit war der alternde Generalsekretär von Erich Honecker, der über Rückendeckung aus Moskau verfügte, gestürzt worden. Nach seinem Amtsantritt verkündete Honecker auf dem VIII. Parteitag seinen neuen politischen Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger wollte Honecker eine spürbare Verbesserung des Lebensniveaus in der DDR in kurzer Zeit erreichen. Hierzu wurden zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen beschlossen, von welchen die Entscheidung zum Bau von 500.000 Wohnungen die wichtigste war. Die neue Politik setzte bewusst auf einen möglichst großen politisch-propagandistischen Effekt. Fragen der Finanzierbarkeit wurden demgegenüber in den Hintergrund gedrängt. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ war eine Reaktion auf die neue Ostpolitik der Regierung Willy Brandt: Die SED sah sich durch die Entspannungspolitik der westlichen Sozialdemokratie herausgefordert und versuchte mit ihrem neuen politischen Programm ihren Machtanspruch zu unterstreichen.

Honecker musste sich nach seinem Amtsantritt politisch legitimieren und profilieren. In dieser Situation kam der Wohnungspolitik eine entscheidende Bedeutung zu. Dem Bau neuer Wohnungen war unter Ulbricht keine besondere Bedeutung beigemessen worden. Daher war die Versorgung mit gut ausgestatteten Wohnraum 1971 mangelhaft. Diesen Umstand nutzte der neue Generalsekretär für sich: Die Ankündigung zum Bau einer halben Millionen Wohnungen sollte Honecker als Politiker des Volkes ausweisen und ihn vom in der Wohnungspolitik scheinbar untätigen Walter Ulbricht unterscheiden. Der Wohnungsbau war Teil einer durch die SED inszenierten „Aufbruchsstimmung“ zur symbolischen Erneuerung der Partei nach 1971. Die Neubauwohnung wird dabei zum Sinnbild der Honecker-SED und ihres politischen Kurses der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.

Dass die Wohnungspolitik der Partei mit der Idee über die Gleichheit der Menschen einherging wird ab 1973 besonders deutlich. In diesem Jahr weitete die Partei die bisherigen Pläne zum Bau von



Wohnungen massiv aus: Das „Gleichheitspostulat“<sup>364</sup> der SED kommt in der Ankündigung zum Bau von über drei Millionen Wohnungen in eindrucksvoller Weise zum Ausdruck. Entscheidend war 1973 jedoch neben der quantitativen auch die qualitative Dimension. Denn die Wohnungen sollten – so die offiziellen Verlautbarungen – vor allem an junge Arbeiterfamilien gehen. Über eine Bevorzugung dieser Gruppen sei gesellschaftliche Gleichheit zu erreichen. Diesem durchaus progressiven Anspruch standen DDR-spezifische politische Hemmnisse entgegen. Denn in der DDR konnte die Bezeichnung „Arbeiter“ auf eine sehr heterogene Personengruppe angewendet werden. Dies ließ sich nicht immer mit dem Anspruch auf soziale Gleichheit vereinbaren. Der NVA-Offizier war Arbeiter genauso wie die SED-Funktionärin. Zudem erfolgte die Vergabe häufig an jene Personen, welche für die SED wichtig waren.

Jungen Ehepaaren und Familien sollte vorrangig Wohnraum zugewiesen werden. Dieser Versuch der SED zu einer familienfreundlichen Sozialpolitik ist nicht zu bestreiten. Er stieß jedoch an Grenzen: So war die Chance junger Ehepaare auf Zuweisung einer Wohnung bis 1981 nicht sehr hoch. Familien hatten wesentlich bessere Aussichten. Ungeachtet der schwierigen Situation für junge Paare, die auch vor dem Hintergrund der Wohnungsnot im Land gesehen werden muss, ist der Fokus der SED-Führung auf Familien ein Charakteristikum der DDR-Wohnungspolitik. Diese politische Perspektive wurde auf dem IX. Parteitag der SED 1976 bestätigt. Dahinter stand die Überzeugung, dass ausreichend Wohnraum einen positiven Effekt auf die demografische Entwicklung des Landes hat.

Die quantitative Dimension des Wohnungsbauprogramms war äußerst ehrgeizig und verlangte nach praktischen bautechnischen Lösungen. Im Zentrum ging es in der DDR um die Frage, wie möglichst viel Wohnraum in möglichst kurzer Zeit bei möglichst geringen Kosten realisiert werden kann. Die Antwort darauf war der massive Einsatz der Plattenbautechnologie. In der DDR bestimmte seit 1972 dabei die WBS 70 als Bausystem den Wohnungsbau. Die Entwicklung dieses Systems war das Ergebnis hoher politischer Planvorgaben sowie geringer ökonomischer Mittel. Hinzu kam die Idee der generellen Vergleichbarkeit der Wohnbedürfnisse aller Menschen. Durch die WBS 70 konnte die Bauzeit erheblich verkürzt werden. Im Ergebnis entstanden in sehr kurzer Zeit Wohnsiedlungen, die die Größe von Städten annahmen. Das neue Bausystem ermöglichte eine abwechslungsreichere Gestaltung der Wohngebäude ebenso wie offene Wohnungsgrundrisse. Diese Chancen die Wohnqualität in den Plattenbausiedlungen zu erhöhen wurden jedoch nicht genutzt. Die Errichtung von möglichst viel Wohnraum stand diesen Idealen im Weg. Dabei bevorzugten die Planer\_innen traditionelle Grundrisslösungen, die die „sozialistische Kleinfamilie“<sup>365</sup> als

---

364 Hannemann, Platte, 109.

365 Ebd., 113.

vorherrschendes Familienideal der SED offenbaren.

Die Neubauwohnungen in der DDR waren sehr beliebt. Dies lag an der für DDR-Verhältnisse sehr guten Ausstattung sowie den niedrigen Mieten. Damit verbanden sich spezielle DDR-spezifische Wohnformen: Viele Wohnungen waren „unterbelegt“ und Mieter\_innen betrachteten sie häufig als „Quasi-Eigentum“<sup>366</sup>. Um eine Wohnung zu erhalten heirateten viele DDR-Bürger\_innen früh: Eine hohe Scheidungsrate in den Neubausiedlungen war die Folge. Die Wohnungen waren gleichförmig und genormt. Die Projektant\_innen planten vor allem 3- und 4-Raum-Wohnungen mit traditionellem Grundriss. Ausgelegt waren diese für eine vierköpfige Familie mit berufstätigen Eltern und ganztagsbetreuten Kindern. Diese „sozialistische Kleinfamilie“<sup>367</sup> entsprach dem Familienideal der SED. Der Frau kam dabei neben ihrer Funktion als Werktätige in der DDR-Wirtschaft ihre Rolle als Mutter zu. Hier wird der gesellschaftspolitische Anspruch des Bauprogramms erkennbar: Die SED versuchte ihr Ideal einer Kleinfamilie durchzusetzen. Diese Normierung provozierte eigenwillige Gegenreaktionen: Sei es, dass DDR-Bürger\_innen ihre eigenen vier Wände umgestalteten, sei es, dass sie an ihren Wochenenden auf die Datscha im Grünen flohen.

Weil die Partei vor allem schnell bauen wollte, musste sie vor der Stadt bauen. So entstanden in den 1970er und 1980er Jahren Großwohnsiedlungen in Stadtrandlage. Diese wurden als komplette Wohnumgebungen gedacht und geplant. Als solche verfügten sie über ein großes Angebot an Versorgungseinrichtungen und waren zumeist an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Bei der Betrachtung von Großwohnsiedlungen in der DDR wird eine Ambivalenz in der Bewertung des DDR-Wohnungsbaus sichtbar: Die Wohnungen waren beliebt, die Wohnsiedlungen nicht. Am Beispiel der Neubausiedlung Berlin-Hohenschönhausen konnte gezeigt werden, wie über Großwohnsiedlungen berichtet wurde. Vom Tag der Grundsteinlegung an erschienen regelmäßig Darstellungen über die neue Berliner Wohnsiedlung. Dabei sollte vor allem gezeigt werden, wie rasch die Bauarbeiten voranschreiten. Zudem wurde mit der hohen Wohnqualität geworben und auch die gute Versorgung mit Läden und Dienstleistungseinrichtungen hervorgehoben. Dabei wird das ganzheitliche Wohnkonzept der SED erkennbar: Die Bewohner\_innen dieser Siedlungen sollten an ihrem neuen Wohnort alles vorfinden, was sie zum Leben brauchen. Eine Identifikation mit dem Wohnort, mit der SED, aber vor allem mit der DDR als Staat war das Ziel. Dass die Partei die Menschen in ihrer neuen Wohnumgebung gut kontrollieren konnte, muss als Teil des Konzepts gesehen werden. Gleichzeitig darf die subjektive Sicht der Bürger\_innen auf die neuen Wohnungen nicht ausgeblendet werden. Ungeachtet der dahinterliegenden politischen und propagandistischen

---

366 Rowell, Wohnungspolitik (2008), 698.

367 Hannemann, Platte, 113.

Motive bedeutete die Bereitstellung von Millionen von Wohnungen einen spürbaren sozialpolitischen Gewinn. Unweit dieser durch die SED inszenierten Wohndylle befand sich das geheime Untersuchungsgefängnis des MfS in welchem namhafte Oppositionelle inhaftiert waren. Zwischen 1951 und 1989 wurden dort rund 20.000 Personen unter teils menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten.

Wohnraum war in der DDR ein knappes Gut. Den neu errichteten Wohnungen standen hunderttausende Wohnungssuchende gegenüber. Dazwischen stand die Wohnraumverwaltung des Landes. Sie sollte dafür sorgen, dass die Wohnungen an die richtigen Personen vergeben wurden. Das war keine leichte Aufgabe. Die Wohnraumbehörden waren unterbesetzt und überfordert. Für diese Probleme waren politische und propagandistische Gründe ausschlaggebend. Die Wohnungssuchenden hatten durch die umfangreiche Berichterstattung über das Bauprogramm sehr hohe Erwartungen. Damit erhöhte die Wohnungspropaganda den Druck auf die Ämter. Die Partei hatte kein Interesse an einer gut funktionierenden Wohnraumverwaltung. Die SED versuchte sich durch die Vergabe als sozial, volksnah und fürsorglich zu präsentieren. Dabei versorgte sie ihre eigenen Funktionär\_innen sowie die Leistungsträger\_innen des Landes – etwa junge Akademikerfamilien – bevorzugt mit Wohnraum. Hier wird die DDR – mit Blick auf Konrad Jarauschs Konzept – als „Fürsorgediktatur“ erkennbar. Damit sich die Bevölkerung mit der Herrschaft der SED arrangierte, versorgte die Partei die Menschen mit begehrtem Wohnraum – an erster Stelle standen dabei jene, welche die SED-Politik mittrugen.

Wer anderen eine Wohnung bauen kann, und wer anderen eine Wohnung überreichen kann, übt Macht aus. Wohnungspolitik lässt sich in Verbindung mit Wohnungspropaganda am Beispiel der „Jubiläumswohnungen“ als Machtpolitik analysieren. Wiederkehrend zelebrierte die SED bei der Vergabe runder Jubiläen bei fertiggestellten Wohnungen ihr eigenes Bauprogramm. Der Umfang der Berichterstattung über diese feierlichen Übergaben steigerte sich im Laufe der 1970er und 1980er Jahren zum bestimmenden Thema der jeweiligen Zeitungsausgabe. Dabei versuchte die SED sich und auch ihren Generalsekretär als volksnah zu präsentieren. Vor allem die Darstellung von Erich Honecker nahm dabei im Laufe der 1980er Jahre Züge eines absurden Personenkults an. Die Thematisierung des Wohnungsbaus war zudem dazu geeignet, andere politische Themen einzuflechten sowie die offiziellen Verlautbarungen der SED über den Wohnungsbau und dessen Zielsetzungen nachzuvollziehen. Insgesamt verdeutlicht die Berichterstattung, dass das Thema Wohnungsbau für die Partei im Laufe der beiden Jahrzehnte immer wichtiger wurde.

Insgesamt zeigt sich, dass das Wohnungsbauprogramm sowohl politisch als auch propagandistisch für die SED von höchster Bedeutung war. Die Ankündigung zum Bau neuer Wohnungen war für die Honecker-SED 1971 vor allem aus zwei Gründen notwendig geworden:

Einerseits war die Wohnungssituation in dem Land so schlecht, dass ein staatliches Bauprogramm unausweichlich geworden war. Andererseits war die erneuerte politische Führung dringend auf die Loyalität der Bevölkerung angewiesen. Zwischen 1971 und 1989 war der Wohnungsbau die wichtigste sozialpolitische Maßnahme der SED. Als Hauptfunktion muss die Werbung für das Regime angesehen werden. Die Partei hatte die Hoffnung, dass sie durch die Bereitstellung von Millionen von Wohnungen nachhaltige Legitimation in der DDR-Bevölkerung erfährt. Dieser Plan einer „Fürsorgediktatur“ ging nicht auf. 1989 begehrten die Bürger\_innen Ostdeutschlands gegen das Regime auf. Innerhalb weniger Wochen verlor die SED-Führung ihre Macht innerhalb der eigenen Partei und innerhalb der DDR. Damit scheiterte auch das Wohnungsprogramm. Es scheiterte nicht an der Zielvorgabe von drei Millionen Wohnungen – diese wurde annähernd erreicht. Es scheiterte, weil sein Hauptzweck – die Stabilisation eines Regimes ohne demokratische Legitimation – nicht erfüllt wurde. Die DDR-Bürger\_innen gingen trotz moderner Vollkomfortwohnung auf die Straße. Die soziale Geborgenheit konnte die Erosion und den Zusammenbruch des politischen Systems nicht verhindern.

Generalisierungen, einseitige Zuschreibungen oder gar Verurteilungen des DDR-Wohnungsbaus sind aus der heutigen Perspektive leicht anzustellen. Eine wissenschaftliche Darstellung muss jedoch mehr leisten und genauer hinsehen. Dies bedeutet nicht, die Verhältnisse in der DDR zu verkennen: Die DDR war eine Diktatur. Ihre Sozialpolitik hatte das primäre Ziel ein Regime zu stützen, welches keine demokratische Legitimation besaß. Trotzdem greift eine Darstellung des Wohnungsbauprogramms als reine Propagandainszenierung zu kurz. Es war ebenso eine sozialpolitische Versorgungsmaßnahme wie ein Herrschafts- und Normierungsinstrument. Gleichzeitig – und dies macht es so spannend – wohnte dem Bauprogramm jedoch auch eine progressive gesellschaftspolitische Idee von der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen inne. Damit ist eine einfache Beurteilung dessen, was das Bauprogramm der DDR war, unmöglich. Schwarz-weiß-Unterscheidungen verbieten sich. Untersuchungen, die diese Vielgestaltigkeit der DDR-Sozialpolitik nicht berücksichtigen, drohen zu einer einseitigen Anklage zu werden.

Die vorliegende Arbeit hatte das Wohnungsbauprogramm in seiner parteipolitischen, seiner sozialpolitischen, seiner macht- und gesellschaftspolitischen Ausrichtung und Wirkung zum Inhalt. Dabei wurde der Versuch unternommen anhand des Begriffs der „Fürsorgediktatur“ von Konrad Jarausch die offiziellen Darstellungen der SED sowie die retrospektiven Einschätzungen und deren wissenschaftliche Bearbeitung und Darstellung miteinander in Beziehung zu setzen um darüber das Ergebnis dieser politischen Praxis nachzuvollziehen. Dadurch soll ein besseres Verständnis über die Legitimationsstrategien sowie über die Intentionen hinter den sozialpolitischen Maßnahmen möglich sein. Ebenso soll ein schärferer Blick auf die propagandistischen

Verwertungsmechanismen der Partei gewonnen worden sein. Damit möchte die Arbeit zu einem umfassenderen Verständnis über den Wohnungsbau in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren, sowie die politischen und propagandistischen Funktion desselben für die SED, beitragen.

Über die Wohnungspolitik in der DDR bleibt noch viel zu forschen. Auch das Wohnungsbauprogramm der 1970er und 1980er Jahre ist, trotz der großen politischen Bedeutung für die SED und der andauernd hohen medialen Aufmerksamkeit, noch nicht ausreichend untersucht. Eingedenk einer oftmals einseitig wirkenden DDR-Geschichtsschreibung scheinen vor allem Formen der Alltagsgeschichte geeignet, einen Beitrag zur Geschichte des Wohnungsbaus zu leisten. So drängen sich Oral-History-Projekte über Leben und Alltag in Neubausiedlungen aus verschiedenen sozial-, gender-, medien-, kultur- und alltagsgeschichtlichen Perspektiven geradezu auf. Sie können einen wichtigen Beitrag in der Forschung über das Leben in der DDR bieten und das oftmals von westdeutschen Wissenschaftler\_innen bestimmte Bild bereichern. Derartige Darstellungen wären als „Geschichte von unten“ dazu geeignet, mehr über das Leben in den Neubausiedlungen der DDR zu erfahren.

## 7. Abkürzungsverzeichnis

DDR	Deutsche Demokratische Republik
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MfB	Ministerium für Bauwesen
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NVA	Nationale Volksarmee
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
WBS	Wohnbauserie
ZK	Zentralkomitee

## 8. Literatur

Autorenkollektiv, Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiearbeiterstadt, Berlin, 1972.

Bouvier, Beatrix, Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn, 2002.

Buck, Hannsjörg, Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR, Münster, 2004.

Burdumy, Alexander Bruce, Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971 – 1989,

Essen, 2013.

Ciesla, Burghard, Külow, Dirk, Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung „Neues Deutschland“, Berlin, 2009.

Deutsche Demokratische Republik. In: Brockhaus. Enzyklopädie in 30 Bänden, Bd. 6, COMF-DIET, 21. völlig neu bearb. Aufl., Mannheim, 2006, 523-535.

Engler, Harald, Wilfried Stallknecht und das industrielle Bauen. Ein Architektenleben in der DDR, Berlin, 2014.

Enke, Roland, Ein kurzer Plattenbau-Cicerone. In: Ders., Giersch, Ulrich (Hg.), Plattenbauten in Berlin. Geschichte – Bautypen – Bauprojekte – Kunst – Propaganda, Berlin, 2013, 65-111.

Ders., Roland (Hg.), Plattenbauten in Berlin. Geschichte, Bautypen, Bauprojekte, Kunst, Propaganda, Berlin, 2013.

Frerich, Johannes, Frey, Martin, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 2. Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München u.a, 1992.

Fulbrook, Mary, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, 2. durchges. u. mit einem neuen Vorw. vers. Aufl., 2011.

Gaus, Günter, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg, 1983.

Grabowski, Regine, Wohnungspolitik. In: Manz, Günter, Sachse, Ekkehard, Winkler, Gunnar (Hg.), Sozialpolitik in der DDR – Ziele und Wirklichkeit, Berlin, 2001, 227-242.

Grundmann, Siegfried, Die absurde Logik des Wohnungs- und Städtebaus der DDR. In: Timmermann, Heiner (Hg.), Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit, Berlin, 2001, 321-337.

Gruner, Petra, Betonköpfe, oder: Schöner wohnen im Plattenbau. In: Ludwig, Andreas (Hg.), Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung „Tempolinsen und P2“, Berlin, 1996, 81-85.

Dies., P2 macht das Rennen. Wohnungsbau als sozio-kulturelles Programm. In: Ludwig, Andreas (Hg.), Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung „Tempolinsen und P2“, Berlin, 1996, 87-102.

Hallsteindoktrin. In: Brockhaus. Enzyklopädie in 30 Bänden, Bd. 11, GLAS-HANE, 21. völlig neu bearb. Aufl., Mannheim, 2006, 752.

Hannemann, Christine, Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR, Berlin<sup>3</sup>, 2005.

Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen (Hg.), Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin, 1997.

Hertle, Hans-Hermann, „Ich kenne die zuständigen Genossen nicht“. Die Wohnungsfrage als soziales Problem. In: Ders., Wolle, Stefan (Hg.), Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, München, 2004, 178-188.

Ders., „So wie wir heute leben, müssen wir morgen arbeiten“. Hauptaufgabe Prinzip Hoffnung. In: Ders., Wolle, Stefan (Hg.), Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter und Bauernstaat, München, 2004, 166-168.

Höhne, Günter, Wohnungen für alle. Vom Leben im Plattenbau, Köln, 2014.

Holzweißig, Gunter, Die Schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Wien u.a, 2002.

Honecker, Erich, Aus meinem Leben, Berlin, 1980.

Hoscislawski, Thomas, Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin, 1991.

Jaraus, Konrad H., Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begriffen Einordnung der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20/98, 08.05.1998, 33-46.



Jessen, Ralph, Gieseke, Jens, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft. In: Gieseke, Jens, Wentker, Hermann (Hg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin, 2011, 16-60.

Kahl, Alice, Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie, Opladen, 2003.

Kessler, Horst-Günter, Miermeister, Jürgen, Vom ‚Großen Knast‘ ins ‚Paradies‘? DDR-Bürger in der Bundesrepublik. Lebensgeschichten, Hamburg, 1983.

Knabe, Hubertus, Einführung. In: Ders. (Hg.), Gefangen in Hohenschönhausen. Stasi-Häftlinge berichten. Unter Mitarbeit von Sandra Gollnest, Berlin, 2007, 7-19.

Liebscher, Robert, Wohnen für alle. Eine Kulturgeschichte des Plattenbaus, Berlin, 2009.

Mählert, Ulrich, Jugendpolitik und Freie Deutsche Jugend. In: Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen (Hg.), Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin, 1997, 457-466.

Malycha, Andreas, Winters, Peter Jochen, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München, 2009.

Manzel, Karl-Heinz, Von der Wohnlaube zum Wohnblock – Ziel der „registrierten Antragstellung“. In: Hölder, Egon (Hg.), Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR, Stuttgart, 1992, 251-264.

Meggle, Margarete, Zwischen Altbau und Platte: Erfahrungsgeschichte(n) vom Wohnen. Alltagskonstruktion in der Spätzeit der DDR. Am Beispiel der Sächsischen Kleinstadt Reichenbach im Vogtland, Diss., Jena, 2004. (<http://d-nb.info/972842497/34>) (16.06.2016)

Palutzki, Joachim, Architektur in der DDR, Berlin, 2000.

Petrauschke, Bernd, Von der Entrümmern zur Plattenbauweise – 40 Jahre gebaut. In: Hölder, Egon (Hg.), Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR, Stuttgart, 1992, 239-250.

Prinzip des demokratischen Zentralismus. In: Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler,

Jürgen (Hg.), Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin, 1997, 517f.

Rowell, Jay, Wohnungspolitik. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 8, Deutsche Demokratische Republik 1949 – 1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden, 2004, 699-726.

Ders., Wohnungspolitik. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 9, Deutsche Demokratische Republik, 1961 – 1971. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung, Baden-Baden, 2006, 698-719.

Ders., Wohnungspolitik. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, Deutsche Demokratische Republik 1971 – 1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden, 2008, 679-702.

Saldern, Adelheit von, Die Platte. In: Sabrow, Martin (Hg.), Erinnerungsorte der DDR, München, 2009, 301-311.

Sieber, Frieder, Fritsche, Hans, Bauen in der DDR, Berlin, 2006.

Skyba, Peter, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre. In: Vollnhals, Clemens, Weber, Jürgen (Hg.), Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München, 2002, 39-80.

Ders., Boyer, Christoph, Politische Rahmenbedingungen. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, Deutsche Demokratische Republik 1971 – 1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden, 2008, 1-66.

Ders., Boyer, Christoph, Gesellschaftliche Strukturen und Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, Deutsche Demokratische

Republik 1971 – 1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden, 2008, 67-143.

Tesch, Joachim, Wurde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/1976 bis 1990 erfüllt? In: UTOPIE kreativ, Sonderheft (2000), 50-58.

Topfstedt, Thomas, Wohnen und Städtebau in der DDR. In: Flagge, Ingeborg (Hg.), Geschichte des Wohnens, Bd. 5, 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau, Stuttgart, 1999, 419-562.

Weber, Hermann, Die DDR 1945 – 1990. Oldenbourg Grundriss der Geschichte, München, 5. aktual. Aufl., 2012.

Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band – Bundesrepublik und DDR 1949 – 1990, München, 2008.

Wenzel, Luise, Die Großsiedlung Berlin-Hohenschönhausen. In: Dörhöfer, Kerstin (Hg.), Wohnkultur und Plattenbau. Beispiele aus Berlin und Budapest, Berlin, 1994, 55-66.

Wolf, Birgit, Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch, Berlin u.a, 2000.

Wolle, Stefan, Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, 3. aktualisierte und überarb. Aufl., 2009.

## 9. Quellen

Der Spiegel.

Neues Deutschland. Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

ZEFYS, Zeitungsinformationssystem, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/> (08.06.2016)

# 10. Anhang

## 10.1 Zusammenfassung

Die Masterarbeit hat die politischen und propagandistischen Funktionen des Wohnungsbauprogramms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zwischen 1971 und 1989 zum Inhalt. Diese werden in den Politikfeldern der Parteipolitik, der Sozialpolitik, der Gesellschaftspolitik und der Machtpolitik untersucht. Dabei wird sowohl auf Forschungsliteratur als auch auf Quellenmaterial zurückgegriffen.

1971 löste Erich Honecker Walter Ulbricht als Generalsekretär der SED ab. Unter Honecker erfolgte mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ eine politische Neuausrichtung. Das Lebensniveau der Bevölkerung sollte rasch verbessert werden. Die wichtigste Maßnahme war das Wohnungsbauprogramm. Es war eine Reaktion auf die schlechte Wohnsituation im Land. Es war ebenso der Versuch der SED sich bei der Bevölkerung beliebt zu machen und die eigene Legitimation zu erhöhen. Außerdem erfüllte das Programm eine symbolische Funktion zur Erneuerung der Partei nach dem Machtwechsel.

1973 wurde das Programm massiv erweitert. Zwischen 1976 und 1990 sollten rund drei Millionen Wohnungen bereitgestellt werden. Davon sollten vor allem Arbeiter\_innen, junge Paare und Familien profitieren. Letztere hatten gute Chancen eine Wohnung zu erhalten. Die SED verfolgte damit eine pronatalistische Politik. Durch den Einsatz der Plattenbauweise wurden in kurzer Zeit sehr viele Wohnungen errichtet. Die Architektur der Gebäude war trist und uniform. Zudem gab es teilweise erhebliche Qualitätsmängel und die Konzentration auf die Plattenbauweise führte zum Verfall von Altbausubstanz.

Hauptsächlich wurden Wohnungen mit vorgegebener Raumaufteilung errichtet. Deren Grundrisse wurden im Hinblick auf das SED-Familienideal einer vierköpfigen Familie geplant. Dadurch erfolgte eine Normierung der Gesellschaft. Dagegen wehrten sich die Bewohner\_innen der Siedlungen indem sie ihre Wohnungen umgestalteten. Obwohl die Wohnungen beliebt waren, hatten die Wohnsiedlungen einen schlechten Ruf. In der Berichterstattung über die Neubaugebiete in „Neues Deutschland“ wurden jedoch die Vorzüge der Großwohnsiedlungen hervorgehoben. Damit versuchte die SED für ihr Wohnungsbauprogramm und für ein Leben in der DDR zu werben.

Die Verteilung von Wohnraum wurde von der Wohnraumverwaltung übernommen. Diese war überfordert weil sie über nicht genügend Personal verfügte und politischer Kontrolle und Beeinflussung durch die SED ausgesetzt war. In der DDR erhielten vor allem jene Personen

Wohnungen, welche für die Politik der Partei wichtig waren. Das Land kann daher als „Fürsorgediktatur“ nach Konrad Jarausch beschrieben werden. Wiederkehrend zelebrierte die Staatspartei bei der Übergabe so genannter „Jubiläumswohnungen“ ihr Wohnungsbauprogramm. Dabei warb sie für ihre Politik und für ihren Generalsekretär.

Das Wohnungsbauprogramm in der DDR 1971 bis 1989 war die wichtigste sozialpolitische Maßnahme der SED. Als Hauptfunktion muss der Versuch der Staatspartei gesehen werden ihre Legitimation zu steigern und die DDR als „Fürsorgediktatur“ zu beherrschen. Dieser Versuch scheiterte. Die Bevölkerung ging 1989 trotz der Bereitstellung zahlreicher neuer Wohnungen auf die Straße und brachte das Regime zu Fall.

## 10.2 Abstract

This study is about the public housing program of the German Democratic Republic (GDR) during the term of Erich Honecker from 1971 to 1989. The governing Socialist Unity Party of Germany proclaimed to provide more than three millions flats. The survey examines the political and propagandistic use of the program for the Party. This is being done in four political areas: Party politics, welfare policy, social policy and power politics. The study uses the concept of “welfare dictatorship” from Konrad Jarausch. Secondary literature was consulted to describe the social and political context of the program. Articles of the newspaper of the Socialist Unity Party, „Neues Deutschland“, were used in order to retrace the positions of the regime. The program was part of a new policy, which Honecker proclaimed when he got into office in 1971. The regime used it in order to confirm the new political leadership. But the building of new apartments was necessary by 1971 in any case because of housing shortage in the GDR. The new houses were popular as they were cheap and relatively well-appointed. Although the party stated that it build houses for workers, young couples and families, the chances for the former to get an accommodation were not high. The new flats were mainly designed for a family of four. The analysis of the coverage of the public housing program in the newspaper „Neues Deutschland“ shows that it was used to advertise the new housing areas as well as the politics of the state-party in general. Apartments were given to those who were of most importance for the regime. The party awarded flats publicly, thereby showing its power and advertising its own policy. The program was introduced to help the party to become more popular in the GDR. Overall the program failed the Socialist Unity Party. The main objective to receive sustainable legitimation as a “welfare dictatorship” (Jarausch) though the provision of millions of flats was proved to fall short as the regime was overthrown in the peaceful revolution of 1989.